



Tod von Günter Sare löst bunte Demonstrationen aus

flackerndes Blaulicht

Frankfurt:

Gewaltaus-

bruch nach

Kundgebung

Bilanz der

Blutnacht

Wasserwerfer

und getötet

Die Angst vor der

Demo-Walze

an

Frankfurt: Die vierte

Nacht der Krawalle

Das Drama von Frankfurt

Tod unterm

Wasserwerfer

In St. Pauli:

Chaoten schossen

mit Schleudern

Nr.19/20 1-86
Doppelnummer
3.-
Regionaltell
Darmstadt/
Frankfurt
Dieburg Parole: „Feuer
und Flamme über diese Stadt“

Kampf an jeder Häusercke

Business-Glas ist unser Standard.**REDAKTION**

Aktion
Kriegstraße 38
6 Frankfurt 1

KONTO

K. Cohrs
Postfachkonto
3337 97-601
Pscha. Ffm
BIZ 300 100 60

VERTRIEB

Anares-Medien
Mühle 28
5270 Gummersbach 91

Berlin:

Regenbogen
Seelingstraße 47
1000 Berlin 99

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

VisdP. K. Cohrs

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur - Habe - Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift oem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

In eigener Sache

REDAKTIONSSCHLUSS für
die Nr. 2-86 ist der 28. Februar.

Mit einiger Verspätung ist jetzt die neue AKTION erschienen. Eine Reihe von Geschehnissen hat bei uns einiges durcheinander gebracht, so daß wir die Zeitung etwas vernachlässigen mußten. Angefangen hat es damit, daß die Renovierung des Libertären Zentrums viel mehr Zeit und Energie gekostet hat, als erwartet.

Dann kam dazu, daß wir die Post auf unserer Postlagerkarte nicht mehr ausgehändigt bekamen, woran auch Verhandlungen mit dem Postamtsobermenschen nichts änderten. D. h., wir haben seit Juli keine Post mehr bekommen. Als dann die Zeitung in Arbeit war, fand in Frankfurt die Blockade einer NPD-Veranstaltung statt, in deren Verlauf die Bullen Günter Sare getötet haben.

Da unser Zentrum nur zwei Straßen vom Ort des Geschehens entfernt ist, haben sich wenige Minuten nach der Tat, die Augenzeugen hier getroffen und Protokolle geschrieben. Von diesem Zeitpunkt an gab es andauernd Treffen, Demos, Pressekonferenzen, wieder Treffen, Demos. . . . jedenfalls war zum Schreiben für die Beteiligten keine Zeit. Als die Auseinandersetzungen etwas abgeflaut waren, mußte ein Teil der Artikel als überholt herausgenommen werden, neue geschrieben werden. . . . so kommt es auch, daß nur einer der Regionalteile dabei ist. Das Titelbild ist auch ein Stück mit ein Ausdruck von dem was uns beschäftigt und was uns auch in den vergangenen Wochen von der Zeitungsarbeit abgehalten hat. Da viele der Beiträge unabhängig voneinander in verschiedenen Gruppen entstanden sind, wiederholen sich bestimmte Ereignisse und Fakten in den einzelnen Artikeln.

Nun noch ein paar Zeilen zum Libertären Zentrum, daß durch den Tod von Günther und die Aktionen gegen den darauffolgenden Ausnahmezustand in Frankfurt, ja sehr bekannt geworden ist, was auch die mehreren hundert Besucher beim Eröffnungsfest gezeigt haben.

Diese Umstände haben einiges bewirkt, was wir durch langwierige Kleinarbeit hatten schaffen wollen, z. B. einen Ort zu haben, an dem sich das antiautoritäre Spektrum kennenlernen und treffen kann, wo Diskussionen stattfinden und von wo politische Aktionen ausgehen. Dazu kommt, daß die vielen vereinzelt Anarchist/inn/en jetzt eine Anlaufstelle haben, wo sie einfach mal vorbeikommen können.

Es war eine Reihe von Zufällen, die zusammenkamen und dazu geführt haben, daß sich innerhalb der antiautoritären/antistaatlichen Linken, in den Auseinandersetzungen, Strukturen und Organisationsansätze entwickelt haben, die endlich die Möglichkeit bieten einfluß auf das Geschehen zu nehmen. Dies ist um so wichtiger, da ja gerade auch im ökonomischen Bereich die Konflikte zunehmen und wir bisher völlig wehrlos den Angriffen von Kapital und Staat ausgesetzt sind. Hier eine Verbindung zu schaffen, die Rebellion von der Straße, auch in die Bereiche Lohnsklaverei zu tragen, wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die auf uns zukommen. Ungaranterte Arbeit Teilzeitarbeit, immer schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen, - die 2/3 Gesellschaft macht sich ja auch für uns bereits bemerkbar. Es wird ein großer werdendes Potential von Unzufriedenen geben, daß sich aus seiner beschissenen Lage befreien will. Ob diese Leute mit uns oder gegen uns kämpfen, liegt auch an uns. Wir müssen hier die Konflikte schüren, die Menschen ermutigen, ihnen Strukturen und Organisationsformen anbieten in denen sie arbeiten können. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Inhalte, wie Selbstbestimmung, direkte Aktionen u. s. w. in den Kämpfen zum tragen kommen, daß in den Organisationen die entstehen die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung praktiziert wird, daß in kleinen entsteht, was wir gesellschaftlich erkämpfen wollen. Vor allen Dingen sollte aber eines klar sein: kaum jemand von uns hat die Möglichkeit sich hier in dieser Gesellschaft "einzurichten", ein abgesichertes Leben zu führen. Daß wir kämpfen müssen ist klar, wir sollten aber schleunigst gemeinsam damit anfangen.

"BEGINNEN SIE IHR
GESCHÄFT MIT DER
RICHTIGEN ADRESSE."

Aktion Kriegsstr. 38 6000 Frankfurt M. 1

Bitte keine Einschreiben

Diese Ausgabe der AKTION haben wir als Doppelnnummer herausgebracht, sie hat ausnahmsweise einen Umfang von 68 Seiten und kostet ebenfalls ausnahmsweise 3,- DM. Wir haben uns für die Zukunft vorgenommen lieber regelmäßig und mehr oder weniger aktuell zu erscheinen, was einen Umfang von etwa 1/3 weniger Seiten bedeutet. Wir glauben, daß dies auch in eurem Sinn ist und fordern euch damit gleich auf, uns Artikel für die nächste Ausgabe zu schicken. Auch die Gruppen, die einen Regionalteil machen wollen, bitten wir, sich schnell bei uns zu melden.

SONDERNUMMER

Wie angekündigt planen wir eine Sondernummer zum 19. Juli 1988, dem 50. Jahrestag der spanischen Revolution. Auf unseren ersten Aufruf, Artikel und Fotos etc. zu schicken, haben wir eine ganze Reihe Material zugesagt bekommen. Wie üblich ist bisher aber nur relativ wenig bei uns angekommen. Also rafft euch auf und beteiligt euch! Einige Themenvorschläge dazu:

- Die libertäre Bewegung in Spanien (CNT, FAI, Mujeres Libres, FIIL) Ziele, Strukturen...
- Die Lage vor der Revolution, anarchistische und soziale Bedingungen und Kämpfe.
- Die Revolution, soz., polit., und ökonomische Veränderungen.
- Die Kollektivierung.
- Das Milizsystem.
- Die Konterrevolution.
- Einschätzungen, Fehler der anarchistischen Bewegung...

Wenn ihr Fragen habt, könnt ihr uns am Di., Do. oder Fr. anrufen: 069-7381152 (von 20⁰⁰ - 22⁰⁰ Uhr).

AKTION & FAU-Ffm

Inhalt

5. "DIE NEUE" HARTE LINIE - Im Süden, im Westen, im Osten, im Norden es sind überall die selben die uns ermorden! Über die Polizeioficer der letzten Monate und die Hintergründe,
8. AUSNAHMEZUSTAND IN DER MAUSEFALLE - Zum Tod von Günter Sare und dem was er in Frankfurt auslöste.
12. AUTONOMER REDEBEITRAG ZUR BEERDIGUNG VON GÜNTER SARE
14. METROPOLENTANZ ADE - Über den Blues.
15. REDEBEITRAG "WIE GEHTS WEITER" &
16. REDEBEITRAG "REPRESSION" der Veranstaltung vom 25.10. in Frankfurt zu den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Sare.
18. HAMBURGER VERHÄLTNISSE - Kleine Anmerkungen zum Anschlag auf die TAZ.
19. ERKLÄRUNG DER HAFENSTR. ZUM ANSCHLAG AUF DIE TAZ
20. POLIZEISTAAT-ERST RECHT IN MÜNCHEN- Erlebnisbericht von der WAA-Demo vom 12. Okt. in München.
22. TERRORISTISCHE VEREINIGUNG eV. IN HANOVER - Zusammenfassung der hanoverschen Ereignisse nach dem Anschlag auf die Hanovermesse und eine geschichtliche und aktuelle Abhandlung über den § 129, sowie Terroristenhetze in der BRD.
28. GRÜNER TRAUM - Koalition in Hessen. Mit der SPD sicher in die 90 er Jahre.
- 29a. PAPIERE ZUM KONGRESS IN FRANKFURT - (vom 30.1. - 3.2.88)
- 29b. (F)ERKELEI- Einige Bemerkungen zu dem Bericht des "unabhängigen" Beauftragten für die Untersuchungen in Sachen "Sare"
30. WAS TUN WENN ES BRENNT - Verhalten bei Festnahmen.
33. KLASSENKAMPF - Ein altmodisches Konzept?
34. SELBSTDARSTELLUNG DER SCHWARZEN HILFE
35. KURZES BRD
39. REGIONALTEIL - DARMSTADT/DIEBURG
42. BUCHDIENST
43. DER GEWÖHNLICHE STAATSTERRORISMUS - Piazza Fontana, Valpreda und die Lehren.
44. ANARCHOSYNDIKALISMUS IN FRANKREICH - Interview mit Vertretern der französischen CNTF.
46. KURZES INTERNATIONAL
47. SYNDIKALISTISCHE GEWERKSCHAFTEN IN SÜD-AFRIKA - Wer ist die SAWU ?
48. ZU AMSTERDAM OKT./NOV. - Zum Tod von Han Kok und dem Schuß auf einen Kraker.
50. ZURÜCKSCHLAGEN IN SMACK CITY &
51. EIN VERDAMT HEISSER TAG - Zwei Berichte über Straßenschlachten in England.
52. ÜBER DIE REPRESSION IN GRICHENLAND - Die Ereignisse um die Besetzung des chemischen Instituts, Erklärung der Gruppe "Kampf gegen den Staat", zur Berichterstattung der taz
58. DISKUSSION IN BELGIEN - Auszüge eines Artikels der niederländischen Anarcho-Zeitung "De Vrije" zu den CCC.
61. NEUES AUS DEN KOLONIEN - Kanaken zweiter Teil Regionalwahlen in Neu-Kaledonien.
62. AUSTRALIEN - Streikwelle in Queensland und Anarcho-Kongreß in Melbourne.
63. ANZEIGEN
64. LETZTE SEITE



Ein Tip
vom
Staatsanwalt



Die "neue" harte Linie

"Im Süden, im Westen,
im Osten, im Norden,
es sind überall dieselben,
die uns ermorden!"

TON-STEINE-SCHERBEN

SIE NENNEN ES "NOTWEHR"

Wieviele Menschen in der BRD von der Polizei verletzt oder getötet wurden, ist schwer zu ermitteln. Michael Kröninger schreibt hierzu im "Plärrer" Nr. 11, November 85: "Eine Statistik darüber wird von Seiten der Polizei- und Justizorgane geheimgehalten. Unvollständige Presserecherchen ermittelten, daß in den Jahren 1976 bis 1979 in der BRD 516 mal gezielt von Polizisten auf Personen geschossen wurde. In 510 Fällen haben die Gerichte auf Notwehr erkannt, 54 Menschen wurden getötet, 282 verletzt (Neue Züricher Zeitung, 4. 5. 80). Eine Fallsammlung der "Frankfurter Rundschau" ergibt, daß durchschnittlich alle drei Monate "irrtümlich, vorachnell oder fahrlässig" ein Bürger von der Polizei erschossen wird. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Schröder wollte es etwas genauer wissen und stellte eine Anfrage an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Statt einer Antwort wurde Schröder auf eine Untersuchung des Kommunistischen Bundes (KB) verwiesen! Im übrigen wurde dem Abgeordneten mitgeteilt, daß die Polizeiführungsakademie in Münster über eine "streng vertrauliche" Untersuchung über Polizeiofopfer verfügt: Auch für Abgeordnete nicht zugänglich! In Bayern, wo seit 1978 das Bayerische Polizeigesetz auch Schüsse auf Kinder erlaubt ("Personen, die noch keine 14 Jahre alt sind"), ist ein rapides Ansteigen von tödlichen Polizeischüssen zu beklagen."

Demonstration, brutaler Bulleneinsatz; zurück bleibt ein toter Demonstrant. Nein, nicht in Chile. Aber auch dort. Auch nicht in Südafrika; aber dort erst recht. Mitten im Herzen des Westdeutschen Kapitals in der Bankenstadt Frankfurt hat ein Mensch seinen Protest gegen eine Versammlung von Faschisten mit dem Leben bezahlt. Ein "Unfall" heißt es. Seine Mörder sind Staats-Diener, die mit paramilitärisch anmutender Ausrüstung nicht nur die Nazis "schützen", sondern die Verfolgung derer Feinde bereitwillig übernehmen.

Das war am 28. September dieses Jahres. Am Tag darauf dringen Bullen eines anderen Staates in Brixton (Großbritannien) in die Wohnung von Cherry Groce ein, um deren Sohn wegen Diebstahls zu verhaften. Sie schießen Cherry, die Mutter mehrerer jüngerer Kinder ist und darüber hinaus Farbige (!) in den Rücken. Aus "Notwehr" versteht sich.

Am 19. Oktober wird der 19jährige Marcin Antonowicz in Olszyn, Polen, zusammen mit zwei Mitstudenten verhaftet. Vierzehn Tage lang liegt er im Koma, bevor er seinen schweren Verletzungen erliegt. Er sei alkoholisiert aus dem Polizeifahrzeug gesprungen, behauptet die Polizei. In Amsterdam stirbt am 25. 10. 85 Hans Kok. Die holländische Polizei hatte mit äußerster Brutalität und sogar unter Anwendung von Schusswaffen (!) versucht, eine Wiederbesetzung einer Einzimmer-Wohnung zu verhindern. Einer der 33 Verhafteten wird anderntags tot in seiner Zelle aufgefunden. Angeblich wegen einer "Überdosis Betäubungsmittel". Eine eingehende Untersuchung der Todesumstände wird nicht zugelassen.

Am 17. November wird der 15jährige Michelis Kaltezis in Athen von der Polizei erschossen. Zum 12. Jahrestag der Studentenrevolte gegen die Diktatur Papadopoulos vom 17. 11. 73 hatten über 200 000 Menschen an einer Demonstration teilgenommen. Am Abend wird der junge



BEI UNS STEHT DER MENSCH
NOCH IM MITTELPUNKT



Ihre Polizei!

Anarchist Michelis von einem Polizisten auf dem Exarchia-Platz, dem Treffpunkt der Anarchisten, erschossen.

Fünf Namen, die für unzählige andere stehen. Die 800 ermordeten Südafrikaner der letzten 13 Monate (nach offiziellen Angaben, FR 11. 11. 85) haben bei uns keine Namen wie Günter, Cherry, Antonowicz oder Hans, aber ihr Schicksal berührt uns nichtsdestoweniger. In Südafrika wütet der Polizei-Terror: Von Militärfahrzeugen aus, die Mercedes Benz liefert, werden von höchsten Stellen dazu legitimiert, von Bullen Massaker angerichtet. Gefangene werden gefoltert, Menschen willkürlich erschossen. Aufstand und Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse allerorten. Die Antwort der bedrohten Machthabern ist "hart durchgreifen", heißt Aufrüstung und Repression in neuer Qualität. Zeigt die "neue harte Linie" der Machtzentren eine neue Entwicklungsstufe an?

Z. B.: Günter Sare - Ein westdeutscher Großkonzern rollt über Leichen.

Auf die Ermordung Günter Sares reagierten Tausende von Menschen mit Empörung. Um die Demonstrationen zu unterbinden, wurde über Frankfurt praktisch der Belagerungszustand verhängt. Ein Riesenaufgebot von Bullen kreiste Gruppen ein, verhaftete,

verprügelte, jagte, drohte. Dennoch gab es spontane Großdemonstrationen auch in Hamburg, Stuttgart,

Freiburg, Berlin usw. Bullen räumten brutal die Kernkraftgegner in Wackersdorf, in Haldhausen überfielen sie ein Straßenfest von Atomgegnern und überall die gleichen Szenen.

Auf dem Hintergrund der sich ver-

schärfenden Krise, einer Umorientierung der Produktionsweisen - weg von der industriellen Großproduktion (Werften in Bremen, Arbed-Saarstahl, Kohleabbau im Ruhrgebiet usw.) hin zu den neuen Techno-

logien, wächst die Zahl derjenigen, die keine garantierte Arbeit mehr haben, wie beispielsweise Ausländer, Ungelernte, aber auch zunehmend Teile des öffentlichen Dienstes. Der Angriff auf das Streik- und Organisationsrecht der Lohnabhängigen wird immer offener ausgetragen. Gleichzeitig schreitet die Monopolisierung des Kapitals voran. Mercedes schluckt AEG und spuckt Wasserwerfer aus: Wasserwerfer gegen heimische Demonstranten, Unimogs gegen Südafrikaner!

Z. B.: Cherry Groce - Polizeistaat auf "britisch".

Großbritannien ist kriegserfahren. Kolonialkriege. Bis hin in das Jahr 1982 (sogenannter "Falkland-Krieg"). Und in Nordirland hat der Krieg eine traurige Tradition. In Großbritannien wurde anlässlich des Massakers englischer Fußball-Fans in Brüssel Gesetze in Windeseile verabschiedet, die in Wirklichkeit dazu dienen, den zunehmenden Widerstand auf und von der Straße polizeilich unter Kontrolle zu bringen. Arbeitslosigkeit, Rassismus. Aufstände in Brixton, Toxted und Liverpool. Cherry Groce ist nicht das erste Opfer. Der lange Bergarbeiterstreik zeigt, daß der Widerstand der "under-classes" auf der Insel wächst. Großbritannien baut seinen Polizeistaat auf und hilft, den südafrikanischen auszubauen.

Z. B.: Marcin Antonowicz - Das Kriegsrecht wird aufgehoben - der Kriegszustand bleibt.

Das seit 1941 verhängte Kriegsrecht als Antwort auf die Streiks von August 1980 und den politischen Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften ist offiziell aufgehoben. Die Gefangenen sind jedoch nicht oder nur teilweise amnestiert worden. Die Errungenschaften der damaligen Kämpfe sind fast alle zurückgenommen worden. In dieser Situation

wird der Student Marcin ermordet. Es ist noch nicht klar, ob die Miliz aus explizit politischen Gründen handelte. Wahrscheinlicher ist, daß Marcin Opfer der Polizeiwilkkür wur-

de, wie so viele seiner Landsleute. Und das läßt ein bezeichnendes Licht auf dieses marode Regime fallen, daß sich, als sowjetische Kolonie, während des großen britischen Bergarbeiterstreiks dafür hergeben hat, mit Kohlenlieferungen der bedrängten Mrs. Thatcher zur Hilfe zu kommen und den britischen Kumpels in den Rücken zu fallen. An der Aufstandsbekämpfung wird die Aufhebung des Kriegsrechts, so viel steht fest, nichts ändern.

Z. B.: Hans Kok - Der Mythos der Liberalität

Der Tod des Kraakers im "liberalen Holland rückt die wahren Verhältnisse in ein anderes Licht. Seit 19-1 gibt es wieder Polizeireviere in jedem Stadtviertel. In Staatsliedenbuurt, wo etwa 1000 Kraakers leben - die meisten völlig legalisiert - wurde erstmals ein Polizeirevier von 20 Mann eingerichtet. Die Lage vieler Holländer und der Ausländer (aus den ehemaligen Kolonien) verschärfte sich in den letzten Jahren zunehmend. Ein Haus zu besetzen wird zur Überlebensfrage. In die sozialen Widersprüche greift der kleine NATO-Staat ein, mit Repression.

B.: Michelis Kaltezis - Die Integrationsbemühungen der sozialistischen Regierungspartei sind gescheitert.

Die Erschließung des jungen Anarchisten durch die griechische Polizei am 17. 11. 05 und die darauf folgenden zahlreichen landesweiten Aktionen bis hin zu Rücktrittsfordern und -angeboten zweier Minister sind der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die schon 1974 begann. Die Sozialisten kamen damals mit der Welle, die die Obristen hinwegspülte ins Parlament. Doch bald sollte der von den "Sozialisten" übernommene Staats- und Sicherheitsapparat für Ernüchterung sorgen. Die EG und die NATO übten unmißverständlichen Druck aus. Polizei und Staatssicherheitsorgane, die nach alter Manier brutal gegen die Linke vorgehen, haben die Widersprüche zwischen den sich als fortschrittlich bezeichnenden Regierenden und den Beherrschten unten auf die Spitze getrieben. Der

"Dialog mit der Jugend" der PASOK (sozialistisch) wurde zum Hohn. (Siehe auch den Bericht über die Lage in Griechenland in diesem Heft). Allerdings: Athen ist nicht Frankfurt! Der Todesschütze Athenaios Melissas wird vor Gericht gestellt. Drei hohe Polizeioffiziere werden vom Dienst suspendiert. Der Innenminister Koutsogiorgas und dessen Stellvertreter Tsouros haben dem Druck von unten nachgegeben und ihren Rücktritt angeboten - was allerdings von Ministerpräsident Papandreou abgelehnt wird. Der hessische Innenminister Winterstein, der nie auf den Gedanken kam, zurückzutreten, ist ausgerechnet von den Grünen, die um ihre Koalitionsverhandlungen bangten, in Schutz genommen worden! Der wiederum lobte den Einsatz der Grünen - jener Männer, die nach

der Partei ihrer Kampfansage so genannt werden.

Südafrika - Der Gipfel?

Die Verhältnisse in Südafrika zeigen, wohin die harte Linie des Staates führen kann. Legalisierte Folter, totale Pressezensur, Rauschmiß Hunderttausender ausländischer (d. h. aus afrikanischen Nachbarstaaten oder den sogenannten Bantu-Staaten) Arbeiterfamilien. Bewaffnung der weißen Herrschenden. Und trotzdem läßt das Südafrikageschäft. Oder gerade deswegen? So beschließen Mercedes-Aktionäre am 8. 11. 35 mit 11:9 Stimmen eine Aufstockung der Investitionen auf 150 Millionen DM, d. h. um das Dreifache! Der politische Wille der Staaten wie BRD und GB die Republik SA zu isolieren und dem blutigem aggressivem Regime ein Ende zu bereiten, ist nicht vorhanden. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Regierungen weizen die Gunst der Stände, um transnationalen Unternehmen wie z. B. Mercedes Benz, Siemens, BMW, die Dresdner Bank v. a. zu protegierten.

Es sind überall dieselben...

Die neue harte Linie ist die Antwort des Staates auf die sich verschärfenden Widersprüche. Die Repression, die das staatliche Unrecht durchsetzen soll, beschränkt

sich nicht nur auf ein Land, ja noch nicht einmal nur auf NATO-Länder. Immer neuere Gesetze zur

Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten werden erlassen, Ausnahmengesetze (wie z. B. der § 129 seit 1977) geben in die alltägliche Rechtssprechung über. Die Polizei führt fort zu töten. Die großen bürgerlichen Parteien werden abschiedete "Volkszählung" wird vielleicht perverserweise Knäppl und Wasserwerfer einsparen helfen. Prävention im Vorfeld ist angesagt. Die Herrschenden wollen uns zum Schweigen bringen, notfalls durch einkalkulierten Mord. Aber eine Revolte ist in den Ghettos und Großstädten ausgebrochen, deren erste Ausmaße in den vergan-

genen Wochen wohl nur ein Anfang war. Die neue harte Linie der Herrschenden könnte sich dabei als Boomerang erweisen.

Alexander Anders

AUSNAHMEZUSTAND IN DER MAUSEFALLE

Günther Saré von der Polizei ermordet. Schnell verbreitet sich diese Nachricht über das ganze Land. Während Protestaktionen gegen einen NPD-Parteitag im Frankfurter Gallusviertel wird der Demonstrant Günther Saré von einem Wasserwerfer der Hessischen Polizei überrollt und getötet. Darauf gibt es zahlreiche Demonstrationen in Frankfurt und anderswo.

Durch direkte Aktion und Proteste sollte ein weiteres Nazitreffen verhindert werden, wieder werden die Gegendemonstranten mit einem massiven Bullenaufgebot konfrontiert. Das Tagungshaus wird weiträumig abgesperrt, als käme Helmut Kohl persönlich. Wasserwerfer beziehen Stellung, mehrere Hundertschaften der Bullerei postieren sich. Im Laufe des Samstag Nachmittags versuchen Antifaschisten Nazis am Betreten des Versammlungsraums zu hindern. Rängeleien, "Nazis raus!" Rufe, erste Bulleneinsätze. Gegen Abend mehren sich

gewalttätige Ausfälle der Bullen. Einzelne Knüppeleinsätze, drohende Wasserwerfer, die Szene mit grellen Scheinwerfern ausleuchtend.

Auf einer Kreuzung stehen verstreut einige Demonstrantengruppen. Da fahren Wasserwerfer heran, grelle Scheinwerfer, Motorengeheul, Leute flüchten in angrenzende Straßen. Der Panzer rollt auf die Straße, Wasser marsch! Einer will noch ausweichen, wird vom Wasserwerfer verfolgt und stürzt zu Boden und wird überrollt.

Fassungslos laufen die Leute zusammen. Der Überfahrene ist lebensgefährlich verletzt und stirbt wenig später.

Die darauffolgenden Ereignisse können nicht alle dargestellt werden. Das ergäbe ein Buch. Daher folgen ein paar Gedankensplitter, vielleicht am Ende ein Puzzle ergebend.





Am gleichen Abend bildet sich eine spontane Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt. Im Stadtteil Gallus geht zur gleichen Zeit ein Lager von Daimler Benz in Flammen auf. Im gerade erst gegründeten Libertären Zentrum organisieren Leute aus dem unabhängigen Spektrum für Sonntag eine Pressekonferenz. Abends läuft die nächste Demonstration, Putz auf der Straße, Scheiben kirren, Mollis fliegen, Bullen rennen scheinbar verwirrt umher.

Die Mausefalle, das Einkesseln und Abtransportieren Hunderter von Demonstranten, wird bei späteren Anlässen weiter praktiziert. Dazu bedarf es anscheinend keiner weiteren Legitimation. "Wenn ihr so weiter macht, sperren wir euch das nächste Mal ins Stadion!" warnt ein Bulleneinsatzleiter während einer späteren Demonstration.

Folgende Demonstrationen finden im politisch-rechtlichen Niemandsland statt, dürfen eigentlich nicht sein,

Das Vorgehen der Polizei sei, "angemessen und auf dem Hintergrund des Gewaltpotentials in Frankfurt sehr umsichtig" gewesen, erklärt der hessische Staatssekretär von Schoeler. Die SPD nimmt die knüppelnden Bullen in Schutz. Das Demonstrationsverbot kann immer wieder durchbrochen werden. Doch es bleibt klar. Es herrscht Ausnahmezustand. Straßen voller schwer bewaffneter



Aber dann zeigt sich eine neue Bullentaktik, die Mausefalle. Ausnahmezustand im Normalvollzug. Ein ganzer Demonstrationszug wird eingekesselt, umstellt von Hundertschaften und mehreren Wasserwerfern. "Keiner kommt hier raus!" tönt der Bullenlautsprecher. Nach und nach werden Leute herausgegriffen und abgeführt. Sicherheitsverwahrsam, in grossen Sammelzellen im Knast.

Der Bullenkreis schließt sich enger. Von draussen werfen Leute Bierdosen und Fresalien zu den Eingeschlossenen. Nach drei Stunden wird der Rest nach Hause entlassen.

Im Knast kommt es zu Verschönerungsaktionen der Zellen, was die Zeitungen später als "Randale" und "chaotische Zerstörungen" brandmarken.

werden schlicht verboten, verhängt der Oberbürgermeister der Stadt ein generelles Versammlungs- und Demonstrationsverbot über das ganze Stadtgebiet. Die Zeitungen machen Stimmung. "Chaoten im Anmarsch auf Frankfurt!" Sie zetern von einer "unerhörten Parole: Feuer und Flamme für diese Stadt!" Trotz Verboten kommt es zu weiteren Demonstrationen, werden Flugblätter verteilt, Kundgebungen abgehalten. Die Bullen überziehen die Stadt mit ihrem gewalttätigen Apparat, knüppeln auf jede Ansammlung ein, verprügeln auch schon mal Pressefotografen und "Unbeteiligte".

ter Bullen, patrouillierende Bullenfahrzeuge, kreisende Hubschrauber mit Suchscheinwerfer. Steht der Umsturz bevor? Wie mächtig und gefährlich muß der Gegner sein, der so bekämpft wird! Ist das kapitalistisch-demokratische System schon so angeschlagen? Ist der Putz auf der Straße, unsere Demos und Aktionen, ist unsere Wut und der bescheidene Widerstand so systemgefährdend? Da betreten die Helden von gestern die Bühne, laden zu einem Teach in in die Universität. Vertrautes Gelände. Grüne Ministerfreunde, Realpolitiker und Alt-Spontis auf dem Podium, die Fahrkarte zur



Machtteilhabe schon im Jacket. Ihre Stunde schlägt! Räumierend wollen sie sich im Rundumschlag über die außerparlamentarischen Kämpfe als radikal-demokratische Reformer ins Rampenlicht setzen.

Und da fliegen ihnen unversehens Eier um die Ohren, richtet sich Wut und Verachtung auf die Grüne Regierungshoffnung. Das ist ein Signal! Die großen Wortführer von einst sind abgesetzt. Denn ihr Schlachtfeld ist das Rednerpult im Parlament, sind die Wahlkämpfe und das buhlerische Gerangel mit der SPD.

"Es gibt keine sozialen Kämpfe mehr. Wir müssen den reformistischen Weg gehen!" Das ist die Legitimation der Realpolitik. So stehen sie den bewegten Ereignissen auf der Straße distanziert, verständnislos und verunsichert gegenüber. Radikale Bewegungen passen nicht in das harmonische Weltbild der neuen Republikaner, die auf das parlamentarische System setzen. Aber ihre Anhänger müssen ständig von der Richtigkeit des bescheidenen Weges überzeugt werden. "Entweder

Realpolitik oder RAF!" Die Phrase taucht besonders oft auf. Sie soll verschleiern, daß die außerparlamentarischen Kämpfe von Systemgegnern getragen werden, die weder RAF-Anhänger sind, noch Marxismus-Leninismus predigen.

Es sind Menschen, die ihre Erfahrungen gemacht haben im Alltagsfrust, beim Arbeitsamt, mit den Behörden, in Betrieben und Schulen, bei Hausbesetzungen, Demos, an der Startbahn, bei Streiks und vielen anderen Aktionen. Eine Systemgegnerschaft, entstanden aus den Lebensumständen, aus der Erfahrung, aus den täglichen Auseinandersetzungen und Kämpfen und nicht aus universitären Politseminaren. Das ist einer der Unterschiede der heutigen Protestgruppen zu den ehemaligen 68ern, die die Schattenseiten des Kapitalismus oft nur aus Büchern und Diskussionen her kannten. Diese Schattenseiten werden heute spürbar für die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, für die Jobber und die Ausgegrenzten, für die wachsende Zahl der Überflüssigen, die herumgeschoben, verwaltet und überwacht werden. Leisten sie Widerstand, werden sie sozial-ad-

ministrativ eingebunden, unterdrückt und kriminalisiert.

Es wächst die Kluft zwischen etablierter, reformistischer Linker und den Revolten, die aus den schärfer werdenden sozialen Konflikten hervorgehen.

Nach dem Tode Günther Sarés stellen sich Die Grünen schützend vor Innenminister Winterstein, loben ihn für seine Umsicht. Üble Koalitionsfürze! Nach außen heucheln sie Betroffenheit, drinnen verhandeln sie weiter mit Börner und Co. So stützen sie ihre Regierung. Dafür gehen sie auch über Leichen.

Der Anlaß war ein weiteres Mal ein Faschistentreffen. Wieder knüppeln deutsche Bullen für deren Versammlungsfreiheit. "Deutsche Polizisten morden für Faschisten! Polizei SA SS!" Bekannte Demo-parolen. Aber die Realität ist danach! "Ihr kommt auch noch dran!" schreien Bullen als sie nach dem Tode Günther Sarés wieder Demonstranten gegenübersehen. Das ist kein Ausflippen einzelner Beamter. Dahinter steht der Drill, die ideologische Erziehung der

AUTONOMER

REDEBEITRAG ZUR BEERDIGUNG VON GÜNTER SARE

Autonomer Redebeitrag zur Beerdigung von Günter Sare

Aus einem Zeitungsartikel vom 1. Juni 1974:

Der 17jährige Schüler Thomas Hytrek wurde auf dem Platz vor dem Römer von einem Wasserwerfer mit 28 Km/h zu Boden gerissen. Gerd Koenen vom KBW bezichtigte die Polizei des Mordversuchs. Der Fahrer des Wasserwerfers habe regelrecht Jagd auf Hytrek gemacht, nachdem er den Polizeieinsatz fotografiert habe.

Polizeipräsident Knut Müller dagegen: "Hytrek ist in einer Wasserlache ausgerutscht und konnte deshalb nicht schnell genug ausweichen!"

Der Zeitungsartikel trägt die Überschrift: Ein Toter wäre den Chaoten gerade recht.

Nein, meine Herrschaften in Polizei-, Parlaments- und Pressekreisen. Ein Toter ist uns wahrhaftig nicht recht, genausowenig wie es dem Günter Sare nicht recht war.

Und damit kommen wir zum ersten Punkt:

Es hieß auf Transparenten und Flugblättern, Günter Sare sei im antifaschistischen Kampf gestorben. Das ist wahr!

Die andere Hälfte dieser Wahrheit aber ist die Tatsache, daß er, genauso wie wir alle, hätte ermordet werden können bei zahllosen anderen Gelegenheiten. An der Startbahn bei Geseinsä tzen, in Hanau, wo ein Polizist mit der Pistole über Demonstranten schoß oder schon 1974 wie um ein Haar der Thomas Hytrek.

Da wird allen Ernstes darüber diskutiert, ob der Staat faschistische Organisationen verbieten soll. Ist denn wirklich noch nicht dem Letzten klar, was dieser Staat, der uns in Polizeiform entgegentritt und uns mit Wasserwerfern schon 1974 genauso wie heute plattgewalzt hat, was dieser Staat ist?



An der Startbahn West wie in Bilibis, in Wackersdorf wie in Gorleben stehen hinter den Polizeiketten die festgeschlossenen Reihen der Herrschaften aus Banken, Industrie und Handel. Und damit das alles seine Ordnung hat, erklären uns die gekauften Politikermarietten dazu: Das ist die lebenswerteste aller Demokratien.

Nein, hier handelt es sich nicht um fahrlässige Tötung, sondern um staatlich verhängte Todesstrafe gegen einen Menschen, der es gewagt hat, anderer Meinung zu sein als der staatlich verordneten. Und damit kommen wir zum zweiten Punkt:

Günter Sare wurde von der Presse ebenso wie von den verschiedensten Parteien und Gruppen auf Demonstrantenseite überstet vermarktet. Auf der einen Seite war er der Berufsdemonstrant, der Startbahnkrawallführer oder der vorbe-strafte Kriminelle. Auf der anderen Seite wurde er uns verkauft als sterile Bilderbuchfigur, die wahlweise ehrenamtlicher Sozialarbeiter, braves Vereinsvorstandsmitglied oder alter Mitkämpfer und Freund jetziger Stadtverordneter sein sollte. Nein, Günter Sare war hauptsächlich Systemgegner, weil er dieses System nicht einfach hingenommen hat. Wo geldgierige Immobilienpekulanten - gestützt auf Politiker, geschützt durch Polizei - die Wohnungen der einfachen Leute zerstören, da hat er Häuser mitbesetzt.

Er war ein ganz anbraver Vereins- und Parteigegner, weil er gesehen hat, wie im Vereins- und Parteiengerangel um öffentliche Gelder die Interessen der Stadtbevölkerung zu kurz kamen. Deswegen hat er ohne Staats- und Stadtgelder im Gallus seine Art von Stadttellarbeit gemacht: Er hat mit anderen, hauptsächlich ausländischen Freunden Ende 1974 das unabhängige Galluszentrum auf- und ausgebaut.

Er war zwar früher der Mitkämpfer heutiger Abgeordneter, aber nie und nimmer hat er die als solche akzeptiert. Günter hat bis zuletzt den Standpunkt vertreten, daß Selbsthilfe und aktives Handeln besser ist als parlamentarisches Gottvertrauen.

Günter politisierte sich in der 67/68iger Bewegung. Besonders das Attentat auf Rudi Dutschke war für ihn Grund genug, im Gallus die Anti-Springer Kampagne aktiv mitzumachen. Von seiten alter Mitstreiter ist kaum noch jemand übrig geblieben. Viele sind integriert, avanciert oder haben ganz einfach resigniert. Er nicht. Er hat mit

seiner Arbeit im JUZ Bockenheim genauso nach Möglichkeiten für seine Art von autonomer Selbsthilfe und Aktivität gesucht, wie bei dem deutsch- ausländischen Freundschaftsfest auf dem Schulhof neben der Nazi-Tagung.

Günter war nicht als Fighter oder Berufsdemonstrant vor Ort am Haus Gallus. So wie er weitgehend als Einzelperson sich seine eigenen Gedanken gemacht hat, nach denen er dann entschieden gehandelt hat, so war er auch an diesem Samstag als Einzelperson mit seinen beiden Neffen am Haus Gallus.

In seinem Stadtteil, in dem er die selbstorganisierte Zusammenarbeit mit Deutschen und Ausländern mit aufgebaut hat, wird Günter gewiss seine eigenen Gründe gehabt haben, dahin zu gehen, wo Nationalisten und Faschisten ihren Rassenhaß verspritzen.

Nein, wir lassen nicht zu, daß Günter Sare von Leichenfleddern vermarktet und verkauft wird. Unsere Trauer um ihn sitzt tief und unsere Wut über seinen erbarmlichen Tod ist groß.

Und damit kommen wir zum dritten Punkt:

Uns wird vorgeworfen, wir hätten Günters Tod nur als Vorwand benutzt, um in den Tagen nach seinem Tod blutdürstige Randalie zu machen. So wie Günter in seinem jahrelangen Kampf gegen dieses System der Banken und Spekulanten, gegen das Erdreich werden durch Hochhäuser Bankpaläste und gigantischen Flughäfen gekämpft hat, so kämpfen wir auf unsere Weise auch gegen die Verödung unserer Wohngebiete, gegen die Zerstörung der letzten Naturreste, gegen Militarismus und Imperialismus und gegen das Eingepferchtsein in Betonklos mit Kohnsche.

Wenn wir die Glasscheiben der anonymen Geldberge zerschlagen, dann greifen wir genau die an, die die eigentliche Verantwortung an Günters Tod tragen. Und wenn sie sich von tausenden hirnloser Uniformierter Schweine schützen lassen, so zittern sie doch.

Diese sogenannten blutdürstigen Krawalle sind eben doch nicht so blutdürstig und sinnlos. Im Gegenteil sie zielen genau auf den Nerv des Systems, da wo es am offensichtlichsten ist. Und weil das jeder begreift, wird umso lauter geschrien und gezetert, um von den wirklichen Problemen und Ursachen abzulenken.

Wir stehen zu dem, was wir tun. Und deshalb habt ihr keine Antworten für Menschen wie Günter und uns

Wir lassen uns nicht von Staatsmacht und Justiz vorschreiben, wie wir nach der Pfeife der Geld- und Machtgeier zu tanzen haben.

Wir denken und handeln selbst und das macht uns so unbequem. So wie ihr Benno Ohnesorg, Jürgen Rattay und jetzt Günter Sare umgebracht habt, so würdet ihr uns alle am liebsten umbringen, damit ja nicht die heilige Kuh der Demokratie an irgendeiner Ecke ihres gesellschaftlichen Sockels ins Wanken gerät.

Dabei sind die Risse schon unübersehbar geworden:

Tausende und Tausende von Arbeitslosen, Tausende und Tausende, die im Beton der Wohngettos einzementiert werden, wir werden mit vergifteten Plastikfräse für die tägliche Arbeit belohnt, die immer den anderen, den wahren Herren dieser Gesellschaft Profit und Macht bringt. Als regelrechte Siegestssäulen werden in unserem Angesicht die gläsernen Hochhauspaläste errichtet, die tagtäglich vom Sieg über das Menschsein künden.

Wenn ihr nichts anderes für uns und unsere Kinder habt als Wallmanns Großkotz-Frankfurt, das mit einer blutrünstigen Armee von willenslosen Befehlsempfängern vollgestopft wird, dann wehren wir uns dagegen.

Und damit kommen wir zum letzten Punkt:

Wer, wie wir, in den letzten Tagen erlebt hat, wie der Staat, alles was sich bewegt hat, zusammengedroschen hat - ob Demonstrant, Reporter, oder unbeteiligter Passant, dem fällt sofort die Parallele zu dem auf, was sich im mittelamerikanischen Bananenrepubliken abspielt.

Wen wundert es dann, wenn Günter Sare das, was sich in Nicaragua entwickelt hat, als mögliche Alternative begrüßt. Er trug sich mit dem Gedanken, dorthin zu gehen und seine eigenen Erfahrungen zu sammeln. Er kann es jetzt nicht mehr.

Wir wollen Günter Sare nicht für uns vereinnahmen, wir sagen auch nicht, daß das, was wir machen, ausschließlich in seinem Sinn wäre. Wir sagen nur das eine: Die Toten habt ihr nicht mehr zu fürchten, wir aber leben noch!

metROPOLen Tanz

BLUES UND SOZIALISMUS
eine subjektive einschätzung

1. BEI DEN GRÜNEN DAUERT ES
ETWAS LÄNGER

1980/81 startbahn west, die grünen auf der einen seite der mauer, böhrner's bullen auf der anderen. bluttriefende hessenlöwen werden mit dachlatten verfolgt; anschließend: braver urnengang und hurra, eine unserer speerspitzen im parlament, oder ... denkste aus der speerspitze wurde eine vernunftsehe mit den sozialdemokraten. koitus mit viel vaseline, aber -koitus.

---zeitsprung---
januar und juni 84, die grüne landtagsfraktion stimmt den landeshaushalten zu, in denen die anschaffung von hochdruckwasserwerfer enthalten sind. eineinhalb jahre später, günter sars stirbt. ursache: bekunnt. anschließend: mißtrauensantrag gegen böhrner, nicht etwa von den GRÜNEN, sondern von seiten der CDU und FDP, die den mord in der christ-demokratischen stadt parteipolitisch nutzen will. der mißtrauensantrag scheitert. die GRÜNEN sprechen böhrner ihr vertrauen aus

parallel in frankfurt: ausnahmestand, generelles demonstrationsverbot, polizeiterrör. einige grüne fordern mutig die verschrottung aller wasserwerfer, während in wiesbaden die weichen für zwei grüne minister in der regierung böhrner gestellt werden. so mancher startbahngegner hat schwierigkeiten, das grün der wasserwerfer und das grün der ökologen zu unterscheiden

es gibt noch eine anzahl grüner, die bei sozialen protesten auf der straße sind. und das ist gut besser als es, wenn sie ihrer partei den rücken kehren würden, denn es ist mittlerweile offen sichtlich, daß diese partei aus seiten derer steht, die soziale proteste verursacht und mit gewalt zu zerschlagen versucht

parlamentarismus mit eigendynamik-oder klassisch
"nehmt den radikalsten revolutionär und setzt ihn auf den thron aller reussen, und ehe ein jahr vergeht, wird er schlimmer als der zar sein." (bakunin)
bei den GRÜNEN dauert es eben etwas länger.

SCHNITT

adE?

es gibt tote bei demos. nicht nur in frankfurt, sondern auch in brixton, amsterdam, athens, polen... die in südafrika zählt schon keiner

bleiben wir in frankfurt. jede woche eine demo, günter sars, polizeiterrör, startbahn usw. und usw.

---nächst. plenar, veranstaltungen, diskussionen---
die beteiligten

---zustand der sache---
staat und die gegenwärtige situation lamentiert, als ob das nicht jede/r beteiligte schon selbst

nach der "blues" auf der straße klingt mehr nach routine und langweile, unterlegt mit klirrenden schreien und dem anrollen einer

es ist eigentlich nur noch eine bewußtseinsache auf demos zu

---szenen und freizeiten zu den von nageschlossenen kenossen, und nach deren abtransport in den frankfurter verwahrgangen dort die

sicher ist der tod eines demonstrierenden nicht prädestiniert, auf der straße blues zu entwickeln
es geht auch völlig in ordnung nach günter sars tod
der frankfurter innenstadt wurden, trotzdem
tionen sind das produkt
gesellschaft, nicht der ver-

die reduzierung vom blues auf der straße und in den köpfen der leute manifestiert sich nicht erst seit der ermordung sars. seit der hausbesetzungsbewegung von 80/81 ist die situationseinschätzung vieler leute immer resignierender geworden. in anbetracht des fortschreitenden öko-kollaps, abschußereiten atomraketen und vor allen dingen, eines, für viele nicht mehr vorstellbar ihn zu überwinden, allmächtig erscheinenden polizei- und justizapparats, haben viele die träume auf eine freiere gesellschaftsform aufgegeben. es geht oft nur noch darum, auf der straße seine angst, frustration und hoffnungslosigkeit in sozialen protest zu gießen, was sich gelegentlich in un-differenzierter gewalt äußert. die anlässe sind austauschbar.

es geht hier nicht darum, den moralischen zeigefinger auszupacken und müßli-ideologie zu verbreiten. es ist auch keine trauer für "gestorbene bankscheiben oder in rauch aufgehende benzifialien angesagt, es stimmt nur nachdenklich, wenn kleine läden und private fensterscheiben genauso zu bruch gehen, wie die fassaden von institutionen dieses systems.

no fun, no future und blues schon mal überhaupt nicht.
der polizeistaat macht sich in den köpfen und gefühlen breit. wer offen von revolution träumt, wird mitleidig belächelt und mit unseren bundesweit vielleicht 5000 leuten wirkt auch die vorstellung einer revolution höchst lächerlich.

SCHNITT

wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren

dieses system zeigt sich von tag zu tag unfähiger, eine sozial befriedigende und ökologisch überlebensfähige gesellschaft zu garantieren. soziale unruhen spitzen sich, nicht nur in der brd, zu ich bezweifle, daß sich der radikal ausbau der polizei zu einer militärischen, innerstaatlichen institution ausschließlich auf die etwa 5000 anarchos und autonome in der brd bezieht

das kapital scheint nicht mit dem abflauen der sozialen proteste zu rechnen, eher noch mit einer quantitativen verstärkung. bereiten wir uns qualitativ darauf vor.

keine nacht für niemand



WIE GEHT'S WEITER ??



Diskussionsveranstaltung um die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Tod von Günter Sare, Freitag, den 25. 10. 85, Frankfurt Uni H6

Ich möchte mich zunächst auf Vorstellungen von Politik beziehen, wie sie nach dem Tod von Günter Sare und den nachfolgenden Kämpfen u. Bürgerkriegsmanövern gekommen sind.

Ein Beziehen auf bürgerliche Öffentlichkeit:

Wir müßten jetzt Versammlungs- und Meinungsfreiheit neu erkämpfen (weil sie abgeschafft wurden) ... und zwar als sogenannte demokratische Grundrechte.

Verschieden Fraktionen des Bürgertums kloppen sich darum, ob man uns noch integrieren, oder nur noch mit offenem Terror bekämpfen kann.

Und wir sollen uns auf eine der beiden Seiten, der innerbürgerlichen Auseinandersetzung stellen.

Zur Geschichte: Nicht das Bürgertum hat sich das Demonstrationsrecht erkämpft, sondern die Arbeiterklasse demonstrierte und ist vom Bürgertum mit einem ritualisierten Demonstrationsrecht abgesperrt worden.

Und, jetzt sollen wir ein formales Recht einklagen, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht.

Unser Interesse zu demonstrieren haben wir gegen alle Verbote durchgesetzt.

Richtig ist, sich auf bürgerliche Öffentlichkeit zu beziehen.

Die interessiert uns aber nur, als Schutz vor Kriminalisierung, oder genauer, sie kann dafür sorgen, daß eine Kriminalisierung halbwegs rechtsstaatlich läuft.

Genauso funktional ist unser Ver-

hältnis zum Bürgertum als Klasse. Wir wollen es politisch neutralisieren. Wir wollen seine Identifizierung mit seinem Staat, anhand dessen täglichen Schweinereien aufheben.

In den zwei Wochen, nachdem sie Günter Sare töteten, gab es einen unausgesprochenen Konsens:

Jetzt Reichts. Mit der Ermordung von Günter brachten sie die hiesigen gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse auf einen Punkt, der so eindeutig war, daß niemand mehr etwas erklären mußte.

Widermal jahrelang angestaute Wut, Haß, den wir in uns reinfraßen. Unsere Ohnmacht - die uns fertig machte, alles das konnte jetzt raus und entlud sich auf der Straße. Unsere durch unseren/lltag verkummerte Kreativität brach auf und wir konnten wieder ohne Chefs und Häuptlinge zusammen überlegen, was wir zusammen machen. Und:

Wir konnten wieder als Menschen miteinander umgehen.

Wir wissen, daß uns unsere Wut nicht allein die Kraft geben wird, weiterzukämpfen.

Auch nicht unser Verlangen nach einer anderen Gesellschaft, einer freien Gesellschaft.

Es gibt in Frankfurt eine anti-staatliche Linke von vielleicht 100-1000 Leuten. Die ist nicht organisiert, sondern besteht aus kleinen Zusammenhängen und vereinzelt Leuten. Die sich zum Teil kennen und sich sporadisch auf Festen, Terminen, Veranstaltungen, Konzerten und Demonstrationen treffen.

Wir haben es in der Vergangenheit öfter versucht uns zusammenzuschließen, sind damit aber immer wieder gescheitert, weil wir uns

zur wehrten.

Wir trafen uns, diskutierten und alles verlief sich.

Wenn uns unsere Wut und unser Verlangen nach einer freien Gesellschaft nicht genug Kraft gibt, ... gibt uns das Wissen, daß es eine Möglichkeit gibt, wenn wir es wollen, die Kraft?

Wir denken: Ja.

Wir denken, wir können unsere Hoffungslosigkeit überwinden, wenn wir realistische Möglichkeiten entwickeln, wie wir die Verhältnisse hier knacken.

Wir denken, daß wir viele Menschen die hier nur noch vor sich hinwursteln, anturken können.

Wir wollen in der nächsten Zeit, eine Perspektive zu siegen entwickeln.

Und Wir wollen uns über eine solche gemeinsame Perspektive organisieren.

Wir gehören zu dem Drittel der Bevölkerung, das aufgrund der gegenwärtigen technologischen Entwicklung aus garantierten Arbeitsverhältnissen herausgedrängt wird und häufig mit kurzfristigen Jobs nahe an der Grenze des Existenzminimums leben soll.

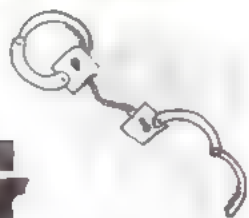
Nur in dieser Klassenschicht können wir für unser Interesse eine Mehrheit finden.

Dies ist unser nächstes Ziel.

Wir gehen davon aus, daß diese Gesellschaft, ihr Produktions- und Verwaltungsapparat, technisch gesehen, so angreifbar wie nie zuvor sind. Die sind auf ihre Kommunikationsstrukturen immer angewiesener. Und das sollten wir uns zunutze machen.

Das Wissen darüber wollen wir uns in der nächsten Zeit erarbeiten. Dieses Wissen wollen wir zu einem Massenwissen machen!

REDE - BEITRAG REPRESSION



DISKUSSIONSVER - ★
ANSTALTUNG AM 25.10.85

zu den Ereignissen im
Zusammenhang mit dem Tod
von Günter Sare



Ebenso eine Vorbereitung vor Repression ist die aktuelle Überwachung.

Außerdem Akteure, speziell die, die etwas mit der Organisation unserer Aktionen zu tun hatten, von Gruppen, die in den Augen des Staatsschutzes gefährlich werden könnten, aber auch die von Einzelpersonen wurden in den letzten Wochen von den Bullen überwacht und beobachtet. Orte, an denen wir uns oft aufhielten, z.B. Libertäres Zentrum, die Au in Rödelheim usw. wurden gezielt observiert und wahrscheinlich abgehört, wie wohl auch unsere Telefonate Einzelpersonen von denen sich der Staatsschutz einen Überblick in geschlossener Zusammenhänge erhoffte oder die durch ihre Aktivitäten bekannt waren wurden verfolgt. Auf diese Art und Weise

favorisierten wir die Situation, wie sie in Frankfurt hatte, ein Manöver des Polizeiparates innerhalb ihrer

war wurde damit auch direkt

ungspunkt, wo

für eine Strukturierung finden. Durch die in den Aktionen gefundenen inhaltlichen Gemeinsamkeiten entwickelten sich Diskussionen

Ziele zu bestimmen und unsere

dem Ziel, eine stark zersplitterte Situation zu überwinden. Diesem Finden von Gemeinsamkeiten in Aktionen versucht

oder Einzelpersonen. Feste Strukturen und eine Gruppe, die in Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen

isoliert arbeitet, kann als Teil der Widerstandsbewegung und Widerstand organisieren. Dadurch wird

auf diese Gruppen und die in ihnen

Außerdem auch sich die Bullen Personen heraus, die sie für psychisch labil halten, um sie unter Druck zu setzen. Ein weiteres Kriterium für Repression sind

Tatvorwürfe. In der Vergangenheit

schwarzer Block 1981, Hannover

den Festnahmen angelaufenen Ermittlungsverfahren und die durch

Tatvorwurf nachträglich gerechtfertigt und bewiesen werden sollte. Hierbei geht es wiederum auch

und um einen Einblick in

Entschüchterungseffekt wahlloser

men ist ein weiterer Teil

schon langsam entwickelnden

teilen des Widerstands,

auch in unseren Kreisen greift

te Angstmasse besonders. Bei

Bewußtsein erst langsam durch

re Unzufriedenheit und die

repressiverfahrung durch wachsen

lern (schallt zum Widerstand

entwickelt, wird durch Festnahmen

effekte polizeiliche Repression

tion und Angst erzeugt.

In der momentanen Situation stehen

in der Form

die Polizei

Zerschlagung des Widerstands



sammelten die Bullen eine Unmenge an Informationen, die auf den ersten Blick möglicherweise nichts mit der Vorbereitung zu tun haben, jedoch sind diese Informationen die Grundlage für eine gezielte Repression. Das genaue Wissen über jeden unserer Schritte, über jedes von uns gesprochene Wort versetzt die Bullen in die Lage ganz gezielt dazu zu kriminalisieren zu verhaften und zu zerschlagen, wo wir uns am wenigsten wehren können. In diesem Zusammenhang sind auch die Versuche von Zeugenvernehmungen der letzten Woche ein Sammeln von allgemeinen Informationen über das gesamte Spektrum des Widerstands. In Bezug auf das Konstruieren einer kriminellen Vereinigung durch den Staatsschutz können wir heute nur spekulieren. Jedoch aus unseren Erfahrungen mit derartigen Konstrukten lassen sich verschiedene Kriterien nach denen die Bullen vorgehen, ableiten. Mit ist die politische Isolation, bzw. Nichtorganisierung, ein Kriterium bei der Auswahl der zu kriminalisierenden Gruppen



“Hamburger Verhältnisse”

KLEINE ANMERKUNGEN ZUM ANSCHLAG AUF DIE TAZ

[illegible]

[The page contains faint, illegible handwritten notes.]

[illegible]

[REDACTED]

Die RAF zieht in die Hafenstraße — die TAZ zieht aus

selbstverständlich fanden wir die aktion gegen die taz erstmalig gut

die diskussion, die lochte mit der seite in der taz provoziert hat und die EFA will, wird jetzt von der taz an der aktion hochgezogen. die diskussion wäre auch ohne die aktion früher oder später gelaufen, vielleicht nicht mit der vehemenz und der scharfe

die diskussion in dem ganzen breiten linksliberalen spektrum läuft in eine verkehrte richtung. und zwar in die, in die die taz sie schiebt in eine hetze gegen die hafenstraße — die vandalen, die haßkappenfraktion, die schagertruppe hinterfragt wird aber selbst jetzt noch nicht der lochteartikels, dessen operativs ziel und dessen materieller zweck: entsolidarisierung in die linke, um die zerschlagung und vernichtung der gruppe zu erreichen.

um das zu verdeutlichen

am 16.10., der artikel von lochte mit einer ganzen seite in der nationalen taz

am 18.10. war der brandanschlag gegen uns, der die bisherige spitze in der konfrontation darstellt, und der klarmacht, wie real die bedrohung ist. denn nur durch zufall konnte das feuer früh genug entdeckt werden, minuten später hatte es totes gegeben können.

das war der taz einen kleinen nichtssagenden artikel im hamburgerteil wert.

die aktion gegen die taz aber wird von ihr zum thema der nächsten zwei wochen hochstilisiert, national und dick und fett. die taz benutzt die aktion, um von dem, was real läuft, abzulenken

wir denken jetzt, daß es ein fehler war, die ganze lochteseite in der taz nicht gleich verhindert zu haben, das wäre der sache angemessen gewesen

warum das nicht gelaufen ist, daß wir das nicht früh genug abgepöbelt haben und die taz damit jetzt noch hausieren geht, um sich ins rechte licht zu setzen, kam so zustande

am freitag, den 11.10., führte th. janssen und h.g. meyer-thompson das interview mit lochte. am montag, den 14.10., hat h.g. bei einem von uns in der hafenstraße angerufen, daß sie am mittwoch ein interview mit lochte in der taz bringen, wo es auch um die hafenstraße geht und wir sollten doch bis morgen, also diensttag, eine stellungnahme dazu geben. sie fänden es gut, wenn die andere seite auch zu wort kommt

ein kleiner betrag von uns, das alibi, um ihre kollaboration mit dem staatsschutz zu verschleiern

am montag abend sind trotzdem noch 2 von uns zur taz gefahren, um das interview schon mal vorab zu lesen. das war ein spontaner einfall, kein gruppenbeschluß oder sowas

bei der taz wollten sie das interview haben, um es mitzunehmen, damit alle es lesen können. thomas janssen und h.g. meyer-thompson meinten: unmöglich, sie würden es nicht aus der hand geben, aber die beiden könnten es jetzt auf der stelle lesen. die beiden von uns dachten: erstmal lesen und dann weitersehen. sie könnten es nur überfliegen. weil es ein packen von 40 seiten war, und th.j. und h.g. staubig druck machten, sie mußten weg, sie hätten termine

den beiden von uns war schnell klar, daß das mehr von uns lesen müssen, um zu ner einschätzung und nem schluß zu kommen. sie haben deshalb mit th. janssen und h.g. meyer-thompson abgemacht, daß am diensttag und mittwoch leute von uns zur taz kommen können, um den ganzen interview-packen zu lesen. th.j. und h.g. meyer-thompson haben noch dazu gesagt, daß sie es uns zwar nicht offiziell geben könnten, daß es aber für uns auf dem schreibisch zur einsicht liegen würde. die beiden von uns waren mit dem interview noch gar nicht fertig, da haben th.j. und h.g. ihnen den artikel, den sie aus dem interview fabriziert hatten, unter die nase gehalten. die beiden konnten nur checken, daß nur ein bruchteil des interviews verwendet worden war. lesen konnten sie den artikel nicht. eine von uns sagte noch zum kommentar von th. janssen was, was ihr auf die schnelle trotzdem aufgefallen war. th. janssen hatte sich darüber mokiert, daß der verfassungsschutz nur andeutungen über die raf in der hafenstraße macht, ohne daß er schon einzelne haftbefehle hat mit dem tenor: wenn lochte haftbefehle hatte, wurde man ja sehen, daß die hetze hand und fuß hat

eifertig sagte dann th.j., daß er das ändern würde. das war den beiden im grunde egal. ihnen war nur klar, daß th.j. damit haftbefehle fordert. sie hatten noch gedacht, daß das an der blödsinnigkeit von th.j. liegt, sie hatten natürlich noch nicht die ganze dimension von dem lochte teil erfaßt

am diensttagmittag kamen dann 12 leute von uns in die taz, die das teil lesen wollten. th.j. war nicht da, h.g. sowieso nicht, das interview auch nicht. ein tazler versuchte, th.j. telefonisch zu erreichen. eine halbe stunde später rief h.g. zurück und sagte, das ding wäre gelaufen, und daß wir es jetzt nicht mehr lesen könnten. abends um sieben fuhren trotzdem nochmal drei von uns zur taz, als th.j. da war. der sagte dann: sie hätten heute früh lochte den artikel vorgelegt, der hätte ihn so abgezeichnet, wie er jetzt gedruckt wird, nach absprache mit lochte hätten sie die abschrift des interviews vernichtet und die kassette gelöscht

am nächsten tag hat einer von uns zufällig h.g. bei einer burgerschaftssitzung, die um die hafenstraße ging, im rathaus getroffen. h.g. hat ihm gesteckt, daß das gestern von th.j. eine lüge war, daß er sich davon distanziert, weil er sowas nicht gut findet

da war aber die taz seite mit lochte schon da

und uns wurde klar, was die taz daraus gemacht hatte: das ziel von lochte, die entsolidarisierung von uns, in die linke zu tragen, und die aktuelle bedrohung von uns

psychologische kriegsführung hat immer auch ein operatives und materielles ziel. wir können es auch so sagen: die taz unterstützt lochte in die linke rein und wollte uns dazu noch als alibi benutzen, damit's keiner merkt, ihre funktion dadurch nicht begriffen wird

die funktion von „raf in der hafenstraße“ ist folgende

1. die linksliberale scene von uns abzuspalten und
2. eine ebene der konfrontation hier bei uns vorzubereiten, für die der tod von gunter in ffm, der brandanschlag auf uns und der mord in amsterdam steht. das heißt, über „raf in der hafenstraße“ den rechtsfreien raum zu schaffen und tote bei einer räumung (die sie schon angekündigt haben) im voraus zu legitimieren.

29.10.'85 Hafenstr.

"POLIZEI-STAAAT"-Erstrecht in München



Die Polizei konzentriert sich auf den Rosenkavaliersplatz (bav. Umweltministerium), von wo einer der drei Demozüge weggeht. Grund ist, daß sich dort neben den oberpfälzer BI's auch die Autonomen sammeln. Bereits vorher verteilt die Polizei Flugblätter, in denen sie dazu aufruft, daß sich die "anständigen" und "ernsthaften" (!) Demonstranten vom sogenannten "Autonomen Block" distanzieren, indem sie sich von ihm räumlich trennen. Das dies jedoch nicht geschah, ist ein weiteres Indiz für die bis jetzt solidarische Zusammenarbeit der örtlichen Anti WAA-BI's mit den Autonomen. Der Demozug selbst ist für Münchner Verhältnisse ziemlich lebendig. Es werden die Scheiben von fünf Banken demoliert, Knallkörper in Richtung Bullen geschleudert, mit Leuchtpistolen auf öffentliche Gebäude geschossen etc. Einmal versucht die Polizei an der Ecke Ismaninger- / Prinzregentenstraße einen Teil der Autonomen (um ein Transparent mit der Zusammenlegungsforderung für die politischen Gefangenen und dem Lautsprecherwagen mit etwa vier Hundertschaften abzudrängen. Dies wird durch das beherzte Eingreifen der BI-ler verhindert. Erst nach der Abschlussskundgebung auf dem Odeonsplatz greift die Polizei etwa 60 Leute ab. Für die Schlappe während der Demonstration sich die Polizei am Abend. Ab etwa 17 Uhr findet im Stadtteil Handhausen in der Pariser Straße ein Straßenfest statt. Nach und nach trudeln etwa 400 Leute ein, auch Anwohner aus dem Stadtteil. Schon zu Beginn des Festes postieren sich ca. 2000 Polizisten, BGS und SEK-Einheiten im Viertel um das Fest. Zuerst wollen die Staatsschutzer den Info-Laden räumen, der nur ein paar Straßen weiter liegt und indem sich unter anderem der Ermittlungsausschuss für abgegriffene Demoteilnehmer befindet. Über den Bullenfunk gewarnt, verlassen alle sofort den Info-Laden, bis auf den Telefondienst. Daraufhin lassen die Bullen den Plan fallen und widmen sich voll dem Fest. Gegen 21 Uhr wird ein Flaschenwurf zum Vorwand genommen, die Pariser Straße abzusperren und alle greifbaren Personen festzunehmen. Nach 20 Minuten sind ca. 150 Leute festgenommen und einige verletzt. Bis auf fünf sind alle am nächsten Tag wieder draußen. Den 5 (zwei aus Berlin, jeweils einer aus Bad Tölz, Münster und Wien) wird Landfriedensbruch und Sachbeschädigung ergriffen. Nach etwa 24 Stunden wird Wiener im Schnellverfahren zu 6 1/2 Monaten

Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die Straßenbahnlinie 10 von der Hauptbahnhof zum Hauptbahnhof zu verlängern. Die Linie soll von der Hauptbahnhof zum Hauptbahnhof verlaufen. Die Linie soll von der Hauptbahnhof zum Hauptbahnhof verlaufen. Die Linie soll von der Hauptbahnhof zum Hauptbahnhof verlaufen.

[illegible]



auf 3 Jahre Bewährung und 5 Jahr BRD-Verbot verurteilt und abgeschoben. Nach und nach fallen die weiteren Urteile: 3 Wochen in 1 Woche Jugendarrest und beim vierten 1200 DM Geldstrafe. Fine, der Berliner sitzt immer noch in der JVA Stadelheim in München

Samstag, 10. Oktober 1968
(Eine Woche danach)

Für 15.30 Uhr wurde eine Demo gegen Bullenterror von der Pariser Straße zur JVA Stadelheim angemeldet. Die Demo wird jedoch mit dem Hinweis verboten, daß die Anmeldeurin zur "autonomen Linken" gehöre. Dieser Gruppierung (?) wird im Ablehnungsbescheid zur Last gelegt, in Folge des Todes G. Sares in Film an folgenden Ausschreitungen beteiligt gewesen zu sein:

- über 50 Brandanschläge
- Krawalle, Sachbeschädigung
- Farbschmierereien in ca. 30 Städten
- Schäden in Höhe von mehr als 7 Mio DM
- ca. 50 z.T. schwerverletzte Polizeibeamte

Außerdem hätte die Anmelderin Kontakt (!) zu einer Person aus dem linksterroristischen Kreisen. Um 15.30 Uhr versammeln sich trotz dem ca. 200 Leute. Unter Druck seitens der Polizei löst die Anmel-

derin die Versammlung auf. Gegen 17 Uhr treffen sich doch noch etwa 100 Leute vor der JVA Stadelheim und skandieren "Aufruhr, Widerstand - Stadelheim wird abgebrannt". Aber die Bullen sind sehr gut vorbereitet. Die Leute werden in eine Seitenstraße gedrängt und mit Knüppel und CS-Gas "behandelt". 55 Demonstranten finden sich zur ED Behandlung in der Filzstraße wieder. Dort werden die Zellen zerlegt und Teile in den Innenhof auf parkenden Streifenwagen geschmissen.

Überlegungen zu den Ereignissen

Was in den 3 Wochen in München abtiefte reißt sich nahtlos in die Vorgänge in der gesamten BRD der letzten Zeit ein. Dabei geht der Staat mit mehreren Methoden vor. Als erstes versucht er den Widerstand zu entpolitisieren. Konkret lief das über Schlagzeilen/Meldungen in der Presse, daß an den Auseinandersetzungen am 12.10. brandstiftende Punker schuld seien. Sowohl bei dem Straßenfest ("besoffene Punker") als auch bei den eine Woche später festgenommenen vor Stadelheim ("Polizei nimmt 53 Punker fest") soll durch solche Falschmeldungen dem Widerstand der politische Stachel gezogen werden. Wo dies nicht gelingt, soll der Widerstand gespalten und anschließend ein Teil kriminalisiert werden. Dabei

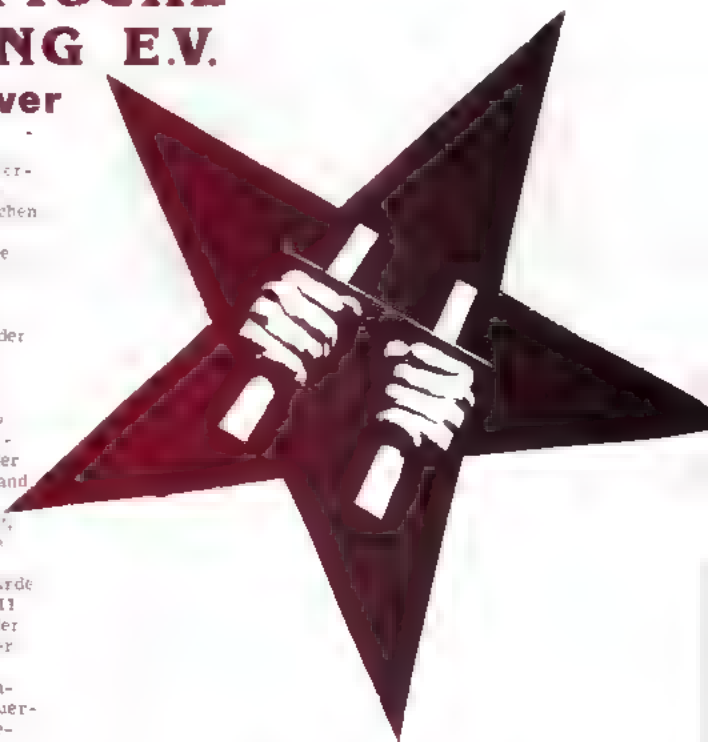
steht sowohl Angst vor einer Eskalation und lastigen WAA-Verfahren in Bayern, als auch eine allgemeine, sogar staatsrechtliche Linie im Kampf gegen die fundamentale und revolutionäre Bewegung. Gerade nach dem Tod von G. Sares vielen politischen Kämpfern eine Auseinandersetzung mit dem Staat geworden. Bei den RAA-Aktionen nach Guntersblheim WAA-Widerstand hat sich gezeigt, daß es für die Staatssicherheit nicht darum, der Lage mit polizeilichen Mitteln Herr zu werden. Diese neue/alte Strategie zielt darauf ab, die Furcht zu schüren und sich dadurch an der Basis des Widerstands zu verankern. Polizei will Herr sein.

TERRORISTISCHE VEREINIGUNG E.V. in Hannover

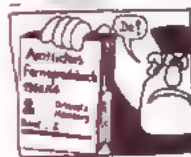
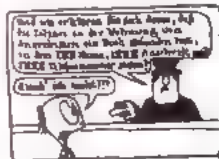
Am 1. Juni erfolgte in Hannover um 23 eine Detonation. Jürgen starb bei dem Versuch, vermittels einer selbstgebastelten Bombe, gegen die verbrecherischen Machenschaften der Messe AG zu protestieren. Er starb auf dem Gelände, wo sich kurze Zeit später "Schlesier" aus dem ganzen Bundesgebiet trafen, um ihr "Recht auf Heimat" auch jenseits aller bestehenden Grenzen zu proklamieren. Wo während der IDEE 92 das Handwerkszeug vorgeführt wurde, mit dem dieser Anspruch in die Tat umgesetzt werden soll, wo auch das Organisationszentrum der ILA sitzt. Wo schließlich anhand des Partnerlandes Türkei demonstriert wurde, welche Form der Demokratie dem angepeilten Kriegszustand entspräche.

Schon wenige Stunden nach dem Anschlag, erfolgte eine bundesweite Fahndung nach Isabel, die zwei Tage später mit ihrem Anwalt bei der Polizei erscheint. Sie wurde wegen dem Sprengstoffdelikt nach § 311 in Haft genommen und sitzt seitdem in der hannoverschen JVA, in der Schuldenberg Landstraße. Bei der Durchsuchung von Isabels Wohnung, wobei keine Zeugen anwesend waren, wurde angeblich eine Feuerlöschbombe, Sprengstoff, Zünder und Bekennerschreiben mit der Unterschrift Wirtschaftswunderkinder, gefunden.

Am 4. Juni wurde Horst, ein Mitbewohner von Jürgen, an seinem Arbeitsplatz verhaftet und als "Unterstützer einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Er wurde als U-Häftling in Celle im Hochsicherheitstrakt, später in der JVA Wolfenbüttel inhaftiert. Sein Haftbefehl wurde nach seinem Haftprüfungstermin in Karlsruhe auf "Mithedschaft in einer terroristischen Vereinigung" erweitert. Nach 14 Monaten, am 21.09., reichte die Bundesanwaltschaft der Anwaltin von Horst, einen Entlassungsantrag zu stellen. Worauf er ohne eine konkrete Beerdigung, und mit den Auflagen, sich zweimal wöchentlich zu melden, einen eventuellen Wohnungswechsel von der BAW genehmigen zu lassen, sowie die Annahme der Passierschein keine Ausreise aus der BRD erlassen wird. Eine wesentliche Besonderheit ist, dass die BAW schon ermittelt, dass auch antragende Behörde ist. Daher angeordnet § 129a ist, so allgemein gefasst, dass jede Ermittlungsmethode notwendig erscheint, um herauszufinden, denn Der Täter der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, laut § 129a, zielt nicht auf konkrete, an sich strafbare Taten, sondern er zielt für alles, was für eine terroristische Organisation irgendwie hilfreich ist, laut BGH. Bei den heftigen Ermittlungen ging es hauptsächlich darum, möglichst viel Material zu bekommen, mit dem die Behauptung der Existenz einer Vereinigung zu stützen werden kann. Die Vorgehens-



weise der Polizei zeigt, daß die Breite des geladenen Personenkreises und die relative Beziehungslosigkeit zum Ereignis "Bombenexplosion am Messegelände", daß die Ermittlungen sich nicht auf die Fakten dieses Ereignisses bezogen, sondern also gar keine Ermittlung im kriminologischen Sinn statt, sondern die Erforschung eines sozialen und politischen Bereiches, denn als "terroristisches Umfeld" potentielle Täterzusammenhänge zugeordnet werden könnten. Von den Maßnahmen betroffen sind hauptsächlich Eltern, Freunde, Bekannte, Verwandte der Beschuldigten und zufällig bei Hausdurchsuchungen An-



ISABEL'S HAFTBEDINGUNGEN:

Da es offensichtlich ist, daß die BAW nichts gegen Isabel vorbringen kann, was eine Haftfortdauer legitimiert, fordern wir die Freilassung, weil

- Eine Wahigegenüberstellung mit dem Kleingärtner, auf dessen Aussage hin u. a. nach Isabel gefahndet wurde, fand bisher nicht statt.

- In den der Verteidigung zugänglichen Ermittlungsakten befinden sich keine Protokolle über Zeugenvernehmungen aus der Umgebung des Messengeländes, da offenbar keine verwertbaren Ergebnisse vorliegen.

- Die Anwälte haben bisher diverse technische Untersuchungsberichte zugesandt bekommen, die bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmte Gegenstände betreffen.

Von dem in Kellern gefundenem Material für Sprengsätze waren alle Gutachten negativ, die versuchten, die Funde Isabel oder anderen Beschuldigten zuzuordnen. Es wurde ein Fingerabdruck von Isabel auf einer Broschüre "Guerilla Diffusa" festgestellt.

- Es existiert ferner ein Sprachgutachten, mit dem -anhand des "Nachwises" einer analogen Diktion- versucht wird, Isabel die Urheberschaft für zwei Bekennerstreifen (Hannover Messe und Haus des Einzelhandels) zu unterstellen.

Als einziger Haftgrund für Isabel gilt, wie zuvor allein der §129 a. Sie ist somit auch verschärften Haftbedingungen unterworfen:

- Einzelhaft, d. h. für Isabel 23 Stunden in einem kleinen dunklen Loch (mit Sichtblenden vor den Fenstern) eingeschlossen zu sein.

- 1 Stunde Hofgang mit ständig wechselnden Mitgefangenen

- Eine halbe Stunde Besuchszeit pro Woche.

- Sämtliche Besuche, außer von Angehörigen, sind nur mit Trennscheibe erlaubt.

- Die Benutzung der Gefängnisbibliothek ist zwar offiziell gestattet, da sie jedoch weder die Bibliothek betreten, noch den zugehörigen Katalog benutzen darf, ist diese Erlaubnis von weniger praktischem Wert

- Zusätzliche Schikanen, wie Besuche von LKA Lern, Abführen zu Verhören etc..

Solche Haftbedingungen haben ganz konkrete Auswirkungen auf die Gesundheit: das ständige Neonlicht in der Zelle verursacht Bindehautreizungen; bei Horst machte sich nach kurzer Zeit ein Rückenleiden bemerkbar; zusätzlich leidet er zeitweise an Sprachstörungen. Diese Bedingungen "abgemilderter Isolationshaft" zielen darauf ab, die Identität der Gefangenen zu brechen. Was das u. A. heißt, ist



in Briefen von Isabel beschrieben. Ich fühle mich, als hätte man mir Teile meines Körpers einfach herausgerissen und ich versuche jetzt alles wieder zusammenzusetzen. Außerlich, meinen Verhaltensweisen nach, komme ich mit der Situation einigermaßen gut klar, aber es gibt vieles an Erinnerungen und Gefühlen, die ich nicht unterdrücken kann. Es ist wesentlich einfacher hier die knallharte Politfrau zu spielen, die durch nichts zu erschüttern ist. Die Freiheit, mich fallenzulassen habe ich zum Beispiel nicht mehr. Einer der wenigen Möglichkeiten, die Isolation zu durchbrechen, ist der Briefverkehr mit der Außenwelt. Der gesamte schriftliche Verkehr unterliegt dabei nicht nur der Kontrolle des Ermittlungsrichters; es werden auch Briefe als Beweismaterial beschlagnahmt bzw. von der Weiterleitung ausgeschlossen. Sätze werden aus dem Zusammenhang gerissen und sollen zur Aufrechterhaltung des Konstrukts der terroristischen Vereinigungen dienen. Wenn sich Isabel z. B. mit auseinander setzt, sich eventuell an eine Perspektive jahrelanger Haft gewöhnen zu müssen, beschlagnahmt die BAW und begründet dies dermaßen. Der Brief enthält keine Angaben der Beteiligung. Diese Angaben werden den Schluß zu, daß sich die Beschuldigte mit der "Perspektive" eventuell jahrelanger Haft halb vertraut macht, was die Tat begangen hat. Isabel macht in ihren Briefen den Hehl aus ihrer Zurückhaltung zur "Szene". Bis zu meiner Verhaftung habe ich fünf Jahre der harte Arbeitslosenkombination durchlebt (Politik/Soziologie), mich etwas in der Un- ausgetobt und ansonsten in den Sumpf mehr oder weniger politisch betrieben. Diese Äußerungen "geben Aufschluß über die Motivation zur Tat, der die Beschuldigte dringend verdächtig ist", meint dann die BAW. Begnügte man sich anfangs damit, Briefe zu kopieren und zu den Akten zu legen, kommt es in letzter Zeit häufiger vor, daß Briefe und an Isabel nicht weitergeleitet werden. Grund war z. B. ein Brief, der "grobe Beleidigungen" enthielt. Auf Seite 1 des Briefes bezeichnet die Beschuldigte Mitarbeiter der BAW als "Arschlöcher". Interessant ist dabei, welche Bedeutung das Wort "Arschloch" für die BAW

Im übrigen ist die Beschuldigte darauf hinzuweisen, daß in verschiedenen Briefen grob beleidigende Ausdrücke enthalten waren. Derartige Briefinhalte lassen sich nur mit einer Haftpsychose erklären. Darauf wurde bislang Rücksicht genommen. Bei dem Bildungsstand der Beschuldigten muß erwartet werden, daß sie grob beleidigende Ausdrücke und Fäkalwörter unter läßt. Künftige Sendungen mit derartigen Inhalten werden ohne Weiteres angehalten."

Zuschriften an Isabel
An den
Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes
2 Händen von Isabel Jacob
Herrenstraße 15a

7500 Karlsruhe



DIE ZEUGENPROBLEMATIK BEI § 129/129a VERFAHREN

In dem Ermittlungsverfahren zum Anschlag auf die Messe-AG in Hannover, wurde eine große Anzahl von Personen (mittlerweile sind es mehr als 70), als Zeugen vorgeladen. Bei Ermittlungen nach terroristischen Vereinigungen sind in aller Regel massive Zeugenverladungen die Folge, weil dann notgedrungen die Ausforschung von politischen Ansichten, persönlichen Beziehungen und sozialen Umfeld betrieben werden, wenn nicht irgendjemand den Kronzeugen spielt, denn meistens liegen keine Gründungsprotokolle und keine Mitgliedsausweise von diesen Vereinigungen vor. Der § ist also dafür geschaffen, um so weitgehende Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen, wie: Zusammenhänge und Verbindungen zu durchleuchten und politische, "unbequeme Leute zu kriminalisieren. Dabei ist dieser § nur der extremste

Ausdruck einer Klassenjustiz, die ihre eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze außer Kraft setzt, weil sie es mit ihren ibrigen Gesetzen nicht schafft, solchen Kampfformen gegen dieses System unter Kontrolle zu bringen. In den letzten Jahren gab es deshalb zahlreiche Versuche, den § auch auf Hausbesetzungen, unliebsame Aktivitäten von Punks, Gruppen von Demonstranten

(Schwarzer Bolck), Zeitungen (Atomexpress, Hangover...) u. a. anzuwenden.

In Hannover haben sich in der Anfangsphase der Ermittlungen eine Reihe von Leuten, die vom LKA zu Zeugen ernannt wurden, aufgrund massiver Drohungen, beeinflussen lassen, wobei dem "Staatschutz" eine beachtliche Menge an Material für seine Konstruktionen zur Verfügung gestellt wurde. Zwei Zeugen wurden durch ihre eigenen Aussagen prompt zu "Mitgliedern einer terroristischen Vereinigung" befördert und das, obwohl einige ihren Anwalt als Rechtsbeistand zu den Vernehmungen mitbrachten.

Einen Bruch mit diesem unüberlegten Verhalten gab es erst, als für den Zeitraum von 2.-4. Juli 1985 insgesamt 30 Personen, aus der hannoverschen Linken, zur Bundesanwaltschaft geladen wurden. Zwar hat auch hier ein Teil der Zeugen ausgesagt, der weitaus größere hat sich jedoch bewußt gegen diese Ausforschung- und Einschüchterungspraxis gestellt und kollektiv die Aussage verweigert. Vier konnten sich dabei als Beschuldigte, Angehörige oder Rechtsanwaltsgehilfen auf die StPO berufen, die anderen 16 verweigerten - nach dem bürgerlichen Recht - widerrechtlich die Aussage. Gegen sie wurden Ordnungsgelder von jeweils 200 - 300 DM verhängt.

Nachdem sich die Bundesanwaltschaft aus diesen 16, vier Leute herausgegriffen und sie ein zweites Mal, diesmal nach Karlsruhe, vorgeladen hat, veränderten sich ihre Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise.

- Einer der Zeugen begann einen Dialog mit der Bundesanwaltschaft (BAW) und forderte sie auf, ihre Fragen an ihn auf den § 311 (Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion) einzuschränken, wobei er an anderer Stelle zu verstehen gab, daß er dazu nichts sagen könne.

- Die anderen drei Zeugen beriefen sich auf eine mögliche, verdeckte Ermittlung gegen sie, um mit dieser Begründung die Rechte von Beschuldigten in Anspruch zu nehmen, die jederzeit die Aussage verweigern können.

- Die restlichen zwölf blieben bei ihrer generellen und offenen Aussageverweigerung. Sie berufen sich dabei auf keinen §, weil solch ein Verhalten in der StPO nicht als Recht vorgesehen ist. Die Vorgehensweisen im einzelnen: Die Position der begrenzten Aussagebereitschaft geht von der Einschätzung aus, daß "die generelle Aussageverweigerung" nur etwas "für die Anfangsphase des Verfah-

rens (war), in der Unsicherheit über Umfang und Erfolg der bisherigen Ermittlungen herrschte. Die weitere Entwicklung hat jedoch gezeigt, daß das Vorgehen und die Position der Zeugen ihre beabsichtigte Wirkung verfehlt hat und die angestrebten Ziele nicht erreicht. Die BAW dürfte inzwischen genügend Material für die beabsichtigte Konstruktion in jeder Hinsicht haben. Das kollektive Verhalten der Zeugen hatte keine Signalwirkung in der Linken. Im Gegenteil, Teile der Szene übten sich" weiterhin in der Produktion von Gerüchten, Vermutungen und Verdächtigungen. Das Problem der Zeugenverladungen (scheine) vom Tisch zu sein und "die politische Ausforschung der Szene dürfte zumindest an der Oberfläche beendet sein." Als Ziel ergab sich daher:

1. "Die Herstellung und Mobilisierung einer praxisrelevanten Gegenöffentlichkeit, die unseren Kampf gegen Eingriffe des Staates unterstützt." Dabei soll über die Aussageverweigerung zum § 129a-Komplex die Wirkung von 129a-Ermittlungen auf die Betroffenen thematisiert und gegenüber dem Staat auf die Einhaltung des bürgerlichen Ideals von der "Autonomie des Individuums" gepocht werden.

2. "Die Bedingungen für alle Betroffenen (Zeugen) möglichst günstig zu gestalten", was vor allem heißt, "die politischen und juristischen Möglichkeiten voll auszunutzen und die Interessenkonflikte der verschiedenen Apparate zu unseren Gunsten auszunutzen." - Die Position, sich als Beschuldigte zu sehen, geht weitgehend von der gleichen Einschätzung aus. Auch die Zielsetzung ist im Prinzip die gleiche: Jeder muß individuell sehen, wie er sich am besten aus der Sache herausmanövriert. Nur besteht nach Meinung dieser drei Zeugen die beste Ausnutzung der juristischen Möglichkeiten darin, daß sie sich zu Beschuldigten erklären. Indem sich jeder einzelne so verhält, soll betont werden, daß gegen alle Zeugen ein Ermittlungsinteresse bestehe und darüber der § 129 entlarvt wird.

Eine gänzlich andere Einschätzung liegt der generellen Aussage-

verweigerung zugrunde: "Nach wie vor sind die Ermittlungen der BAW noch nicht abgeschlossen, ... fehlt noch belastendes Material, um das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung zu untermauern. Nach wie vor ist mit weiteren Verladungen zu rechnen, denen wir nur durch geschlossenes Auftreten begegnen können, und nicht durch... Einzelaktionen."

Der Fall des Zedenzfall einer terroristischen Vereinigung der 1. Art ist bisher noch nicht juristisch durchgesetzt. Die Anwendung des Paragraphen 129a als Ermittlungsvorwurf erlaubt, auch ohne daß nach diesem Paragraphen angeklagt wird, eine breite und massive Ausforschung und Denunziation politischer Zusammenhänge. Juristisch und politisch möglich wird dies unter der Überschrift: "Terrorismusverdacht".

Terrorismus-Propaganda in der BRD recht erfolgreich

Unter dem Motto "Kampf dem Terrorismus" ist in der BRD mittlerweile ein ungeheures Maß an politischer Verfolgung und Unterdrückung möglich. Grund genug sich etwas genauer mit diesem sog.

"Terrorismus" zu beschäftigen. Von Seiten der Staatsmacht in der BRD, insbesondere der Justiz werden sogenannte "Terroristen" als "besonders gefährliche Gewaltkriminelle" behandelt. Diese Sprachregelung ermöglicht, zum einen jegliche politische Diskussion oder politische Verteidigung zu unterdrücken, zum anderen, sie einer Sonderbehandlung zu unterwerfen, ohne sie als politische Gefangene anzuerkennen. Die Staatsmacht argumentiert: "terroristische Aktionen seien, unabhängig von ihrem politischen Zusammenhang, schwer kriminell und deshalb Gegenstand der Strafverfolgung. Damit wird behauptet, es gäbe äußerlich beschreibbare Gewalttätigkeiten, die als "Terrorismus" definiert werden könnten. Der Straftatbestand des § 129a StGB, "Bildung einer terroristischen Vereinigung", ist dementsprechend gestaltet. Der Kernsatz lautet:

Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. Mord, Totschlag oder Völkermord
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit...
3. gemeinschaftliche Straftaten... zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Als Zweck oder Tätigkeit einer solchen Vereinigung wird die Begehung bestimmter Gewalttaten wie Geiselnahme, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, Mord, Totschlag behauptet. Es soll sich dabei um "an sich charakteristische Erscheinungsformen terroristischer Aktivitäten" handeln, schreibt

der Leipziger Kommentar zum StGB (vgl. v. Bubnoff in: StGB, Leipziger Kommentar, 70. Auflage). Suggestiert werden soll, daß es auf

den politischen Gehalt der Gewalttätigkeiten gar nicht ankomme, und derartige Gewalttätigkeiten in Wirklichkeit gar nicht politisch sein könnten.

Lassen wir uns mal für einen Moment auf diese Argumentation ein

z.B. Geiselnahme unmittelbar nach Bekanntwerden der Entführung von Hanns Martin Schleyer durch ein Kommando der RAF werden RAF-Gefangene voneinander, und durch das Verbot von Verteidigerbesuchen, auch vollständig von der Außenwelt isoliert (Radio- und Fernsehverbot). Sie waren damit der unkontrollierten Verfügungsgewalt der Exekutive ausgeliefert. Dieser Geiselstatus wird später mit dem Kontaktsperregesetz gesetzlich abgesichert und öffentlich propagiert.



Repressalien gegen die Gefangenen und ihre Hinrichtung werden zum Gegenstand zahlreicher Äußerungen von Politikern, Juristen und Meinungsträgern (vgl. hierzu z.B.: Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart, S. 10).

Oder für uns anschaulicher: Bei der Eröffnung des Schlichtertreffens werden über hundert Demonstranten von der Polizei festgesetzt und im Falle fortgesetzter Demonstrationen erneute Geiselnahme angedroht. Geiselnahme manchmal ganzer Demonstrationen durch die Polizei ist längst erprobte Praxis. Wir sehen Geiselnahme ist nur Terrorismus für die BRD, wenn sie nicht der "Verteidigung des Rechtsstaates" dient.

Oder z.B. das "Terrorismuskennzeichen" Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion:

Wenn sich Bundestagsabgeordnete und andere wichtige Personen auf eine Tribüne setzen zu dem Zweck, um Sprengstoffexplosionen besser beobachten zu können - so ist das allemal kein Terrorismus, da es innerhalb eines Manövers der Bundeswehr geschieht. Wenn dann diese Beobachtungsabsicht so überaus lebensnah in Erfüllung geht, daß es für einige die letzte Beobachtung war - so sind es allemal keine "Attentäter von eigener Bombe zerfetzt", wie die Hannoversche Neue Presse in einem ähnlichen Fall schrieb. Die Liste solcher Beispiele ist lang und irgenwie auch langweilig:

- Entführung eines Verkehrsflugzeuges durch die USA = Sieg der Gerechtigkeit
 - israelische Bombenangriffe = berechnete Notwehr
 - Mord an Günter Sare = Schutz von Recht und Gesetz
- Besondere Gewalttätigkeiten sind also nicht Wesen des Terrors. Was es ist können wir vom Fachmann erfahren. Der Generalbundesanwalt auf dem Deutschen Richtertag 1979:

"Die Gewährleistung des inneren Friedens in unserem Staat gegen politisch motivierte Kriminalität ist eine Aufgabe, die der Justiz schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nämlich durch das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30.09.1951, zugewiesen worden ist. Dem Gesetzgeber ging es bei jener Novelle vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnte die illegale KPD und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden. In der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtsreform eine neue Aufgabe unter anderen Bedingungen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Enslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hatten, in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen. Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat. Zur Bewältigung des Terrorismus als einer neuen und besonders gefährlichen Form der Kriminalität durch die Justiz bedarf es eines ausreichenden gesetzlichen Instrumentariums". (Rebmann in: DRIZ, Dezember 1979, S. 363).

Die unmittelbare historische Verknüpfung der KPD-Bekämpfung in den 50er und 60er Jahren (sog. "gewaltloser Umsturz") mit der RAF-Bekämpfung verdeutlichen vollends nicht die Form des Kampfes - gewaltlos oder nicht gewaltlos - sind der Grund für das strafrechtlich verkleidete Sonderinstrumentarium, sondern ihr Inhalt, nämlich ihr revolutionärer Inhalt. Hier geht es um die Bekämpfung des politischen Feindes mit allen Mitteln. Hören wir hierzu einen weiteren Kronzeugen: In der Debatte über das "Antiterrorismgesetz" am 28. 10. 1977 wurde der gleiche Sachverhalt vom damaligen Justizminister und heutigem SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel wie folgt ausgedrückt: "Nicht daß Menschen getötet werden - so furchtbar das auch ist - ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, ... gegen die Wertordnung unserer Gesellschaft und gegen den Grundkonsens der geistigen und politischen Kräfte, auf denen unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ruht." (Vogel, 1. Lesung des Antiterrorismgesetzes im Deutschen Bundestag, 23. 10. 1977).

Wie kann man das bisher Gesagte zusammenfassen? Vielleicht so: Läßt man sich auf eine Debatte über prinzipiell zulässige oder nicht zulässige, kriminelle oder nicht kriminelle Handlungsweisen im politischen Bereich ein, so geht das am Kern der Sache vorbei: prinzipielle Opposition gegen diesen Staat und jede Form aktiven Handelns sollen bzw. sind schon kriminalisiert worden. Dies geschieht durch immer weitere Auslegung des Begriffs kriminelle Gewalt.

Nötigungs- und Landfriedens-Rechtsprechung ist das hindernde Herumsitzen oder Stehen z. B. vor einem Raketengelände "Gewalt" u. v. a. m.

Der Nachweis der Strafbarkeit kann bei diesen Paragraphen, insbesondere bei § 129, überhaupt nicht über den Nachweis von Taten geführt werden. Straftat wird es auf Grund tatsächlicher oder vermuteter Motive.

Ein gemeinsames Vorgehen erfordert also in erster Linie eine gemeinsame Kritik der vom Staat mit der Strafverfolgung verbundenen Interessen.

Abschließend noch Anmerkungen zur

Geschichte und Anwendung der §§ 129, 129a StGB

Die Paragraphen 129 und 129a Strafgesetzbuch haben nach den Worten des Bundesgerichtshofes folgendes zum Inhalt: Sie begründen "eine Strafbarkeit bereits weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen". Straftat sind schon solche "Zusammenschlüsse von Personen", die noch keine strafbaren Handlungen begangen, aber "die Begehung künftiger Straftaten ins Auge gefaßt haben". (BGH NJW 1973, 433; zitiert nach dem Gesetzentwurf der Grünen zur Streichung der §§ 129, 129a StGB). Von Strafe bedroht sind also nicht Handlungen, sondern politische Identität von Personen und Gruppen.

Der § 129 StGB hat seine geschichtliche Quelle in dem 1796 erlassenen "Edikt wegen Verhütung und Bestrafung geheimer Verbindungen, ...". Damals richtete es sich gegen die bürgerlichen Reformen und Revolutionäre. 1871 wurde unter den §§ 126, 129 Reichsstrafgesetzbuch die Vereinigungen der Arbeiterbewegung für strafbar erklärt. 1873 erging das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Die extensive Auslegung der Sozialistengesetze prägte noch ein Dreivierteljahrhundert später die, im Umfeld des KPD-Verbots entwickelte, nach wie vor verbindliche Rechtsprechung zum § 129 StGB. An ihr orientiert sich auch die als "Anti-Terrorismus-Maßnahme" deklarierte Rechtssprechung zum § 129a. Als i-Tüpfelchen der politischen Justiz sind im § 129a die Begehensformen "Werben" und "Unterstützen".

"Werben" ist nach dem Bundesgerichtshof (BGH) ein Unterfall der "Unterstützung". Für die "Unterstützung" genügt es, daß die Handlung oder die Äußerung, "für die Organisation irgendwie nützlich ist", ohne daß "der Organisation nachweisbar ein durch den Täter verursachter meßbarer Nutzen in Bezug auf ihr politisches Ziel oder ihrer Tätigkeit entstanden" sein müßte. (zitiert nach: Gesetzentwurf der Grünen). Der BGH entscheidet was "irgendwie nützlich". Straftat ist, was dem BGH als "irgendwie schädlich" erscheint.

Anwendung und Entwicklung des § 129 in der BRD.

Seit 1951 ist schon die "Unterstützung" laut BGH "zur Täterschaft selbstständigte Beihilfe".

An sich

legale Betätigungen praktischer Solidarität mit den Mitgliedern illegaler Organisationen werden nach dem § 129 verfolgt. 1964 wird auch das "Werben" strafbar.

In den 50er Jahren zielt der § 129 auf die Mitglieder der KPD die, vom Bundesverfassungsgericht für die Jahre 1951-55 als kriminelle Vereinigung eingestuft, im Jahre 1956 verboten wird.

Weitere kriminelle Vereinigungen dieser Zeit sind: Die Ausschüsse für die Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrag, der "Hauptausschuß für die Volksbefragung", das "Deutsche Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands", die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen", die "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft".

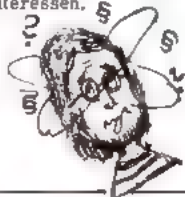
Nach Einführung der Notstandsgesetze, Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, Verteidigerabschlußgesetz, Verbot der Mehrfachverteidigung § 146 etc. wird im August 1976 der § 129a StGB eingeführt. Er bedeutet auch ohne Fluchtgefahr Haft und zielt damit auf Leute, die legal politisch arbeiten, wie die ebenfalls neugeschaffene Tat: "Werbung für eine terroristische Vereinigung". Inzwischen wissen wir, was alles unter "Werbung" fällt: Solidaritätspareolen für die Hungerstreiks der Gefangenen genauso wie der Verkauf von Büchern, die die Isolationshaft angreifen. Der Generalbundesanwalt Rebmann definiert "Werbung" nicht als Mitgliederwerbung sondern als Sympathiswerbung.

Im April 1978 wird die Trennscheibe für alle eingeführt, die nach § 129a angeklagt oder verurteilt sind. Gleichzeitig wird der Verteidigerabschluß nochmals erleichtert.

1981 kommt es zu 400 Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung; 21 davon führen zur Anklageerhebung.

Die Bundesanwaltschaft hat bisher den 129a nur gegenüber "RAF" und "Bewegung 2. Juni" bis zur Anklageerhebung und Verurteilung benutzt. Dies sind die "nachgewiesenen" Vereinigungen, deren "kriminelle Taten" und "organisatorische Zusammenhänge" vorausgesetzt werden zur Verfolgung und Verurteilung eines "Unterstützerkreises". Im breiten Bereich gesellschaftlicher Protestbewegungen wurde der § 129a immer wieder als Ermittlungsvorwurf eingesetzt, ohne jedoch eine dritte "terroristische Organisation" justizabel machen zu können.

Schwarze Hilfe



KOALITION IN HESSEN

Grüner Traum – Mit der SPD sicher in die 90er Jahre

Nach einer Periode verschämt stiller Zusammenarbeit gehen Grüne das erste Mal in der BRD auf Länderebene eine Koalition mit den Sozialdemokraten ein. Die Zukunft hat begonnen. Der ehemalige Häuserkämpfer Joschka Fischer wird hessischer Umweltminister! Bei Befürwortern der Koalition herrschte Feiertagsstimmung als der Grüne Parteitag in Hessen mit Zweidrittel Mehrheit die Koalition mit der SPD absegnete. Als Gegenleistung erhalten die Grünen von der SPD einen Ministerposten und zwei Staatssekretäre. Grundsätzliche Änderungen der hessischen Politik stehen jedoch nicht ins Haus. Die Verhandlungsergebnisse sind selbst an den Erwartungen der Koalitionsbefürwortern sehr kümmerlich.

Einige Beispiele: Börner lehnte es kategorisch ab mit den Grünen als einer "Anti-Nato-Partei" überhaupt nur über Friedenspolitik zu reden. Hessen ist bestückt mit militärischen Einrichtungen der USA, Giftgaslager, Atombombendepots, Truppenübungsplätzen, Rhein-Main-Air-Base usw. Daran darf nicht gerüttelt werden. Die Grünen als "Friedenspartei" akzeptieren dies. Zur Atompolitik wurde ein Papier erarbeitet als Grundlage der rot-grünen Zusammenarbeit. Ergebnis ist, daß mit grüner Duldung die Atomfabriken in Hanau uneingeschränkt weiter betrieben und sogar ausgebaut werden können. Das Atomkraftwerk Biblis, eines der größten in Europa darf ebenfalls ungestört weiter arbeiten. Die Grünen als Partei der Atomkraftwerksgegner? Polizeiausrüstung, Überwachung, Verfassungsschutz sind weitere Themen, die unangetastet blieben. Die Grünen nahmen es sogar hin, daß sie im zuständigen Kontrollausschuß für den Verfassungsschutz weiterhin nicht vertreten sind. Die Kette der Beispiele ließe sich noch mit Leichtigkeit fortsetzen. Doch gerade deshalb wurde ja die



Koalition angestrebt, um über die direkte Regierungsbeteiligung mehr zu erreichen. Dies ist der konsequente Weg des Parlamentarismus. Dazu gehört der Amtspoker ebenso wie die Geheimhaltung und Nichtöffentlichkeit der Verhandlungssitzungen.

Das Band zwischen Grüner Partei und sozialen Bewegungen ist endgültig gerissen. Die Grünen mauserten sich zu einer weiteren Variante der gesellschaftlichen Eliten, die untereinander um Einfluß und Macht kämpfen.

Noch Ende der 70er Jahre wirkten die Grünen als Sammlungsbewegung. Konservative Umweltschützer, Krakerfresser, dogmatische Kommunisten begeisterten sich an der Idee, den Mächtigen in Stammzelle und Parlamentssitzen kraft einzubringen. Parlamentarismus war aber nicht gefragt. Die sozialen Kämpfe entwickelten sich weiter und liefen immer deutlicher an den im Parlamentarismus schwebenden Grünen vorbei.

Wer trägt heute die Grünen? Teile der 63er Generation, die sich in der Gesellschaft einrichteten und ihr radikales Bewußtsein mit einem komfortablen Leben im System zusammenfügten. Alternative Handwerker die auf ein paar Subventionen hoffen, Teile des liberalen Bürgertums, die "et materialisten, die die Sorge um das liebe Einkommen hinter sich gebracht haben.

Ihr Glaube an das System ist unerschütterlich. Sie sind davon überzeugt, daß der Kapitalismus so groß flexibel und verführerisch sei, daß wirkliche Veränderung, gar Umsturz oder Revolution unmöglich geworden sei. Da bleibt nur der graue Reformismus, die Mitverantwortung, das Mitregieren.

Und wenn Gesellschaftsveränderung, dann von oben, über Partei und Staat. Das ist gut deutsche Tradition. In der Arbeiterbewegung Deutschlands hatten anti-autoritäre Ansätze kaum eine Chance. Je diszipliniert, je straffer, je ordentlicher die Organisationen, desto revolutionärer! Gemessen an der Au-

toritätshörigkeit waren die Unterschiede zwischen KPD, SPD und NSDAP gering.

Aber die Grünen wollten eine neuartige, alternative Partei aufbauen, kein Funktionsstilz, Basisdemokratie, Öffentlichkeit und Transparenz der Politik. Doch davon blieb nichts übrig. Parlamentsfraktionen und Vorstände geben den Ton an. Koalitionen und Minister werden hinter verschlossenen Türen ausgedacht. Selbst Koalitionsbefürworter sprechen heute von einer "Viererbände". In Wiesbaden, die um Königs und Fischer die Politik bestimmt. Die Parteibasis ist längst schon bloße Manövriermasse in diesem Spiel.

Die Koalition ist nur konsequent. Seit Jahren stützen die Grünen die Börnerclique in Wiesbaden, versuchen die sozialen Bewegungen zu befrieden. Sie setzen auf den Staat. "Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte." (Holderlin)

Priska Hinz erläutert die Forderung nach einem Frauenministerium wie folgt: "Es muß eine Zentrierung frauenrelevanter Bereiche in der Verwaltung stattfinden." Manch sozialdemokratischer Technokrat wird bei diesen Worten vor Neid blaß geworden sein!

Alles lief zunächst planmäßig. Die Koalition sollte ohne große Aufregung eingegangen werden. Doch in die rot-grüne Verhandlungsidylle platzte die Nachricht vom Tode G. Sares, ermordet mit einem hochmodernen Polizeiwasserwerfer. Offiziell wurden die Verhandlungen vertagt, nichts als eine heuchlerische und verlogene Geste. Denn die Treffen gingen weiter, unter strengster Geheimhaltung! Knapp 14 Tage später war die Koalition perfekt und von einer Grünen-Mehrheit abgesegnet. Nicht der schreckliche Tod von Gunter machte die Grünen Verhandler betroffen. Der Arger galt der unerwarteten Störung des realpolitischen Drehbuchs mit Namen Machtbeteilig-

Nichts macht den Abstand zwischen Grüner Partei und sozialen Bewegungen deutlicher als die peinliche Euphorie, mit dem Grünen Koalitionsbefürworter den Koalitionsbeschluss des Parteitagas begrüßten! Es machte keine Schwierigkeiten, dass Grüne Parlamentarier den Finger für die neuen hochmodernen Bürgerkriegspanzer genannt Wasserwerfer gehoben hatten, dass Knausneubauten abgesegnet wurden, dass der Bürgerkriegsähnliche Schutz der Startbahn West seit Jahren durch Grüne politisch gedeckt wird, daß Verfassungsschutz, Überwachung und Kriminalisierung in Hessen weiter zum Alltag gehören. Jochen Vilhauer, Mitglied der Landtagsgruppe meinte, einen toten Demonstranten könne es auch unter einem Grünen Minister geben. Das ist richtig. Aber ergibt sich daraus ein Minister zu fordern? Nehmt doch den Bullen ihre Waffen aus der Hand, räumt den ganzen Bullenapparat ab. Wo bleibt die Grüne Gewaltfreiheit? Die polizeiliche Bürgerkriegsarmee gehört aufgelöst in diesem Land! Das ist wahre Realpolitik! Ohne Wasserwerfer, Knüttel, Panzer und Knarren ohne Verfassungsschutz

und BKA-Computer ist der Innenminister kein Problem mehr. Er wäre überflüssig!

Aber Grüne sind realistischer. Sie wollen an den herrschenden Machtverhältnissen nicht rühren. So fordern sie nun Namensschilder für die Polizei. Dabei ist bei der gängigen Rechtsprechung klar, daß in diesem Lande kaum ein Bulle verurteilt wird.

Angeichts der Demos, Aktionen u. s. w. nach dem Tode von Gunter Sare reiben sich manche Grüne und Altpontis verachlaffen die Augen. In den außerparlamentarischen Kämpfen entstehen eigenständige und unabhängige Zusammenhänge, die politisch nicht mehr übersehen werden können. Der außerparlamentarische Einfluss der Machtbeteiligter löst sich auf, je mehr diese selbst Teil des Unterdrückungsapparates werden. Das Integrationsmodell "Grüne Partei" verliert an Wirkung. Es wird bedeutungslos, wenn es gelingt unabhängige, anti-kapitalistische und anti-parlamentarische Zusammenhänge organisieren.

Weg mit dem Scheiss-System - auch wenn es von Grünen verwaltet wird!



Als Unterdrückte interessiert uns, wer uns unterdrückt, nur soweit, als uns dieses Wissen es uns möglich macht, unsere Unterdrücker zu bekämpfen.

Repression und imperialistischer Angriff bestimmen sich über die konkreten Klassenkämpfe. Sie sind nur Reaktion auf den Widerstand der Menschen. Nicht nur den revolutionären Widerstand. Sondern jeden Ansatz von Widerstand.

Wir kämpfen für die freie Arbeiterrepublik. In der die Menschen die Sachen, die sie angehen ohne Chefs und Konkurrenz selber regeln. In der die entwickelten Produktionsmittel benutzt werden, den Zwang zur Arbeit abzuschaffen. Wir sind uns sicher, dass die notwendigen Arbeiten erledigt werden, was schon jetzt in manchen besetzten Häusern. Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne besonderen Staatsapparat (nur die normalen Staatsorgane oder was?). Die Arbeiterklasse und andere Teile des Volkes, die für die Befreiung kämpfen, sind alleine in der Lage zu verhindern, dass irgendjemand matriert wird und jenen die die alten Verhältnisse wieder herstellen wollen, das Handwerk zu legen. Die freie Gesellschaft ist unser Minimalprogramm. In ihr wird es keine Notwendigkeit für Strafen mehr geben, denn Strafen sind weiter nichts als propagandabegriffe für Ausbeuter, die den wirklichen Grund ihrer Massnahmen verschleiern müssen. Das heißt nicht, dass wir konterrevolutionäre frei herum auflassen werden.

Die Bewegung für Einheit. Das war für die soziale Bewegung kämpfen und sich das, was wir wollen, schon heute in unseren Kämpfen und Kampforganisationen widerspiegelt. Dazu gehört auch in unseren eigenen Strukturen gegen Herrschaft, Konkurrenz und bürgerliche Profiteersucht anzugehen. Ausserdem glauben uns die Leute zu Recht nur so, dass wir wirklich eine freie Gesellschaft wollen. Das ist die beste Propaganda.

An dem, was wir wollen, bestimmen wir das Verhältnis von Avantgarde und Massenbewegung. Eine Avantgarde muss in allem was sie tut, den Ansatz ihrer Aufhebung entwickeln. Sie muss sich immer darum bemühen, sich selber überflüssig zu machen.

So muss Grenzen überschreiten, und der Klasse, den Massenbewegungen neue Kampfperspektiven eröffnen. Aber wie politischen Ziele bestimmen die Klasse (1919), denn um ihre Befreiung geht es. Die Avantgarde ist Teil von ihr.

Die Avantgarde kann nicht isoliert existieren oder anstatt der Klasse kämpfen, ansonsten trägt sie in sich die Tendenz einer neuen herrschenden Klasse. Erster Ansatz einer solchen Avantgarde sind die Revolutionären Zellen und Kampfkollektive in den sozialen Bewegungen. Hier in Frankfurt entstanden solche Kollektive an der 5. Aprilbahn. Sie setzten die politischen Ziele der Massenbewegung um, die Bewegung in ihrer Gesamtheit nicht we-

Die Genossen, die die Pipeline freigelegt und nicht unterbrochen, weil es vor allem ein Schaden am Waldboden gewesen wäre, und die Air-Base zu diesem Zeitpunkt keiner direkten Intervention nur belastet und nicht behindert worden wären, haben nicht stellvertretend gehandelt, sondern die Bewegung mitbezogen, indem sie sich auf die breite Infrastruktur der Air-Base bezogen und somit Handlungsmöglichkeiten offengelegt haben. Nur wenn er massenhaft stattfindet, wird ein Angriff auch real. (1919), bleibt nicht nur symbolisch.

Wir können eine freie Gesellschaft nur erkämpfen, wenn wir von den Widersprüchen und Kämpfen hier ausgehen. Über die Betroffenheit an einem Punkt entwickelt sich eine Situationsbewandlung im Denken der Menschen und es ist fast zu glauben, man könne Menschen über eine allgemeine revolutionäre Positionen mobilisieren. Niemand kann für andere richtige Positionen entwickeln. Positionen müssen aus konkreten Erfahrungen entwickelt werden. Leute mit diesen Erfahrungen können sich dann zusammenschliessen und gemeinsam überlegen, wie sie die Machtfrage stellen. Wir wollen auf dem kongress diskutieren, ob es jetzt schon auf der Tagesordnung steht.

Auch die RAF ist mit ihrer Fokussierung auf die 'Auto', eine Fokussierung. Sie kann nur, wenn sie sich in die Dialektik von Avantgarde und Massenbewegung stellt, den revolutionä-

ren Prozess hier vorantreiben. Die Menschen hier müssen die Revolution machen, wir können uns nicht auf ein abstraktes Weltproletariat beziehen. Es gibt keinen einheitlichen Imperialismus, sondern verschiedene imperialistische Zentren und nationale und regionale Kapitalinteressen mit verschiedenen, zum Teil gegeneinander gerichteten Interessen, gegen die es dem Yankeeimperialismus aber nicht immer gelingt, sich durchzusetzen.

Wir sagten bereits, dass imperialistische Repression und Strategie Reaktion auf Widerstände ist. Die Lebensbedingungen der Menschen und die Punkte an denen sie aufgehen sind verschieden. Auch in den verschiedenen Ländern und Regionen der Metropolen. Deshalb ist es auch Quasich von einem Metropolenproletariat zu reden, wie die Einheitlichkeit der Widersprüche unterstellt wird. Genau diese falsche Analyse der Klassenwidersprüche führt zugeklammert mit "Frontabschnitt im internationalen Klassenkrieg" zu den Aktionen auf der Air-Base.

Konkrete Klassenwidersprüche wurden ausgeschüttet: Arbeiter von Zulieferern, Sekretarinnen, GIs als verhetzte Teile des Volkes wurden durch diese Aktionen der Bourgeoisie und ihren Apparaten in die Arme getrieben, anstatt die Widersprüche zwischen oben und unten zu vertiefen!



(F)ERKELEI

Der "Bericht" bekannt, das Werk des "Unabhängigen Gutachters", zum "Fall Gunter Bore". Der Herr Staatssekretär a.D. kommt wie erwartet, zu dem Ergebnis, "daß gegen die Polizei und ihren Einsatz am 28. September 1985 keine Vorwürfe zu erheben sind". Der Innenminister behauptet, "daß es sich um einen Einzelfall handelt, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt in meiner Verantwortung nicht einkommt und mit dem Geschäftsbereich zu klären war geklärt ist."

Geklärt ist in dem Ersten Bericht nur, was die Bullen an Behauptungen aufstellten, die Anzahl der Funk- und Fimpraktiken, ihr derzeitiger Verfahrenstyp, sowie die Einsatzzeiten und Formen der vier eingesetzten Hundertschaften.

Der Tod Gunters kommt dem Bericht kaum zur Sprache. Jede Zeugnisaussage, die wir am Abend des 28.9. gesammelt haben ist für das Geschehen ungenutzbar, da der ca. 2 cm dicke, aufgeblasene, Papierstapel des Herrn Erke, der sich in

der "Bericht" einmal den Versuch des Ernstes zu machen, der zum Teil in unserer Erfahrung hinfällig ist, wo die Absicht, "An der Stelle, an der es um die Verhaftung des Hundes geht, wurde von einer Person fahrig, die sich mit etwas 'Starkkohlen' einem Wasserwerfer genähert."

Als er sich wieder aufgetraut hat und fahrig war, war allerdings ein richtiges mehr ein Stück. Auch bei dem, im Sterben liegenden Gunter, der eine Person war, ist natürlich kein Stille zu machen, was wir wir an einer Stelle aber nicht weiter die Kuriositäten, die wir uns bei der Verhaftung, was wir

behat nach den rechtsstaatlichen Grundsätzen ist dieser Bericht ein Witz. So wird aus Ingenieurbau, daß die technisch-physikalischen Fragen für die Bullen untersuchen soll, seinen Bericht mit einer nur fertig haben.

Die Auswertung des Sachverständigen für straßenverkehrsmedizinische Fragen wird am 15. Februar vorliegen.

Nicht ein einziger Augenzeugen von unserer Seite in dem Werk zu Wort kommen gelassen.

Es war uns allen vorher schon klar, was Wintersteins "Unabhängiger" Staatssekretär a.D. als Ergebnis vorlegen wird, daß er sich aber nicht einmal einen Anschein von "Unabhängigkeit" zu geben versucht, eigentlich ein Interview mit Polizeiführern, das sollte a llem in den letzten Jahren, wie weit wir in die Land schon wieder sind.

Als der RKFI Bericht

Die "Bericht" Veranstaltungen entgegen der Verhältnisse, die wir nicht an Ort und

Wasserwerfern, da die Verhältnismäßigkeit der Mittel besser gewahrt wird und die Verletzungsgefahr niedriger ist, als bei anderen Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt (Schlagstock, CN, Gas, Knarre...).

Verbesserte Beweismöglichkeit durch Videokameras, die auf den Strahlrohren bzw. den Richtmikrofon montiert werden sollen. Neugliederung der Ausbildung und nun mit staatlicher Absichtsprüfung.

Eine ABM - Stelle für einen Beamten des höheren Dienstes, zur Verbesserung fach- und dienstlichen Kontrolle.

Die Bildung einer Polizei zur Verbesserung der Vor- und Nachbereitung von Einsätzen und "last not least" ein "offenes Forum über das "Brockdorf Urteil" des Konsequenzen für die polizeiliche Praxis, Moralkriterien und Diskussion zum Konfliktabbau zwischen "Polizei und friedlichen Demonstranten".

Stark eine BvG-Richter erfahrene Beamte, Gewerkschafter, Rechtsanwälte, Richter, Journalisten, Politiker, Wissenschaftler und interessierte Bürger bei der

Was tun wenn es brennt

Jeder kennt sie, hoffentlich, die kleinen Broschüren oder Faltblätter. In linken Buchläden liegen sie rum, in einigen Kalendern sind sie abgedruckt, auf größeren Demo werden sie verteilt. Fehlt nur noch, daß sie auf den Bullenrevieren öffentlich aushängen.

Die Tips, wie mensch sich nach einer staatlichen Lektion in Demokratie, Festnahme und ED-Behandlung zu verhalten hat.

Es sollte selbstverständlich sein, daß jeder, der weder sich noch andere in Gefahr bringen will, den Inhalt dieser meist juristisch aufgebauten Broschüren kennt und sich daran orientiert.

Der Abgriff auf einer Demo mit anschließendem Aufenthalt im Verwahrungsknast inkl. ED-Behandlung sind noch die harmloseren Aspekte politischer Einschüchterung. "Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält" ist ein im Rotbuch Verlag Berlin 1973 erschienenes Buch, indem Klaus Eschen und Renate Saml wertvolle Verhaltenstips bei Hausdurchsuchungen und dem Umgang mit den Bullen geben. Zusammengefaßt, überarbeitet und ergänzt ließt sich dies wie folgt:

I. Hausdurchsuchung

Du wachst auf, weil jemand an der Tür rüttelt. Du denkst: Einbrecher. Dann ein kurzes Klingeln und ehe du ganz wach bist und aufstehen kannst, um nachzusehen, sind sie schon da. Ein Rotkommando Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag stehen um dein Bett herum. Shit, ist mein erster Gedanke, hoffentlich hat nicht irgendein Idiot hier Shit rumliegen lassen. Dann fallen mir Zettel ein, Adressenlisten, Bücher, die verboten sein könnten. Immer dieses verdammte schlechte Gewissen. Sehe ich einen Polizisten auf mich zu kommen, überlege ich mir sofort, ob ich etwas falsch gemacht habe,

warum sie bei mir eine Durchsuchung machen, was sie hier wollen. "Hier sind wir es, die Fragen stellen, das werden sie noch früh genug erfahren." Nun möchte ich den Durchsuchungsbefehl sehen.

"Durchsuchungsbefehl" sagt einer höhnisch, den brauchen wir nicht, Gefahr im Verzuge." Einer bewacht mein Telefon, und als ich mit meinem Anwalt zu telefonieren verlange, heißt es, das könne ich später tun. Sie benehmen sich so, als ob ich froh sein müßte, von ihnen überhaupt eine Antwort zu bekommen. Jeder Einzelne von ihnen ein kleiner Machthaber. Aber wahrscheinlich haben sie selber Angst, vermuten ein Waffenlager oder sowas, fühlen sich in Feindesland. Als würden sie erwarten, daß ihnen jeden Moment ein Partisan aus der Ecke in den Rücken springt.

Sie holen alle Bücher herunter, wühlen in Zeitschriften, in Archiven, alten Photomappen, persönlichen Briefen. Der Herr in zivil, wohl der Staatsanwalt, will wissen, wer denn das auf dem Bild sei, von wem ich denn so viele Briefe bekomme. Als er keine Antwort bekommt, zeigt er auf die Tür eines etwas abgelegenen Zimmers. In dem eine Freundin wohnt, deren Namensschild auch an der Tür ist, und fragt, wessen Zimmer das sei. Ob er darauf eine Antwort erwartete, weiß ich nicht, jedenfalls wollen sie mir jetzt wohl zeigen, was eine Harke ist. Sie brechen auch dieses Zimmer auf, reißen die Laken von den Betten, heben die Matratzen hoch, zerren die Platten aus den Hüllen, in der Küche das ganze Geschirr aus den Regalen, das Besteck dazu und kippen zur Krönung noch Marmelade darüber. Sie stampfen durch die Wohnung, als seien sie hier zuhause und machen einen Lärm, daß mir Angst und Bange wird, die Nachbarn

könnten sich aufragen und der Hauswirt uns kündigen. Endlich sind sie fertig. Ich bestehe noch darauf, daß ein Protokoll gemacht wird, in dem jedes Zettelchen, jedes Foto, jeder Brief genau vermerkt wird, sonst liegt nachher noch ein falscher Paß dazwischen - und ich bin froh, als sie wieder draußen sind. (Aus: Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält S. 20, 21)

Hausdurchsuchungen kündigen sich an. Sie kommen meist überraschend. Es gehört zur Taktik der Bullen, dann zu kommen, wenn du am wenigsten damit rechnest. Oft am frühen Morgen. Du bist noch nicht richtig wach, bist unsicher, hast Angst. Sie machen nur ihren Job, durchgeplant und routinisiert. Sie schnüffeln in deinem persönlichen Kram rum, machen sich über dich lustig, probieren dich dort zu treffen, wo du am empfindlichsten bist. Sie reißen deine Blumen aus den Töpfen, trampeln mit ihren Stiefeln über deine Platten, ... ihrer Fantasie ist kaum eine Grenze gesetzt. Das Beste, was du in dieser Situation tun kannst, ist, die Nerven behalten. Probiere nicht, irgendetwas zu retten, daß geht meistens schief. Verkniffe dir bissige Kommentare, wenn sie deinen Kamillenteer behandeln, als sei er Sprengstoff, versuche, auch wenn es verdammt leicht gesagt ist, die Bullen zu ignorieren. Die Bullen haben auf ihrer Bullenschule gelernt, auf deine Kommentare und Reaktionen zu reagieren. Spiele den Vorgang einer Hausdurchsuchung einmal mental durch, dann bist du für den Ernstfall besser vorbereitet, und vermeidest Fehler, die durch deine Spontanität entstehen können. Wer Waffen oder Dope in seiner Wohnung aufbewahrt zeigt, daß er nur in einer Hinsicht ernst zu nehmen ist als Gefahr für sich und seine Mitbewohner. Und wer über seine politischen Aktivitäten lückenlos Material sammelt, um seinen Enkeln mal zu zeigen, wie



mutig Opa doch mal war, arbeitet auch nebenbei für die Gerichtsforschung, die dadurch viel Material über deine und UNSERE Aktivitäten erhält

Wenn sie nach zwei Stunden wieder weg sind, mach ein Protokoll über die Durchsuchung, sieh zu, daß du Leute findest, die bezeugen können, in welchem Zustand sich deine Wohnung gewöhnlich befindet und fotografiere deine Wohnung im Beisein von Freunden nach der Durchsuchung. Dies ist alles nützlich, wenn du dich später zur Wehr setzen willst oder mußt.



2. Festnahmen

Auf dem Revier haben sie mir die Handschellen wieder abgenommen. Ich muß meine Taschen ausleeren und meine Personalien angeben. Dann kann ich wieder warten, warten. Die Festnahme geht mir wie ein Film durch den Kopf. Der Polizeiwagen, der plötzlich hinter mir ist, dann noch einer, der mich überholt und sich quer stellt. Sie springen heraus, mit gezogenen Pistolen, zerren mich aus dem Auto. Ich muß mich mit gespreizten Beinen davor stellen und werde nach Waffen abgetastet. Eine Antwort auf meine Frage, was das ganze soll, kriege ich nicht. Sie haben die Macht und sie haben Fragen zu stellen. Sie sind aufgeregt und warten nur darauf, daß ich irgendetwas sage, wütend werde, damit sie mich verprügeln können. Dann in Handschellen aufs Revier. Und nun sitze ich hier. Erst haben sie mich behandelt wie ein Hochexplosivstoff und nun tun sie so, als wäre ich gar nicht da. Sie gehen raus und rein, telefonieren, reichen sich Akten zu, flüstern, man hat das Gefühl, daß sie mir ein ganz dickes Ding anhängen wollen. Und dann diese Wartezeit, diese Ungewissheit. Warum haben sie dir die Wohnungsschlüssel abgenommen?



Machen sie jetzt bei dir eine Hausdurchsuchung, hoffentlich legen sie dir da nicht irgendeine Bombe in den Schreibtisch. Du sitzt und wartest und machst dich selbst immer verrückter. Endlich kommt einer, führt mich in einen kleinen Raum, fragt nochmals nach meinen Personalien und will dann wissen, wo ich vorher gewesen bin. Da bin ich fast soweit, daß ich meinen festen Vorsatz, nur vor dem Richter auszusagen, wenn überhaupt, über Bord werfe. Nur um schnell hier weg zu kommen, nach Hause. Und es ist ja wirklich eine Kleinigkeit zu sagen, wo ich gewesen bin, aber dabei wirds dann natürlich nicht bleiben. Die nächsten Fragen wären: und wo waren sie vorher, und mit wem, und kennen sie den und so weiter. Also, da will ich doch erstmal wissen, was mir eigentlich vorgeworfen wird, ich verlange, meinen Anwalt zu sprechen. Nun muß ich wieder warten. Am besten ist es, ich schlafe ein bißchen. Schlimmstenfalls kriege ich einen Haftbefehl, dann werde ich eben das Gefängnis mal von innen kennenlernen. Schließlich hat die Wartezeit ein Ende. Kommen sie mit sagt einer, und einen Moment lang hoffe ich, jetzt nach Hause gehen zu können. Aber draußen wartet schon ein Wagen, ich muß einsteigen, wohin es geht wird mir nicht gesagt. Die Sitzstelle im Polizeiauto ist wirklich winzig, und keine Luft, kein Licht. Man wird hin und her geschaukelt, eine dunkle Fahrt ins Ungewisse, das Auto hält, die Minizelle wird aufgeschossen, ich bin auf einer ganz normalen Straße. Menschen, Autos, ein Schild: Gerichtsmedizinisches Institut. Mir wird Blut abgezapft. Dann wieder ins Auto, diesmal dauert die Fahrt etwas länger, dann: ein Krankenhaus. Urinuntersuchung. Die Tür zur Toilette bleibt offen, damit ich auch ja nicht entweichen kann. Dann ist auch das überstanden, und ich komme zur Gothaer Straße - Polizeigefängnis und wieder warten. (ebenda S. 24)

UND VERNEHMUNGSTAKTIKEN

Sie werden versuchen, dir zu suggerieren, daß deine Lage aussichtslos ist. Der "Geständige" aber erhalte Strafnachlaß und komme möglicherweise nicht in U-Haft, weil dann keine Verdunklungsgefahr besteht. Es sollte dich mißtrauisch machen, daß die Bullen dir das raten und nicht dein Anwalt. Der Bulle hat absolut kein Interesse, dir zu helfen. Er will seinen Kollegen seinem Chef imponieren. Er muß Ergebnisse vorweisen, Erfolge zeigen, wenn er befördert werden will. Unter den Bullen ist Solidarität sekundär, es herrscht Konkurrenz. Vertreue ihnen nicht, sie handeln ausschließlich in ihrem Interesse.

Sie werden dir "Ermittlungsergebnisse"

verlesen, aber wie willst du beurteilen, ob es tatsächliche Ergebnisse oder nur Vermutungen sind? Vielleicht legen sie dir Geständnisse vermetlicher Mitbeschuldigter vor, an denen kein Buchstabe echt ist. Selbst bei einem echten Geständnis kann dein Anwalt am besten beurteilen, welche Tragweite es hat, und dir Tips geben, wie du dich verhalten sollst.

Wenn diese Bullentaktik keinen Erfolg zeigt, werden sie probieren dich psychologisch zu bearbeiten. Merke: Der liebe und der böse Bulle.

Off kommt es vor, daß einem Bullen der Kragen platzt. Er wird dich anbrüllen, dir faschistoide Sprüche an den Kopf werfen, dir drohen, dich zu verprügeln. Du hast Angst, deine Situation hat sich verschärft. Plötzlich schreitet der "gute Bulle" ein. Er wird den Schreier zurecht weisen, auffordern, das Zimmer zu verlassen. Du empfindest Dankbarkeit. Du solltest Dankbarkeit empfinden und dich an den Strohhalm klammern. Der Bulle wird dir eine Kippe anbieten und ein "lockeres" Gespräch anfangen wie "er findet ja auch nicht alles in Ordnung", oder hat Kinder, "die auch demonstrieren bla bla bla".

In solchen Gesprächen hat schon mancher mehr gesagt, als ihm vorher lieb war. Die Rolle der "guten und bösen" Bullen sind austauschbar. Der Leim ist süß, auf den du kriechen sollst.



Es ist ein psychologischer Trick. Du sollst auf diese Dankbarkeit mit Freundlichkeit reagieren. Im normalen Leben sicher sinnvoll, in dieser Situation jedoch verhängnisvoll! Verzichte auf jede Rechtfertigung, probiere nicht, dein tun und handeln auf irgendeine Art zu erklären und laß dich auf keine politischen Gespräche ein. Laß dich nicht überrumpeln, wenn der Bulle plötzlich politische Aussagen bringt, die du nicht von ihm erwartest hättest, wenn er provoziert, dich ideologisch oder philosophisch zu packen. Dieses Wissen hat er für seinen Job gelernt, nicht aus eigenen Stücken.

Bulle sein ist ein politischer Job. Nicht jeder wird es aus politischer Motivation, aber wer erst einmal Bulle ist, der wird politisiert. Ich kenne keine Antifa-Demo, wo nicht wir, sondern die Nazis verprügelt wurden. Überleg dir, mit wem du da auf dem Revier redest, egal wie freundlich der Bulle zu dir ist, ein Genosse ist er jedenfalls garantiert nicht. (Man erzählt auf dem Revier und Bullen überhaupt nichts. -der Tipper-)

Probiere nicht, den Bullen zu imponieren, ihnen wenigstens einmal geben zu wollen. Sie sind geschult, jede Möglichkeit auszunutzen, die deinen Redefluß ankurbelt. Du kannst ihnen nur dadurch imponieren, indem du in jeder Situation bei deinem Schweigen bleibst. Irgendwann kommst du in den Zustand wo du siehst, wie die Bullen, die dich zu bearbeiten hatten das Handtuch schmeißen. Nach dem Druck,

der Angst und den Beschimpfungen ein kleiner Sieg. Du wirst einem anderen Bullen übergeben, der den Auftrag hat, dir was zu Essen zu geben oder dich zurück ins Gefängnis zu bringen. Er wirkt unbedächtig, spielt Schadenfreude, ob du es warst, "der die so fertig gemacht hat". Du denkst, das ist jemand, der deine Freude teilt, aber auch er wartet nur auf deine Worte

Falls du mit einem guten Freund zusammen verhaftet wirst, (etwa nach einer Demo) vermeide die Gesten der Wiedererkennung, fahle auch nicht um den Hals. Re ist nicht über die Sache und auch nicht von "früher". Denk daran, die Bullen hören mit

Noch mehr Vorsicht ist geboten, wenn du mit einem Unbekannten zusammen kommst, vermeide Imponierverhalten, gib keine Informationen und rede nicht über die Sache. Es könnte ein Spitzel sein. Gib den Bullen keine Hinweise auf Orts- oder Wegekenntnis, wenn sie dich durch die Gegend fahren. Wenn sie dir Waffen, Werkzeuge oder andere Materialien zeigen, laß sie nicht an. Sie können aus der Art, wie jemand etwas anfaß, sehr gut sehen, ob er gewohnt ist, damit umzugehen.

Fazit: Laß dich auf nichts ein, verweigere jede Aussage, besteh darauf deinen Anwalt zu sprechen, denn er kennt die jeweiligen Gesetze garantiert besser wie du. Leiste keinen Widerstand gegen die Bullenpraktiken wie Transporte, ED Behandlung etc. Du hast keine Zeugen und die Bullen können deinen Widerstand mit Gewalt und Schmerzen brechen. Nach Ablauf des folgenden Tages nach der Festnahme, also max. nach Stunden, müßen dich die Bullen frei lassen, oder den Haft vorführen.



Du mußt die liebe Polizei verstehen, denn sie wissen, daß du für eine Gesellschaft klämpst, in der sie arbeitslos sind. Es sei denn, du bist Kommunist, dann hast du allerdings auch die falsche Zeitung gekauft. Legal illegal scheißegal!

[Ind ich nicht d K]

Wenn sie bei einer Hausdurchsuchung was finden wollen, finden sie es, auch wenn brennende Gegenstände auf für dich unerklärliche Weise plötzlich bei dir vorhanden sind. Sie können ihre Gummiparaphen sehr weit dehnen, wenn sie dich verknacken wollen. In ihren Augen bist du nicht mehr als eine dreckige Ratte und die Presse tut das Übrige, die herrschende Meinung dem Durchschnittsspießer in seine Hirnreste zu transplantieren. Es gab und gibt jedoch eine Menge Leute, die sich dem staatlichen Terror erfolgreich widersetzt haben. Und selbst wenn die Lage hoffnungslos erscheint, mit Hilfe von draußen nicht mehr zu rechnen ist, solltest du an dein Gefühl als Individuum und Anarchist denken und den Schweinen so schwer wie möglich machen.

Klassenkampf

ein altmodisches Konzept?



Der Klassenkampf als proletarische Gegenmacht ist kein Thema mehr. Stattdessen werden die Gedanken der Menschen durch die Massenmedien des Staates auf atomare, ökologische und soziale Untergangsvisionen gelenkt.

Damit soll die Ursache, d.h. die Ausbeutung der Arbeiter durch Kapital und Staat, verschleiert werden.

Wir finden es wichtig und richtig den Begriff der Klasse als Erklärung der heutigen Welt zu verwenden.

Die Klasse besteht aus Menschen, die gezwungen sind, um zu überleben, ihr Leben (Arbeitskraft) an das Kapital zu verkaufen. Dieses Verhältnis ist es, das aus freien Menschen Lohnsklaven macht.

Allerdings verändert sich die Zusammensetzung der Klasse ständig, da das Kapital als Reaktion auf die Kämpfe der Klasse immer neuere, profitablere Formen der Ausbeutung einzuführen versucht.

Es liegt an uns zu erkennen, daß hinter den modernen Masken der Ausbeutung immer noch der alte Zwang zur Lohnarbeit steckt. Diese Erkenntnis bewahrt uns davor in modische Untergangseinstimmung und parlamentarische Resignation zu verfallen, nur weil das Kapital, derzeit in der Offensive, versucht, die Strukturen der Klasse zu zerschlagen und die Spuren der sozialen Revolution zu verwischen.

Einerseits dient dazu das ganze apokalyptische Gesch. d. von Massenverelendung, 9 Mio. Arbeitslosen und Hungerrevolten in der BRD, das Teile der Linken von sich gibt.

Dabei ist doch der Standort BRD dem Kapital viel zu wichtig, um hier den "sozialen Frieden" aufs Spiel zu setzen.

Andererseits soll, zumal in einer Phase relativ hoher Arbeitslosigkeit, die Existenzsicherung durch Lohnarbeit als persönliches Problem erscheinen.

Nach einer außergewöhnlich langen Phase der Vollbeschäftigung in der Nachkriegsphase ist das Kapital Anfang der 80er Jahre zu seiner Normalität zurückgekehrt. Es hat sich eine industrielle Reservearmee von über 2,5 Mio. Menschen geschaffen. Der Effekt davon ist: Die Löhne sinken, die Krankenkassen sinken, die Investitionen, die Produktivität und am wichtigsten die Profite steigen.

Mit der Zunahme der offiziellen Arbeitslosenzahlen hat in den letzten Jahren auch die Arbeitsmenge zugenommen. Diese setzt sich zusammen aus bezahlten Arbeiten wie Überstunden, Schwarzarbeit und illegale Arbeit (Beziehung von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld und Schwarzarbeit), sowie aus unbezahlten Arbeiten wie Hausarbeit, freiwillige Al-

Durch nicht ausreichende staatliche "Unterstützungszahlungen" besteht für den "Arbeitslosen" und den Sozialhilfeempfänger der verschärfte Zwang zur Arbeit.

Für die Masse der Lohnarbeiter, die älteren Dauerarbeitslosen ausgenommen, gibt es keine langandauernde Phase der "Arbeitslosigkeit". Sie sind zu sehr mobilen Arbeitskräften geworden, die zu 60% Arbeiten mit einer Dauer unter drei Monaten annehmen müssen.

Über die "Arbeitslosigkeit" wird die Klassenzusammensetzung durch das Kapital umstrukturiert. Es entstehen kleine Stammbesellschaften mit gewissen Karrierechancen, desweiteren eine ebenso große Randgruppe, die nur mit Zeitverträgen und niedrigeren Einkommen ausgestattet ist. Die größte Gruppe wird scheinbar aus dem Betrieb ausgegliedert. Dies sind Arbeiter in Minizulieferbetrieben, bei Sklavenvermittlungsfirmen Angestellte, Kleinunternehmer (z.B. Telearbeiter, die sich ihren Computer selbst kaufen müssen etc.), die völlig von den Großbetrieben abhängig sind.

Die vornehmste Aufgabe der reformistischen Gewerkschaften wie DGB, DAG etc. ist es, radikale Entwicklungen zu verhindern bzw. solche Ansätze in sozialpartnerschaftliche Bahnen zu lenken, d.h. die Festschreibung der Vernichtung von Menschen durch Lohnarbeit.

Die reformistischen Gewerkschaften werden von vielen Mitgliedern als bloßer Versicherungsverein aufgefaßt (Streikgeld, Rechtsschutz etc.). Daher versuchen sie von Zeit zu Zeit durch radikales Kasperletheater wie der "ruhmreiche Kampf für die 35-Stunden-Woche, die Klasse von ihrer Existenzberechtigung zu überzeugen. Doch die Geschichte der reformistischen Gewerkschaften ist eine Geschichte von permanenten Niederlagen der Klasse.

Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Die Klasse wird siegen, wenn sie ein Kampfkonzzept entwickelt, in dem die sozialrevolutionäre Theorie nicht, wie bisher mehrheitlich hinter ihren direkten Aktionen, wie wilden Streiks, Sabotage etc. hinterherhinkt.



ten- und Krankenpflege, Kindererziehung (immer weniger Kindergärten). Aber auch "Selbsthilfe" im Bau- und Wohnbereich (weil alles teurer wird), Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten gehören dazu.

"Arbeitslosigkeit" bedeutet daher nicht, was allgemein darunter verstanden wird, sondern Zwangsmobilisierung der Lohnarbeiter in anstrengendere und schlechter bezahltere Jobs ohne tariflichen Schutz etc.

ABSCHAFFUNG
DER LOHNARBEIT



ARBEITERSELBST-
VERWALTUNG
F.A.U.
FÜR DIE ARBEITER*INNEN

Kurzes

BRD



AUTONOME SUCHEN NACH NEUEM SELBSTVERSTÄNDNIS

Anfang November erreichte die Redaktion ein nicht näher gekennzeichnetes Papier von Autonomen. In dem mit "Von der autonomen Bewegung zur revolutionären Politik" betiteltem Flugblatt wird von den Ereignissen um und nach dem Tod Günter Sarés ausgehend versucht, zu einem neuen Selbstverständnis der Autonomen zu finden. Dabei wird an der Unverbindlichkeit von "Autonomen-Treffen" auf Bundes-ebene Selbstkritik geübt und zwecks ernsthafterer Auseinandersetzung zur Organisation eines Treffens autonomer Gruppen / Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet" aufgerufen.

Das uns vorliegende Papier enthält eine Liste mit vielen Vorschlägen. Dabei kommt der Frage der Organisation und dem Verhältnis Autonome/Anarchisten bzw. Kommunismus/Anarchismus große Bedeutung zu. Das für die Diskussion und damit für die gesteckten Ziele ein langer Atem erwartet wird, läßt eine -für Autonome erstaunliche- Erkenntnis erraten. Da heißt es: "Alle Aufgaben (...) sind langfristiger Natur." Informationen über Zeit und Ort über Libertäres Zentrum, Kriegsstr. 38, 6000 Frankfurt M. A.A.



KOMMENTAR zu: Autonome suchen nach neuem Selbstverständnis

So ist bis 1901

Anfang November erreichte die Redaktion ein Papier, welches von seinen Schreibern mit "Von der autonomen Bewegung zur revolutionären Politik" betitelt wurde, bei dem jedoch die Unterschrift (!) fehlte (nicht näher gekennzeichnet). Es scheint, als stünden seine Verfasser nicht zu seinem Inhalt! Oder liegt es etwa daran, daß sie bewußt Organisationsloskeln, wie Namensgebung ablehnen. Nun Jedenfalls hat selbst der Artikel-Schreiber (A!A!) mitbekommen, daß es sich bei den Verfasser nur um Autonome handeln kann. Dies schien ihm dann auch wesentlich wichtiger als der Inhalt und die in dem Papier gemachten Vorschläge. Passagen wie "Das für die Diskussion ein langer Atem erwartet wird, läßt eine für Autonome erstaunliche Erkenntnis erraten sind wahrscheinlich lediglich Produkte einer persönlichen Antipathie, aber sicherlich nicht im Sinne einer libertären Information. So möchte ich hier nun zumindest die gemachten Themenbereiche für den angestrebten Kongreß doch noch erwähnen.

Themenbereiche (Vorschlag)

1) Was sind unsere Grundlagen und Ziele

- sozialrevolutionär: Lohnarbeit, Jobber, Existenz, Ausbeutung
- polit/ökonomische Struktur BRD/Hessen/Rhein-Main-Gebiet
- Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung Anarchismus/Kommunismus
- Herrschaft/Kapitalismus-Patriarchat
- Kampf dem Kapital, was ist'n mit der Arbeiterklasse, Revolutionäres Subjekt-wer ist'n das? Verhältnis zu den Gewerkschaften
- Militärstruktur, Nato, Zusammenhang Militarismus-Ökonomie
- Staat, Herrschaft, politische Parteien, Repression, etc.
- Internationalismus, Imperialismus

Hieraus Aufgabenstellung allgemeiner-theoretischer und konkret-analytischer Art, arbeitsteilig an verschiedene Gruppen

2) Erfahrungsaustausch

- Selbstverständnis als Autonome
- Geschichte
- (bisherige) Arbeits- und Aktionsbereiche
- Wirksamkeit autonome/anarchistischer Politik: Verhältnisse zu Öffentlichkeit, BI's usw.
- Verhältnis zu Anti-Imperialistischer Orientierung
- Ansätze, Perspektive, Probleme
- 3) Widerstand/Kampf - Formen Methoden

- Militanz und Propaganda
- Avantgardistische Konzeption, RAF, Zeilen, Guerilla, difus
- Direkte Aktion Verhältnis Autonome/Anarchisten und Organisation, Massenaktion, Stadtteil-/Betriebsarbeit, Räumlichkeiten?
- Möglichkeiten regionaler und bundesweiter Zusammenhänge

A more Autonomia Anarchia

Nieddu



Seit nun mehr als zweieinhalb Jahren befinden sich die Mieter der Altkönigstr. 38 im Streit mit der, lokal bekanntesten, Immobilienfirma Schleich, die das Haus räumen und luxurmodernisiert will. Kurz nach Erscheinen der letzten Aktion fand in der Altkönigstr. ein Straßenfest statt, auf dem, bei einer Versteigerung, eine Spende von 50,- für die Aktion zusammenkam.

ANDAUER und ERFOLG
Kampf um euren Wohnraum

LIBERTÄRES FORUM GÖTTINGEN

ZIVIL-KENNZEICHEN

RECHT
AUS
FÜR

CA 100

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

AUS

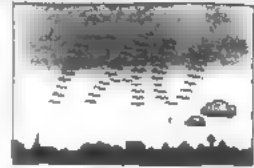
AUS

AUS

AUS

AUS

AUS



Erstaunliches aus dem Tierreich

In der Herbstzeitgen
innerhalb der Wälder
die Neubarkier, wie
die Engländer y Eisma
die dem Wäldern
Sich entziehen sie
nen Kaum zu glauben
Nur ganz selten unter
auf den jählichen
Sagten, mit dem
grauen, bei den
wie diese hier

HA-BA291 Opel Rekord heillia

200 ster Sonntagsspaziergang an der Startbahn-West

Ohne Worte



OLYMPIA - KINO IN NEU-ISEN- BURG BESETZT

Nichtkommerzieller Kulturaufbau
zusammen leben wollen die ca. 15 Besetzer des ehemaligen Kino und seit einem halben Jahr überwachenden Kinos im Stadt kern Neu Isenburger. Nach den Vorstellungen der Besetzer soll der 400 Plätze große Kinosaal kaum für Vorstellungen "auch politischer Laientheater, Kino-Zirkus, Installationen usw. geeignet sein. Das ehemalige Wohnhaus des Kino der Besetzung in einem sehr schlechten Zustand war wird renoviert und in der Zeit bewohnt. Im Vorraum befindet sich ein Café, in dem interessierten Publikum jeden Tag offensteht. Seit der Besetzung Anfang Dezember gibt es Verhandlungen zwischen den Besetzern, der Stadt und dem Besitzer. Mit einem befristeten Nutzungsertrag wurden die Forderungen der Besetzer jetzt teilweise erfüllt. Eine Vertiefungsbegründung soll nun den rechtlichen Rahmen für eine dauerhafte Nutzung schaffen.

WIK BRAUCHEN KEINE
HAUSBESTITZUNG

Das Olympia-Kino

Es handelt sich hierbei um das seit Anfang Dezember 85 besetzte Haus in Neu Isenburg.
Vorraussetzungen möchte ich, dass es sich bei diesem Erguss um ein individueller Produkt meiner Gehirnwandungen handelt. Dies ist eigentlich gegenteilig zu dem an anarchistischen Anspruch an die Kollektivität. (Auf diese spezielle Problematik gehe ich später noch ein).
Thematisiert werden soll:
a) die Geschichte der Besetzung
b) die Beschreibung der externen sowie der in einen Verhältnis und deren Problematik.
Es ist natürlich in Frage zu stellen, ob man/frau die inneren Schwierigkeiten des Hauses öffentlich machen sollte. Ich denke schon, dass es handelt sich hierbei um meiner Meinung nach, immer wiederkehrende oder noch nicht bewältigte Probleme der linken Szene.
Über den Verlauf der Besetzung, welcher sich im Rahmen des Üblichen bewegt. Wir leisten permanente Renovierungsarbeiten wie verputzen, tapezieren, streichen Wasserleitungen, Verlegen, Möbel, Ofen etc. zu besorgen. (Zuunfall: Wir können Möbel- und Renovierungsmaterialien, aber auch Gebrauchsgüter wie Brennstoffe, Kleber etc. kaufen).
Wir verhandeln mit Besitzer und Stadt, die es kaufen soll, um es uns zur Verfügung zu stellen. Wobei die Stadt versucht den Besitzer gegen uns auszuspielen um in der Öffentlichkeit positiv dazustehen. (Die Stadt möchte das Haus am liebsten ohne Besitzer kaufen, was den Besitzer zur Räumung zu zwingen könnte).
Wir machen Öffentlichkeitsarbeit in Form von Flugblättern, Diskussionsveranstaltungen und Pressemitteilungen. Wie organisiert und regelmäßig das läuft, hängt natürlich von der Situation unter uns ab.
Eine Gruppe von Leuten, welche die hier wohnen und solche die nicht hier wohnen organisieren Veranstaltungen im Kinosaal. Sie sind zuständig für Feste, Auftritte von Musik- und Theatergruppen.
Wir wollen Kultur nicht zum Konsumieren anbieten, sondern die Möglichkeit zum Anbieten.
Wir haben ein Café eingerichtet, welches demnächst regelmäßig geöffnet werden soll.
Es hat die Funktion eines Treffpunktes, es ist in Neu Isenburg kein billiges Café, das eine entsprechende Atmosphäre gibt.

von Veranstaltung
Ein Wort zur
über verschiedenen
haltung, während
sich, ist es

Es ist einfach notwendig, dass wir uns

bei diesem Absatz, der vielen von uns auch um die dringlichsten Punkte der Besetzung

Die 1. ...

Aufgrund der ersten Lektüre ihrer Abhandlung eine Perspektive, es alles

Gruppe ...

Die ...

Beginn ...

und ...

im ...

Unter ...

um ...

Was ...

steht ...

nam ...

denk ...

die ...

Es ...

lung ...

hinter ...

stuf ...

INFO VERANSTALTUNG
über die ...

in ...

werden ...

BROSCHÜREN

Die IZTOK Broschüren sind, bis auf die deutsche Ausgabe ausverkauft. Im März wird eine zweite polnische Auflage vorliegen, für die Anderen haben wir im Moment leider keine Zeit.

16 Seiten A5 zum Selbstkostenpreis von je 0,50 DM, wegen den Portokosten aber nur 10er weise.

aktion



6 Ausgaben 15,- DM
oder
12 Ausgaben 30,- DM
(Institutionen doppelt)

Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nr. auf unser Konto oder per Scheck

abo

Bei dem Artikel "Terroristische Vereinigung e.V. in Hannover" fehlt das Spendenkonto.
SPENDENKONTO ISABEL LAU HONST
G. Hartmann
Kontonr. 570001051899
Verbraucherbank Hannover
BLZ 250 203 00

THE great CHAO



bezug: SDMschein
& 2DM Briefmarke (ruckporto)
an die AKTION senden

ANARCHIV GEGRÜNDET!

ARCHIV FÜR ANARCHISTISCHE MEDIEN

Die anarchistische Bewegung gewinnt immer mehr an Sympathie und Menschen verlieren nichts, weder die Hoffnung auf eine herrschaftslose Gesellschaft noch das Gedächtnis an die Kämpfe und Schritte hin zu dieser Gesellschaft. Jetzt wurde der Grundstein zu einem lebendigen Archiv der hiesigen und internationalen libertären Bewegung gelegt: das

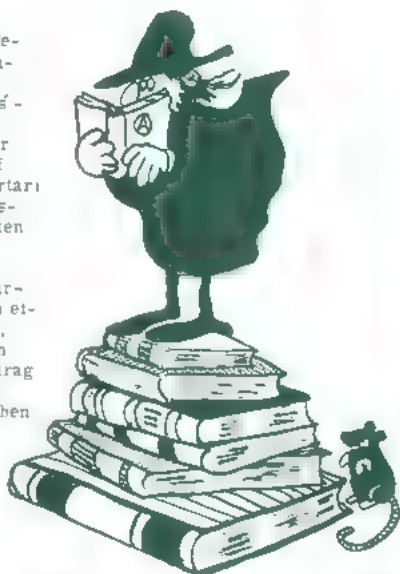
ANARCHIV - Archiv für anarchistische Medien
Im Libertären Zentrum
Kriegsstrasse 38
6000 Frankfurt/M

Sinn und Zweck des Archivs ist es, Zeitschriften, Flugblätter, Bücher und viele, viele Videofilme, Kassetten usw. zu archivieren, um sie der Bewegung zur Verfügung zu stellen und einen Beitrag zur nie endenden Geschichte der Anarchie zu leisten.

Das Archiv versteht sich als dezentrales Projekt, das mit ähnlichen, wie beispielsweise das Anarchistische Dokumentationszentrum in Wetzlar oder dem Centre International de Recherches sur l'Anarchisme in Genf oder dem Centro d. Studi Libertari in Mailand u.v.a. auf föderalistischer Weise zusammenarbeiten möchte.

Wenn ihr unsere Ansicht teilt, daß eure alten und neueren anarchistischen Schriften besser in einem allen zugänglichen Archiv, als in eurem Keller aufgehoben sind, dann könnt ihr einen Beitrag dazu leisten, daß das Anarchiv über den Versuch hinaus bestehen bleibt.

ANARCHIV



Kuhn und Oden
zum Thema
Vasennage für
Bullen



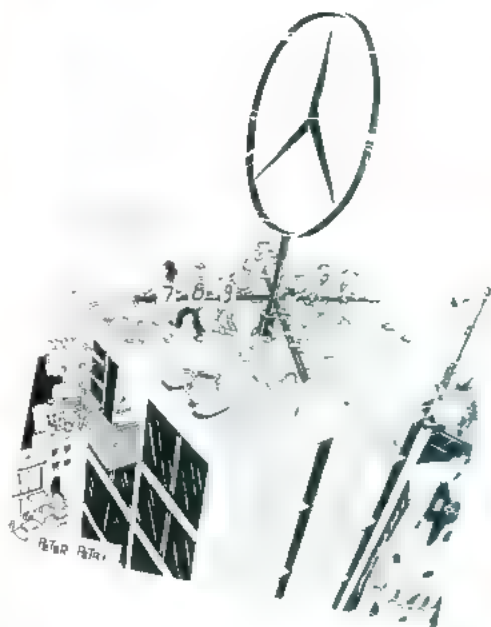
freiraum

FREIRAUM

Anarchistische Zeitung
• Forum für alle Libertären
theoretische Diskussionen
aktuelle Nachrichten
Einzelheft 2 DM, ab 5 Stück 25%
Rabatt Abonnement 10 DM (5 Num-
mern)

Probeexemplar 2 DM in Briefmarken
FREIRAUM, Postagerkarte Nr.
073396 A, 8000 München 34

JOBBERN HAT ZUKUNFT !?



Angesichts der Tatsache, daß die Kohlebeschaffung immer schwieriger wird, die Freiräume immer kleiner (z.B. Sozi, Bafög, Wohngeld, etc.), haben wir uns überlegt, eine Jobber-Ini zu gründen.

Dabei spielen folgende Überlegungen eine Rolle: Kohlebeschaffung ist gerade in der Scene - zur Privatangelegenheit verkommen. Jeder sucht isoliert nach den weniger werdenden Schlupflöchern, um dann noch oft genug festzustellen, daß es gar keine sind. Den Demütigungen auf den Ämtern, den unsicheren, unterbezahlten Jobberarbeiten steht jeder allein und zementsprechend handlungsunfähig gegenüber.

Was wollen wir mit einer Jobber-Ini?

1. eigene Erfahrungen austauschen
2. Informationen sammeln, z.B. über die diversen Sklavenhändlerfirmen und die verschiedenen Arten der Jobberarbeit
3. die rechtliche Situation klarer klären

Es ist uns wichtig, dabei nicht stehen zu bleiben, sondern handlungsfähig zu werden. Das heißt 1. die Informationen möglichst vielen Interessierten zugänglich zu machen und aufgrund der Informationen konkrete Veränderungsmöglichkeiten zu überlegen, und es heißt 2. sich weitergehend Gedanken um Funktionen und Entwicklungen der Jobberarbeit zu machen.



HAUS GERÄUMT

Nach über 11
ist am 11. 11.
setzte Haus
Job Morhart



Wir, die etwa 12 Leute zäh-
setzergruppe sind jetzt fakt-
obdachlos und zungen-
tisanen untergek-
aber kein Dauerzustand sein kann.
Einige Verhandlungen mit der SPD
und Intensivere mit den GRÜNEN
besonders nach der Räumung
haben uns, wie zu erwarten war,
nicht weiterge-
wir uns auch weiterhin mit Par-
ment und Parteien her in schau-
unsere Interessen und B-
kennen wir nicht durch diese ver-
treten
In Offenbach z. B. will u-
mit Minusangeboten,
als großzügig pro-
ins, um ihre F-
Flügelkämpfe auszutragen

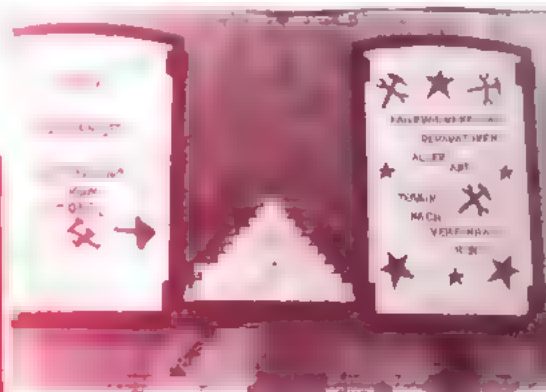
schon and-
n, das Haus soll
trum ange-
Andere leerstehende
er in Offenbach wurden in den
gen von den Bullen
erschäft

Es gibt nur wenige Möglichkeiten
It vielen Leuten kollektiv und
selbstbestimmt zu existieren, ohne
on einem Chef oder einem Ver-
setzt zu werden. Le-
bt mit diesen Ideen muss
nur illegal tr-

Wir bestreiten Hausbesetzungen
als Ausdruck von direkter Auflehn-
nung z. B. gegen die zu hohen
Mieten, die Sanierung oder den Ab-
od billigem Wohnraum, als
Teil von Selbstbestimmung im
kreative Arbeits-

Besetzte Häuser stellen eine Basis
dar für soziale Auseinandersetzun-
gen, die zum einen innerhalb der
Kollektive laufen zum anderen
nach außen hin geführt werden muß.
Gerade bei diesen Auseinandersetz-
ungen in der Gruppe und nach außen
haben wir während der Besetzung
der Joh. Morhart Str. etliche Fehler
gemacht. Wir haben uns zu wenig
mit unserer Situation auseinander-
gesetzt und unsere Ziele nicht klar
genug artikuliert. Das hat u. a. zur
Folge, daß kaum jemandem die
"Lücke" auffällt, die durch die
Räumung entstanden ist. Wir stehen
ziemlich isoliert.

Jetzt
aber Es ist ung klar, wer
Kraft und Energie aufbringt,
in dieser Gruppe der in Offen-
n bleiben.



ausgeträumt?

Alexander

[illegible]

1. NAME JOHN A. S. JR.
 2. DATE 1945
 3. PLACE Washington, D.C.
 4. REASON for
 5. REASON for
 6. REASON for
 7. REASON for
 8. REASON for
 9. REASON for
 10. REASON for
 11. REASON for
 12. REASON for
 13. REASON for
 14. REASON for
 15. REASON for
 16. REASON for
 17. REASON for
 18. REASON for
 19. REASON for
 20. REASON for
 21. REASON for
 22. REASON for
 23. REASON for
 24. REASON for
 25. REASON for
 26. REASON for
 27. REASON for
 28. REASON for
 29. REASON for
 30. REASON for
 31. REASON for
 32. REASON for
 33. REASON for
 34. REASON for
 35. REASON for
 36. REASON for
 37. REASON for
 38. REASON for
 39. REASON for
 40. REASON for
 41. REASON for
 42. REASON for
 43. REASON for
 44. REASON for
 45. REASON for
 46. REASON for
 47. REASON for
 48. REASON for
 49. REASON for
 50. REASON for
 51. REASON for
 52. REASON for
 53. REASON for
 54. REASON for
 55. REASON for
 56. REASON for
 57. REASON for
 58. REASON for
 59. REASON for
 60. REASON for
 61. REASON for
 62. REASON for
 63. REASON for
 64. REASON for
 65. REASON for
 66. REASON for
 67. REASON for
 68. REASON for
 69. REASON for
 70. REASON for
 71. REASON for
 72. REASON for
 73. REASON for
 74. REASON for
 75. REASON for
 76. REASON for
 77. REASON for
 78. REASON for
 79. REASON for
 80. REASON for
 81. REASON for
 82. REASON for
 83. REASON for
 84. REASON for
 85. REASON for
 86. REASON for
 87. REASON for
 88. REASON for
 89. REASON for
 90. REASON for
 91. REASON for
 92. REASON for
 93. REASON for
 94. REASON for
 95. REASON for
 96. REASON for
 97. REASON for
 98. REASON for
 99. REASON for
 100. REASON for

• DARMSTADT • DIE GURF

[illegible]

EQUINUS



44

39

Notiz:



Eine rasante Entwicklung.

Regionalteil Darmstadt

Die Grünen - eine Partei im Wandel demokratischer Machtangelei oder vom ökodynamischen Trallala zum seriösen Vertragspartner

Zunächst ein paar Fakten: am 12.06. 1985 stimmten die Grünen einem Haftanstaltsbau in Weiterstadt zu, erhielten dafür die Zusage der SPD, daß das geplante Projekt nicht "an dem bisher vorgesehenen Standort (Schloßchtern) errichtet wird".

Vier Tage vorher aber, also am 08.06.

1985, beschlossen die Grünen in ihrer Landesversammlung, daß keinen zusätzlichen Haftbau stattgegeben wird. Dem kritischen Wählervolk fällt hier sofort ein Widerspruch auf, sofern es überhaupt, durch die von Gottesgnaden überparteiliche Presse, von solchen Ereignissen erfährt.

Wir jedoch können in solch demokratischem Zynismus nur eine weitere Bestätigung darin sehen, wie der mit allen Wassern gewaschene Parlamentarismus sein bestechliches Gesicht zeigt. Was war geschehen? Sollten die ach so grünen Moralisten sich plötzlich auch von Bestechungskampagnen als Flick verführt gesehen haben oder hat Petra Kelly ein Verhältnis mit Jochen Vogel angefangen und läßt sich jetzt laut Bild von Jochen zärtlich den Rücken massieren?

Nein - keines von beiden war der Fall gewesen. Die Grünen sind schlicht von Machtgier befallen und schnupern Mor-

genluft. UMWELTMINISTERIUM und FRAUENMINISTERIUM haben gewunken. Da wird selbst aus der anfangs noch so konsequenten basisdemokratischen Partei (wenn das nicht schon ein Widerspruch in sich ist) ein seriöser Verhandlungspartner. Eben ein solcher, der sich als Spielball eines kapitalistischen Systems gut verheizen läßt, je nach Konjunkturlage versteht sich.

Da werden aus den einst so "helvethaften Streetfightern" der APO-Zeit schleimig grinsende Politiker, wenn auch im schicken Selbstgestrickten, die selbstgerecht erklären. "Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht".

Der Unterschied zu den sogenannten Volksparteien wie SPD, CDU, FDP ist also nicht mehr klar erkennbar. Betrachtet man sich nun das grüne Wählerpotential, so wird einem verständlich, daß der Knastbau in Weiterstadt keineswegs die Stimmen für die Grünen reduzieren wird. Dieses Gemisch aus weltfremdem Akademikertum, alternativer Selbstfindung entzinkt meist aus dem sicheren Schoße des bundesrepublikanischen Bürgertums.

Sicher ist es einfach für solche Leute, die noch nichts von Existenzbedrohung zu spüren bekommen haben, für gesundes Essen zu sein, auch wenn es das doppelte kostet, oder sich gegen Umweltvergiftung schiedlich zu wenden. Für uns Proleten ist die Frage jedoch viel existenzieller. Sind wir es doch, die zur Reservearmee der Arbeit gemacht werden und die acht Stunden

in miesesten Arbeitsverhältnissen stecken, um uns von dem bißchen Knete, das dabei abspringt, über Wasser halten zu können. Kurz - die metropolitane Massenarmut erfährt die proletarischen Unterschichten viel eher. Gerade der Kampf um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, wie antiproletarisch sich diese Partei darstellt. Ihre Zurückhaltung hat wohl genüge getan.

Einige Grüne werden also auch von der Kriminalisierung der Unterklassen betroffen sein. Sie wissen ja gar nicht wie es ist, sich durch Klauen ein paar Genußgüter der "Gemeinschaft" zu kommen lassen zu müssen. Somit werden sie die Letzter sein, die den "humanen Strafvollzug" in Hessen (04.06.1985 Pressesprecher der Grünen) zu spüren bekommen.

Unsere Forderungen lauten.

- Ein sofortiger Stopp der Kasernierung und Verarmung der Gesellschaft
- Für ein selbstbestimmtes Leben und befristungsdeckenden Konsum für alle (Faustergeld)



VERKABELUNG: VERKNEBELUNG

Darmstadt wird verkabelt, von den Rändern her - Kranichstein, Arheilgen und Eberstadt in großen Teilen ang - soll nach den 11 das Netz nach innen zu wachsen. Seit über 10 Jahren sind auch die Bewohner des Altstadtkerns betroffen, übrigen Kernbereiche - Innenstadt, Besenungen und Innere Stadt - sind für '86 und '87 anvisiert. Die Kritik an der Verkabelungspolitik der Post wächst zu langsam. Auf höherer Ebene der Postminister Rüger, des Rechnungshofes wegen Verschwendung öffentlicher Mittel einstecken. In den betroffenen Straßen wird das Auftreten der Post oft genug als Vergewaltigung erfahren. Mieter sehen sich vor endete Tatsachen gestellt, wenn



der Hauseigentümer die Gemeinschaftsantenne gegen den Kabelanschluß austauschen wird nicht lange gefackelt, wenn Hausbewohner reist sind. In der Innenstadt ging das kürzlich zum Einbruch in private Räume. Warum gegen Verkabelung? Für uns gehen Argumente in die Zukunft überrollt "Schwarz-Schilling sich persönlich". Ganzen vorbei. mehr ein Zusatz zum Projekt "Kabel" anderen Modernisierungen der Post mit weitestgehend schneidenderen Folgen. Die sind aber nicht zu unterschätzen. Die ersten Erfahrungen der Nutzer durch Basispost, wie das digitale Postamt, die erste Erfahrung

werden - in der inneren Struktur in der Stadt gerade der politischen Öffentlichkeit ver-

werden - in der inneren Struktur in der Stadt gerade der politischen Öffentlichkeit ver-



VOICES OF Libertad



Erge... hielten's nach dem Floß Für 18th, die Spätkasse Inselstrabzupackeln in der Robert-Schneider-Str Frische Luft zuverschaffen, wenn Reprene die zarteste Versuchung seit Es Schreiben giste.

Libertad Verlag



anarchistische texte

anarchistische texte ist eine seit 1978 erscheinende Heftreihe, die dem Leser die Möglichkeit geben will, sich mit der historischen Entwicklung und den verschiedenen theoretischen Strömungen des Anarchismus vertraut zu machen. In zwei aneinanderknüpfenden Editionen wurden bisher schwerpunktmäßig folgende Themengebiete bearbeitet:

- I. Philosophie und Theorie des Anarchismus (anarchistische texte Nr. 1-14)
- II. Praxis und Bewegung des Anarchismus (anarchistische texte Nr. 15-29)

Philosophie und Theorie des Anarchismus

anarchistische texte Nr. 1-14
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

1. Michail Bakunin (1814-1876)
Freiheit und Sozialismus
32 Seiten / DM 2,50
2. Peter Kropotkin (1848-1902)
Gerecht und Anarchismus
48 Seiten / DM 2,50
3. P.J. Proudhon (1809-1868)
Eigentum ist Diebstahl
32 Seiten / DM 2,50
4. William Godwin (1790-1836)
Über die politische Gerechtigkeit
32 Seiten / DM 2,50
5. Elisee Reclus (1830-1905)
Kommunismus und Anarchismus
32 Seiten / DM 2,50
- 6/7. Eine Autorenauswahl
Individualismus und Anarchismus
64 Seiten / DM 3,80
8. Leo Tolstoj (1829-1910)
Christentum und Regierung
48 Seiten / DM 2,50 (*)
9. Errico Malatesta (1853-1932)
Anarchismus und Syndikalismus
48 Seiten / DM 2,50
10. Johann Most (1846-1906)
Kommunistischer Anarchismus
32 Seiten / DM 2,50 (*)
11. Emma Goldman (1869-1940)
Anarchismus - seine wirkliche Bedeutung
32 Seiten / DM 2,50
12. Gustav Landauer (1870-1919)
Stille Ethik, Sozialist
48 Seiten / DM 2,50
13. Erich Mühsam (1878-1934)
Der Geist der Freiheit
32 Seiten / DM 2,50 (*)
14. Rudolf Rocker (1873-1958)
Arbeits-Organisation
48 Seiten / DM 2,50

Praxis und Bewegung des Anarchismus

anarchistische texte Nr. 15-29
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

15. Peter Kropotkin
Die Französische Revolution 1789-1794
48 Seiten / DM 2,50
16. M. Bakunin / K. Kropotkin
Die Pariser Kommune 1871
40 Seiten / DM 2,50 (*)
17. P. Ratus / H. Zoccoi
Die Erste Internationale 1864-1874
48 Seiten / DM 2,50
- 18/19. R.E. Bell
Die Propaganda der Tat
64 Seiten / DM 3,80
20. J. Schmück / D. Poels
Die Mexikanische Revolution 1910-1920
48 Seiten / DM 2,50 (*)
21. P. Kropotkin / W. Tischerkoff
Die Russische Revolution (I) Die Vorläufer (1903-1905)
48 Seiten / DM 2,50 (*)
22. Horst Stowasser
Die Russische Revolution (II) Der Kronstädter Matrosenaufstand (März 1921)
32 Seiten / DM 2,50 (*)
23. Nestor Machno (u.a.)
Die Russische Revolution (3) Die Machnowestachuna (1917/1922)
32 Seiten / DM 2,50
24. Alexander Berkman
Die Russische Revolution (4) Die russische Tragödie Ein Rück- und Ausblick
48 Seiten / DM 2,50
25. A. Shapira / A. Soucy (u.a.)
Die IAA Geschichte der Internationalen Arbeiter Association (1920-1932)
48 Seiten / DM 2,50
26. A. Roller / J. Schmück
Die Spanische Revolution (1) Geschichte des spanischen Proletariats (1848-1910)
48 Seiten / DM 2,50 (*)
27. D. Rodriguez (H. Rüdiger)
Die Spanische Revolution (2) Was war die CNT und die FAI?
48 Seiten / DM 2,50
28. A. Soucy / G. Leval
Die Spanische Revolution (3) Kollektivierungen in Spanien (1936-1939)
32 Seiten / DM 2,50
29. D. Rodriguez / V. Richards
Die Spanische Revolution (4) Revolution und Gegenrevolution Die Ereignisse des Mai 1937 in Katalonien
32 Seiten / DM 2,50

anarchistische texte Nr. 30

Roel van Duyn

PROVO

Einführung ins provokierende Denken

Ein neo-anarchistisches Manifest oder Agitationsopern, illustriert und kommentiert von Cornelia Krasser und Jochen Schmück
40 Seiten / DM 3,50 (BR)

anarchistische texte Nr. 31

- Neuerscheinung -

Gruppe Anarchistischer Federat / GAF Ein anarchisches Programm

Vorwort von Paolo Fusi / Nachwort von Hans-Ulrich Dillmann
96 Seiten / DM 4,80 (BR)

anarchistische texte Nr. 32/33

- Neuerscheinung -

Cornelia Krasser / Jochen Schmück (Hrsg.)
Frauen in der Spanischen Revolution

Texte und Dokumente, die aus dem Amerikanischen bzw. Englischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
112 Seiten / DM 9,80 (SR)



Edition Schwarze Kirschen Nr. 1

Carol Ehrlich / Peggy Kornegger
Anarcho-Feminismus

Aus dem Amerikanischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
128 Seiten / DM 8,80
ISBN 3-922226-04-3

Edition Schwarze Kirschen Nr. 2

Maurice Craxton
Ein Dialog über Sozialismus und Anarchismus

Herausgegeben und aus dem Englischen übersetzt von Jochen Schmück
128 Seiten / DM 6,80 / ISBN 3-922226-05-3

Edition Schwarze Kirschen Nr. 3

Sergius Golowin
Dada im Mittelalter Methoden zu einer Anti-Literatur
64 Seiten / DM 5,80 / ISBN 3-922226-06-X

Edition Schwarze Kirschen Nr. 4

Nicolas Walter
Beiträge zum Anarchismus Leitfaden in die Konkrete Politik

Aus dem Englischen übersetzt, herausgegeben und kommentiert von Jochen Schmück, 2. überarbeitete Aufl.
180 Seiten / DM 9,80 / ISBN 3-922226-03-5

Edition Schwarze Kirschen Nr. 5

Robert A. Scalapino / George T. Yu / Vladimir Munos

Geschichte des Anarchismus in China (1909-1936)

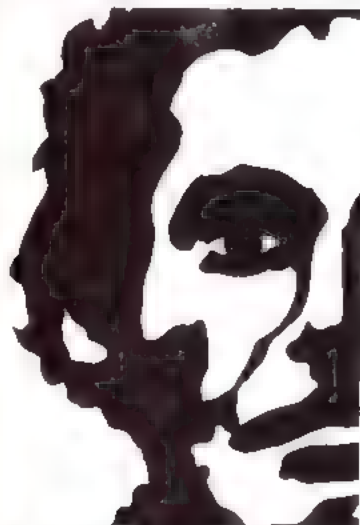
Hrsg. und aus dem Amerikanischen übersetzt von Jochen Schmück
ca. 160 Seiten / ca. DM 10,80
ISBN 3-922226-10-8

Zu bestellen beim
"Libertären Zentrum"
Kriegstr. 38
6000 Frankfurt/M 1

Konto: K. Cohrs, Postscheck
konto 3337 97 - 601, Pacha
Ffm, BLZ 500 100 80

DER GEWÖHNLICHE STAATSTERRORISMUS

PIAZZA FONTANA, VALPREDA UND DIE LEHREN



La cassazione ha costruito un'altra «verità di stato». Ma noi tutti sappiamo che la strage di Piazza Fontana è una strage di stato e che Valpreda è innocente.



CIRCOLO ANARCHICO
PONTE DELLA GHISOLFA
COLLETTIVO ANARRES

Das Gericht hat eine weitere "Wahrheit des Staates" konstruiert. Aber wir alle wissen, daß das Gemetzel vom Piazza Fontana ein Staatsmassaker ist und daß Valpreda unschuldig ist.

Circolo Anarchico Ponte Della Ghisolfia Collettivo Anarres

Vor 16 Jahren, am 12. Dezember 1980, ging auf der Piazza Fontana in Mailand eine Bombe hoch. Siebzehn Tote und achtundachtzig Verletzte kostete dieses Attentat, das als "Strage dello Stato" (Staats-Massaker) in die italienische Geschichte eingehen sollte. Damals sollte mit einer Serie von Attentaten Italien destabilisiert werden, um den Boden für einen faschistischen Staatsstreich zu bereiten. In der Tat erreichten 1989 die Klassenkämpfe in Italien eine solche Qualität, daß die Fiatbesetzung, die Massendemos usw. das Schicksal des maroden christdemokratischen Regimes zu besiegeln schienen. In dieser explosiven Situation detonierten - Bomben.

Und ihre Opfer suchten sie sich wahllos in Menschenmengen. Diese damals entwickelte Terrorstrategie zieht ihre Blutspur bis heute (Italicus Express 1988, Bahnhof von Bologna 1980, Elzug von Bologna 1984). Die Ermittlungen verliefen damals wie heute im Sand. Vor 16 Jahren hintertrieben staatliche Stellen bewußt die Suche nach den faschistischen Attentätern und ihren Drahtziehern und Auftraggebern im Zentrum der Macht. Stattdessen wurden zwei anarchistische Genossen aus dem "Circolo Ponte della Ghisolfia" - die

Gruppe ist bis heute aktiv! - herausgerafft und als Täter bezichtigt. Der Eisenbahner Giuseppe Pinelli überlebte das Polizeiverhör nicht. Er wurde aus dem vierten Stock des Polizeireviere geworfen. Pietro Valpreda, Tänzer, wurde für mehrere Jahre eingeknastet und kam dank einer breiten Solidaritätsbewegung schließlich raus. Im Juli dieses Jahres hat der Staatsanwalt Toscani in Bari für den Anarchisten Valpreda auf "Freispruch" wegen erwiesener Unschuld entschieden. Die Richter urteilten anders wie eine Seifenblase platzte der Prozeß, als des Anarchisten Unschuld in Mangels an Beweisen umgemünzt wurde. Freikamen die Neofaschisten Franco Freda und Giovanni Ventura, für die der Staatsanwalt auf Grund der schweren Beweise. Schließlich verfügte die höchsten Richter in Rom, daß der Prozeß gegen den Verbindungsmann zwischen den auftraggebenden Regierungs- und den ausführenden Faschistenkreisen, der Geheimdienstler Guido Gianettini, nicht wieder aufgerollt werden darf. Prominente Zeugen, wie der jetzige Außenminister Andreotti, der Generalsekretär der italienischen Polizei. Seit Jahrzehnten in jeder Regierung mit dabei, gleich welcher,

könnten sich nicht vor Gericht anklagen mehr erheben. So endet dieser Prozeß wie schon andere, das Attentat vom 16. April 1981, das Attentat des Italicus Express Attentats von 1974: 12 Tote, 105 Verletzte, am 16. April 1981, die Attentate auf eine Gewerkschaftsdemonstration in Brescia 1974: 1 Tote, 94 Verletzte. Verantwortlichen wegen mangelnder Beweise freigesprochen. Die Richter haben ein Genosse, der ein Massenlager eingerichtet hatte, auch fünf Jahre in der Insigne.

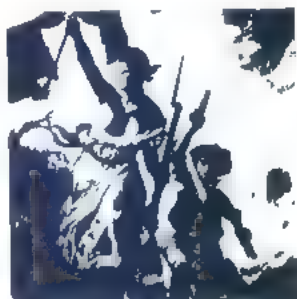
Der Staat kann selbst einen Prozeß machen (und sich ebenso wenig verurteilen) schreibt die Mailänder "Repubblica". Schon zu Beginn des Fontana-Prozesses im Dezember letzten Jahres. Der gewöhnliche Staatsterrorismus hat zwei Gesichter: Ein faschistisches und ein bürgerliches. Die Taktik des Verschleppens von Prozessen, des Spurenverwischens, des Freisprechens der Täter ist der Demütigung der Opfer erinnert. Im Juli dieses Jahres hat der Staatsanwalt Toscani in Bari für den Anarchisten Valpreda auf "Freispruch" wegen erwiesener Unschuld entschieden. Die Richter urteilten anders wie eine Seifenblase platzte der Prozeß, als des Anarchisten Unschuld in Mangels an Beweisen umgemünzt wurde. Freikamen die Neofaschisten Franco Freda und Giovanni Ventura, für die der Staatsanwalt auf Grund der schweren Beweise. Schließlich verfügte die höchsten Richter in Rom, daß der Prozeß gegen den Verbindungsmann zwischen den auftraggebenden Regierungs- und den ausführenden Faschistenkreisen, der Geheimdienstler Guido Gianettini, nicht wieder aufgerollt werden darf. Prominente Zeugen, wie der jetzige Außenminister Andreotti, der Generalsekretär der italienischen Polizei. Seit Jahrzehnten in jeder Regierung mit dabei, gleich welcher,

Alexander Anarres



ANARCHOSYNDIKALIS- MUS IN FRANKREICH

Interview mit Vertretern der französischen CNTF.



FRAGE: Was bedeutet die CNTF in Frankreich?

ANTWORT: Zahlenmäßig bedeutet die CNTF nicht viel. Sie ist aber eine Organisation, die auf eine Geschichte von 30-40 Jahren zurückblickt. Zur Zeit befindet sich die Organisation in einer aufsteigenden Phase. In Frankreich knüpft sie an die alte Tradition der Arbeiterbewegung, insbesondere an ihre Anfänge an. Der revolutionäre Syndikalismus hat bedeutsame historische Ansätze im Land. Es wäre also falsch, unsere Organisation als neu zu bezeichnen. Andererseits ist sie dabei, sich zu entwickeln, und als Gewerkschaftsorganisation sowohl in bestimmten geographischen Regionen als auch in bestimmten Berufsgruppen Fuß zu fassen.

F.: Seit vierzig Jahren arbeitet ihr also als Gruppen?

A.: Nein, nicht seit 40 Jahren. Zur Zeit der Gründung der CNTF war sie stark. Jedoch kann die reformistische Gewerkschaftsbewegung die Oberhand. Die Gruppen der CNTF haben zunächst isoliert und außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens agiert. Seit einigen Jahren jedoch, sagen wir seit 3 oder 5 Jahren, beobachten wir, wie sie in manchen Regionen wieder aufgebaut wird. Die Entwicklung erfolgt seit etwa einem Jahr eine Beschleunigung.

F.: In welchen Berufszweigen und in welchen Teilen Frankreichs seid ihr besonders stark?

A.: Besonders im Süden, wobei von Bordeaux als Kristallisationspunkt aus, sich die CNTF konzentriert hat. An

Gewerkschaft bei der Post zu entwickeln. Das gleiche gilt für das Gesundheitswesen, den sozialen Sektor und das Bildungswesen.

F.: In manchen Branchen werdet ihr als Gewerkschaft anerkannt, z.B. bei der Post.

A.: Selbstverständlich. Das ist notwendig, wenn wir unsere Interessen annehmen möchten. Erstens, weil die Gewerkschaft effektiv nichts erreichen kann, wenn sie sich um eine paritätische Einrichtung, d.h. die Arbeiter müssen sich stets mit dem Chef zu sprechen - also auch bei Entlassungen. Zum anderen unterstehen die Gewählten keiner Kontrolle mehr, was mit unserer föderalistischen Einstellung nicht vereinbar ist. Das hat zu großen Schwierigkeiten geführt. Denn die Autoritäten gewähren Gruppen, die nicht repräsentativ sind, d.h. sich nicht zu diesen Wahlen aufstellen lassen, das Wahlrecht bei der Post jedoch und insbesondere in der Gegend von Paris, wo die CNTF als Gewerkschaft anerkannt worden. Sie kann an Arbeitsplatz aktiv werden, ohne an den Wahlen zu den Betriebsräten bzw. den entsprechenden Gremien bei der Post teilzunehmen.

F.: Wie seid ihr dann vertreten?

A.: Wir sind als regionale Postgewerkschaft der CNTF anerkannt. Es gibt Delegierte, die ihrerseits von der CNTF kontrolliert werden. Diese können sich an die Verwaltung und die Chefs wenden, um Arbeiter zu vertreten, ohne deswegen berufsmäßige Gewerkschaftsfunktionäre zu sein. Andererseits haben

sie die Rechte, die Gewerkschaftsvertretern zur Verfügung stehen, wie beispielsweise das Recht, Versammlungen einzuberufen, Plakate aufzuhängen usw. Die Möglichkeiten werden jedoch vom momentanen Kraftverhältnis bestimmt.

F.: Wie ist das Verhältnis der CNTF zu anderen Gewerkschaften und zu den Unorganisierten?

A.: Es ist keine Selbstverständlichkeit, daß wir zu den anderen Gewerkschaften als solche, ein direktes Verhältnis haben. Es gibt nämlich auf der einen Seite die Gewerkschaftsfunktionäre und auf der anderen die revolutionären Syndikalisten. Bei der Post hatten wir bisher keine größeren Konflikte mit den anderen Gewerkschaften. In Bordeaux jedoch, haben sich Gewerkschaften und Bosse zusammen getan, um mit Prozessen die Gründung von Sektionen der CNTF zu verhindern.

F.: Was sagt die Basis der CGT (größte französische Gewerkschaft, kommunistisch ausgerichtet - d.Ü.) dazu?

A.: Schwierig. Ein CGT-Mitglied, das auch Mitglied der KPF ist, sieht uns ungern im Betrieb. Mit einzelnen CGT-Mitgliedern aus der Basis haben wir jedoch zusammenarbeiten können. Mit CGTlern, - und sogar mit Delegierten - aus den Vororten von Paris hat es eine ausgezeichnete Zusammenarbeit gegeben.

F.: Was sind eure Ziele jetzt und in naher Zukunft?

A.: Unser Hauptziel ist es, die gewerkschaftliche Orientierung auszu-

bauen und als Organisation zu wachsen.

Uns ist die praktische Ausrichtung wichtiger als die ideologische. Wir suchen neue Leute, die mit uns einverstanden sind, die mit uns zusammenarbeiten wollen.

F.: Wie hat sich die Arbeitslage in Frankreich entwickelt?

A.: Schlecht, wie überall auf der Welt. Das, was wir als die große Tragödie der Arbeiterbewegung ansehen, ist die Situation der Lohnabhängigen heute. Einige Arbeiter sind relativ gut gestellt, während ein Großteil der Lohnabhängigen verelendet. Die traditionelle Gewerkschaftsbewegung kümmert sich nur um die, die Arbeit haben, die ein Arbeitgeber haben. Eine Menge Leute haben keine Anstellung mehr und leben in einem unvorstellbaren Elend.

Wir stehen vor einem Phänomen: Die Gesellschaft ist ungeheuer schnell gewachsen. In den letzten 60 - 70 Jahren gab es Ausbeuter und Ausgebeutete. Heute gibt es die Ausbeutung der 3. Welt durch multinationale Konzerne, die auch überall, aber bevorzugt in Ländern der 3. Welt niederlassen. So ist ein Lohnabhängiger in einem reichen Land gleichzeitig Ausbeuter bezogen auf einen Lohnabhängigen in einem armen Land. Die Trennlinie zwischen "Ausbeuter" und "Ausgebeuteten" verschwimmt. Unsere Antwort hierauf müssen wir noch entwickeln. Sie wird vom Begriff der "Solidarität" ausgehen. Aufgegebene Begriffe wie "Klassenkampf" und Konfrontation mit den Unternehmern werden einen neuen Inhalt erfahren. Solidarität zwischen den Leuten einzelner Betriebe und zwischen verschiedenen Ländern statt bloße egoistische Interessensvertretung zur Erhaltung des Arbeitsplatzes um jeden Preis.

F.: Ihr versteht euch als internationale Syndikalisten. Seit ihr nur eine Gewerkschaftsorganisation oder gedenkt ihr einen Aktionsbereich auch auf beispielsweise die Stadtteile auszudehnen?

A.: Als revolutionäre Syndikalisten gehen wir von der Produktion aus, die das Handeln der Gesellschaft bestimmt. Auf der Politik ebene, die der Parteien, sehen wir keine Möglichkeit etwas zu verändern. Als Syndikalisten meinen wir, daß Veränderungen vom ökonomischen Sektor ausgehen

Es gibt aber eine andere Dimension des revolutionären Syndikalismus. Diese hört nicht an der Fabrikmauer auf. Der Syndikalismus kümmert sich auch um Bereiche wie Kultur, Kunst, Stadtteilarbeit, Lebenswesen oder Urbanismus. Der Syndikalismus muß sich damit auseinandersetzen, ohne daß dabei die Tätigkeit im ökonomischen Sektor, also im Betrieb, verlorengeht.

Die Gewerkschaft handelt zunächst im Betrieb. Die Föderation der Gewerkschaften jedoch hat auch andere Aufgaben, wie z.B. Stadtteilarbeit. Also: Der Syndikalismus spielt sich sowohl innerhalb als auch außerhalb vom Betrieb ab. Drinnen arbeitet die Gewerkschaft, der Post beispielsweise, im Betrieb. Bei Problemen, wie Wohnungsfragen, behandelt dies nicht nur die Postgewerkschaft, sondern die gesamte CNTF.

F.: Die produktive Arbeit nimmt ab. In manchen Ländern steuern wir auf die 35 Std. pro Woche zu. Was haltet ihr davon?

A.: Je weniger Arbeit umso besser. Niemand liebt Arbeit, am wenigsten die Lohnarbeit. Den Kampf um die 35 Std.-Woche hatten wir für überholt. Es kann nicht darum gehen, die Stundenzahl zu verringern, sondern danach zu fragen, was überhaupt produziert wird. Wir produzieren Dinge, die völlig unnötig sind. Als Anarchosyndikalisten sind wir antimilitaristisch. Unsere modernen Gesellschaften verschenden Unmengen Energie für die Waffenherstellung. Wenn wir mit dieser unnötigen Herstellung aufhören würden, bräuchten wir nur noch 25 Std. pro Woche arbeiten.

F.: Die Leute bestimmen ja nicht über ihre Arbeit, sie haben gar keine Wahl.

A.: So ist es. Wir meinen, daß Selbstverwaltung heißt, die Leute zu fragen, was sie produzieren möchten.

F.: Was bedeutet der Anarchismus innerhalb des Anarcho-Syndikalismus?

A.: Ich meine das Wesentliche für jemanden, der die Freiheit liebt - so nebukke dieser Begriff auch sein mag - liegt darin, ein hierarchisches System abzulehnen. Als Anarchosyndikalisten lehnen wir jede Art von Herrschaft über an-

dere ab, sei es im Arbeitsbereich, sei es in der Gesellschaft. Hier knüpft die CNTF an die anarchistische Bewegung an. Andererseits interessiert es uns weniger, ob sich jemand als Anarchist bezeichnet, als das, was er konkret tut. Als Anarchisten heißt das für uns: Hierarchien zerstören und verhindern, daß sie sich wieder einstellen. Das ist unsere Auffassung von Anarcho-Syndikalismus.

F.: Wie sind eure Beziehungen zu anderen anarchistischen Organisationen?

A.: Unsere Beziehungen sind gut. Sie langen meist über einzelne Leute und weniger über verwandte Organisationen.

F.: Gibt es irgendwelche Zusammenarbeit?

A.: Ja, punktuell. So z.B. mit Radio Libertaire oder hinsichtlich des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien. Sobald die Probleme ernst werden, kämpfen wir gegenseitig zusammen.

F.: Möcht ich den deutsche Genossen etwas sagen?

A.: (Lacht) Auch wenn wir in Frankreich nicht zahlreich sind und ihr in Deutschland ebenso, so ist es ermutigend zu wissen, daß es überall in der Welt Leute gibt, die Ähnliches denken und diese Leute nehmen auch zahlenmäßig zu. Und das läßt hoffen. Die staatsfeindliche Tendenz wird für Leute innerhalb und außerhalb der libertären Bewegung zu einem Schnittpunkt. Der internationale Aspekt hat in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Früher bezog sich die CNTF ausschließlich auf Spanien. Selbst argentinische Genossen auf den Kongressen waren in Wirklichkeit aus Spanien. Jetzt tut sich überall auf der Welt etwas. Die Exil-Spanier haben gewissermaßen die Tradition der spanischen CNT bewahrt, um authentischen Bewegungen neuen Auftrieb zu geben.

ANTON: Wir danken euch.

KURZES INTERNATIONAL

GEGEN REPRESSION UND TODESURTEIL

- an alle IAA Sektionen und Gruppen
- an alle Libertären
- an alle Arbeiter

Genossen in Japan erwarten drei Männer die Bestätigung ihres Todesurteils durch den obersten Gerichtshof. Sie werden des Terrorismus beschuldigt, wovon einer von ihnen nur mit Aktionen bewaffneter Gruppen gegen das herrschende System sympathisiert hat.

Zwei der zum Tode verurteilten, Masahi Daijō und Toshiaki Kataoka sind Aktivisten der Antijapanischen bewaffneten Front Ostasiens und ihr Verbrechen war der Versuch, den Herrscher zu töten (= die nationale Götterlichkeit, der mensch vorwirft, für den Völkermord an 10 Millionen Menschen asiatischer Länder durch den japanischen Militarismus während des 2. Weltkrieges verantwortlich zu sein). Sie haben die Multis ihres Landes bekämpft, die die Arbeiter des fernen Ostens ausbeuten und sie kämpfen für eine Selbstverwaltung der durch das japanische Reich zerschlagenen Nationen, z.B. die nördliche Insel Ainuoshiri, deren Ratnaus bombardiert wurde.

Der dritte zum Tode Verurteilte Tatsuhisa Omori, wurde, obwohl er unschuldig ist, hauptsächlich wegen seiner anarchistischen Überzeugung in den Prozess hineingezogen.

Yoshinasa Kurokawa wurde zu lebenslänglich verurteilt und Hisaichi Ugajin zu 18 Jahren Gefängnis, und eine Frau, Mariko Arai, zu 8 Jahren.

Der Fall Omori ist der Libertären Presse in der ganzen Welt wohl bekannt. Wir stimmen nicht mit den Methoden des Terrorismus überein und wir haben sie verurteilt, wenn sie sie unschuldige Opfer geordert haben, aber wir stehen zusammen mit denjenigen, die gegen jede Form des Imperialismus kämpfen - sei es wirtschaftlich, militärisch oder religiös. Dazu gehört auch der Terrorismus einer ausbeuterischen Regierung.

Anfang Herbst wird der Oberste japanische Gerichtshof die endgültigen Urteile verkünden, und da wir die furchtbare Strenge der Gesetze unseres Landes kennen, halten wir eine Änderung der Strafen - selbst im Falle des Genossen Omori - für sehr schwer. Angesichts dieser drohenden Situation und Namen unserer japanischen Sektion, der Arbeitersolidaritätsbewegung (WSM-IWA) bittet das IAA-Sekretariat alle Libertären und Arbeiter der ganzen Welt um Hilfe für die vom japanischen Imperialismus Verurteilten.

Durch Proteste bei japanischen Botschaften und Konsulaten, durch Briefe an die Justizministerien, außerdem an die Verteidigungskomitees der Verurteilten

- Verteidigungskomitee für Omori in Tokio
- 35 Chitose P.O.Box, Seragaya-Ku Tokio (Japan)
- Premierminister Nakasone Yasuhiro Nagata cho 2-3. Chiyoda Ku. Tokio
- Supreme Court (Oberster Gerichtshof) Hayabusa cho 4-2 Chiyoda Ku. Tokio (Japan)

Genossen, der Kampf der Leute in Japan ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern geht auch um Menschenrechte, und dieser Kampf ist sehr hart. Japan erlebt einen sehr heftigen "Neoimperialismus", sagen uns viele IAA-Genossen in ihren Briefen, "und der Kampf der Arbeiter kann die kapitalistische Offensive nicht stoppen. Wir Arbeiter kämpfen im Dunkeln".

Genossen, der asiatische Kampf gegen Wirtschafts-Imperialismus, sowie der südamerikanische gegen Kolonialismus und den internationalen Währungsfond, sowie der Schwarzen gegen die Apartheid in Südafrika, sogar der Kampf gegen den Faschismus in den europäischen Ländern, ist ein ALLER NATIONALER KAMPF ALLER Arbeiter.

Beteiligt euch daran und HELFT, SO GUT IHR KÖNNT.

IAA-Generalsekretariat
Eduel Gorron Canoyra

zum Tode verurteilt

Tatsuhisa Omori
Masahi Daijō
Toshiaki Kataoka

zu Gefängnis verurteilt

Yoshinasa Kurokawa
Hisaichi Ugajin
Mariko Arai

wer geht mit uns eine
liga für die Befreiung patho-
tischer Lebensformen
auf und tritt sie mit-
teilungen
der tipper,

Straßenschlacht in Tokio

TOKIO, 30. Oktober (dpa). Nach schweren Zusammenstößen zwischen 2000 Demonstranten und der Polizei im Vorfeld des Tokioter Flughafen-Namias am Sonntag mindestens 130 Personen verletzt worden. Nach Angaben der Polizei wurden 63 Beamte verletzt. Die Anzahl der Verletzten in Demonstrationen konnten die Behörden nicht angeben. Insgesamt blieben 130 Personen verletzt. Menschen in einer Kundgebung gegen den 1878 eröffneten, 65 Kilometer südlich von Tokio gelegenen internationalen Großflughafen teilgenommen.

75 JAHRE CNT

Die CNT/AIT hat zu ihrem 75. Geburtstag ein umfangreiches Programm gestaltet. In der Zeit vom 21. Oktober bis 5. November fanden folgende Veranstaltungen statt:

- 21.10.: Die Ursprünge der Arbeiterbewegung in Spanien
- 22.10.: Die kulturelle Seite der Arbeiterbewegung
- 23.10.: Die politische, soziale und ökonomische Lage der Arbeiter
- 24.10.: Ökologie heute
- 25.10.: Militarismus und Repression
- 26.10.: Neue Technologien
- 29.10.: Die Entwicklung der CNT bis zur 2. Republik
- 30.10.: Soziale Revolution - Generalstreik und Widerstand
- 31.10.: Illegalität, Exil und Rekonstruktion der CNT
- 01.11.: Abschlusssveranstaltung und Resümee

Parallel dazu lief eine Ausstellung über die Geschichte der Arbeiterbewegung vom 4.10. - 5.11.85 und eine anarcho-syndikalistische Filmwoche vom 28.10. - 2.11.85.

An den beiden Wochenenden fanden Rockkonzerte statt.

Ein genauerer Bericht steht noch aus.



SYNDIKALISTISCHE GEWERKSCHAFTEN IN SÜD - AFRIKA ?

Die "South African Allied Workers Union" (SAAWU) steht seit einiger Zeit mit dem Sekretariat der IAA in Madrid in Kontakt und es ist für uns natürlich sehr erfreulich, wenn eine Gewerkschaft mit ca. 90 000 Mitgliedern, an Gesprächen mit der anarcho-syndikalistischen Internationale interessiert ist.

Das Vorbild, daß die SAAWU gegeben hat, brachte auch andere Gewerkschaften dazu, gegen die Registrierungsgesetze der Regierung Stellung zu beziehen. So z.B. die MACWU (Major Assemblies and Components Workers Union) und die BMWU (Black Municipal Workers Union), die bei der Mobilisierung der schwarzen Arbeiter und beim Widerstand gegen die Versuche der Regierung, strenge Kontrollgesetze für die Gewerkschaften durchzusetzen, viel Erfolg hatten.

Die SAAWU unterscheidet sich von diesen kleineren Gewerkschaften durch eine Mehrheit von schwarzen Mitgliedern, die Gewerkschaft steht strikt im Gegensatz zu den "Rassengewerkschaften" und wird Personen aller in Süd-Afrika vertretenen Rassen, aufnehmen.

Seine Position bezieht wie die revolutionäre bolivianische Gewerkschaft COB.

Im November 1980 gewann die SAAWU ihre erste Schlacht um die Anerkennung durch einen Arbeitgeber - Chloride (SA) -, einem britischen Multi-Konzern. Die SAAWU gewann 95,2 % der Stimmen bei einer Wahl unter den Arbeitskräften.

Dann wurden Betriebsratswahlen und Wahlen für die Mitglieder des SAAWU-Komitees in der Fabrik abgehalten. Das war ein bedeutender Durchbruch für die Gewerkschaft. Vor allem aber bleibt die SAAWU unabhängig von allen politischen Gruppen innerhalb und außerhalb Südafrikas.

Quelle: "New World" 3/85
DAM/IWA

Wer ist die SAAWU ?

Die SAAWU wurde 1979 gegründet und ist eine Abspaltung der "Black Allied Workers Union" (BAWU). Ihr schloß sich ein Jahr später die "National Federation of Black Workers" an, die sich ebenfalls von der BAWU getrennt hatte. 1980 lehnte die SAAWU die gewerkschaftliche Registrierung durch das Rassisten-Regime ab, da die Forderungen der "Inoffiziellen Gewerkschaften ignoriert worden waren.

In dieser Zeit haben sich sehr enge Kontakte zum Ost-Londoner Verband der AFCWU (African Food and Canning Workers Union) entwickelt, und im April 1980 haben sie eine gemeinsame Erklärung zur "Registrierung" abgegeben. Die Registrierung wurde sinnlos sein, solange all die diskriminierenden Bestandteile der Gesetzgebung wie z.B. das Paß-Gesetz, der "Group Areas Act" usw. (d.h. das ganze Apartheidssystem) nicht beseitigt sind:

"Es kann keine normalen Gewerkschaften in einer anormalen Gesellschaft geben!"

Die SAAWU hat, auch für andere südafrikanische Gewerkschaften, eine fundamentale Frage aufgeworfen: Ob man den ökonomischen Kampf mit dem breiteren Kampf gegen das ganze Apartheidssystem verbinden soll?

Die SAAWU ist nicht die einzige Gewerkschaft, die diese Meinung vertritt. Die AFCWU und die Western Province General Workers Union haben einen ähnlichen Standpunkt und lehnen die Registrierung ab.

Weiter hat die SAAWU damit begonnen, außerhalb der Fabriken auch allgemein die Bevölkerung zu organisieren, wobei sie eine



Okt./Nov.
auf einen Kraaker

die Besetzer auch vorher die Wohnungen geräumt und am Nachmittag nach der Räumung halt wieder besetzt. Und alles fing wieder von vorne an.

Der Kiez, das Stadtviertel, in dem die meisten der über 1000 Besetzer von Amsterdam wohnen, war für die Stadt und die Polizei mehr oder weniger tabu. Das ging auch aus einem Bullenstrategiepapier hervor, das die Kraaker 1983 anlässlich einer Rathausbesetzung beschlagnahmten.

Die Krakerszene selbst, wohlgeremert zum allergrößten Teil legalisiert, ist dennoch keine passive Szene geworden, sondern hat ihre Stellung politisch weiter ausgebaut und eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, wie z. B. Mieterstreiks mit Bürgern, die sich in Komitees zusammengeschlossen, Antimilitarismusinitiativen und vielem mehr.

Soll gut einem Jahr ist nun ein neuer Bürgermeister in Amsterdam am Ruder. Eine neue Linie zeichnete sich ab. Gab es bisher nur zwei Polizeizentralen, wurden nun in den einzelnen Stadtvierteln neue Polizeireviere eingerichtet. So auch im Kiez, Staatsliedenbuurt, eine Wache für 80 Bullen, die übrigens am 1. Oktober dieses Jahres eröffnet wurde. Das erklärte Ziel des Bürgermeisters war, daß es wieder normal werden sollte, daß ein Polizist im Staatsliedenbuurt auf die Straße gehen könne.

Der Bürgermeister selbst machte im Dezember 1934 im Klez einen Spaziergang, um Bürgernähe und die neue Linie zu demonstrieren. Das ging schief, er wurde vertreiben und angespuckt. Die Leute machten im Anschluß daran ein Stadttribunal, in dem der Bürgermeister verurteilt wurde und die Forderungen des Stadteils aufgestellt wurden: Bürgerzentren, Jugendzentren, Kulturräume, mehr Wohnraum. Diese Forderungen wurden dem Bürgermeister an die Bretter gehängt, mit denen sie an Häusern angenagelt wurde. Auch hier gab es schon erste Auseinandersetzungen.

Nach der Eröffnung des Bullenreviers im Klez fand noch eine bemerkenswerte Begebenheit statt: Der uns al-



Sie 127 Jahre in Amsterdam
... gesessenen
... ren fast alle der
... im private Haus-
...
... sind nicht
... GRD verkehrt
... verboten was
... in einem Hause
Wohnung leersteht ...
der ihre Wohnraum ...
... und P ...
... Tatsächl ...
... Das w ...

[illegible]

len wohlbekannte Bürgermeister Berlins fand sich zu einem Besuch beim Amsterdamer Bürgermeister ein. Was nun in der Folge geschah, ist für Amsterdamer Verhältnisse neu und viele der auch so liberalen Vorstellungen von der Demokratie wurden von Polizeiknappen zerschlagen. In der Schaepmannstraat im Kiez war in einem Haus im ersten Stock eine Einzimmerwohnung von einer Frau mit Kind besetzt. Am Donnerstag, den 24. Oktober kamen die Bullen unangekündigt und räumten die Wohnung. (Wie gesagt etwas neues für Amsterdam) In der Szenekneipe wurde daraufhin sofort beschlossen, am Nachmittag eine Wiederbesetzung zu machen.

2-300 Leute ziehen zu dem Haus. Die Tür wird aufgebrochen, die ersten rein in den Hausflur und die Treppe hoch. Die Wohnungstür öffnet sich und heraus kommt eine Polizeihand mit Pistole und gezielt wird ein Schuß auf einen der ersten abgegeben. Eine Handbreit neben dem Herz wird der Oberarm durchgeschossen. Diese Szene wird von jemandem fotografiert, der unmittelbar hinter dem Angeschossenen steht. Währenddessen fahren draußen vor der Tür die ersten drei Wannen durch die Menge. Später erscheinen weitere 10 Wannen und regeln die Straße ab. Die Bullen, die in der Wohnung waren (zitate und uniformierte) flüchten durch die Fenster über den Hinterhof. Nach schweren Auseinandersetzungen soll das Haus nach ca. zwei Stunden geräumt werden. Die Leute fliehen zum Teil über den Hinterhof, z.T. durch die Haustür, wo sie auf der Straße die Bullenkette teilweise durchbrechen, teilweise verhaftet werden.

Bei den 33 auf der Straße Verhafteten war Hans Kok dabei. Nach holländischen Recht hat ein Verhafteter am nächsten Morgen das Recht seinen Anwalt zu sprechen. Es werden gegen zehn Uhr am nächsten Tag aber nur 32 Namen den Anwälten mitgeteilt, der Name Hans Kok fehlt. Die Anwälte durften erst abends nach 1. Uhr zu ihren Mandanten, nachdem der Tod von Hans Kok offiziell bekanntgegeben wurde.

Die Umstände seines Todes sind von Seiten der Polizei gezielt verschleiert worden. Er wurde mittlerweile beerdigt und die einzige Erklärung war, er sei an betäubenden Mitteln gestorben. Ohne Gewaltanwendung. Alle die im Knast waren, sind verprügelt worden, einer wurde bewußtlos geschlagen, viele Verletzungen sind festgestellt worden. Und Hans

ist anscheinend der einzige, der nichts bekommen haben soll. Zwei Obduktionen wurden durchgeführt, aber beide von der Rijkspolizei und dann wurde er schnell begraben. Die Aussagen von seinen Mitbeteiligten, die sehr im Widerspruch zur offiziellen Darstellung stehen, wurden vom Polizeisprecher als Unsinn abgelehnt.

Er war ja nur ein Junkie, so wird in der Presse sein Tod kommentiert. Daßer sich längert in einem offiziellen Entzugsprogramm mit Metadon stand, wird verschwiegen und vieles mehr. Vor allem aber wird ein Zusammenhang mit der Haasbesetzung zunächst völlig verschwiegen.

Aber Hans wurde einzig und allein als Hausbesetzer festgenommen und saß schon über 12 Stunden im Knast und soll dann an einer Überdosis Rauschgift gestorben sein? Unglaublich.

In der Folge nach Hans Tod, fanden in Amsterdam Demonstrationen statt. Es sind auch Scheiben zu Bruch gegangen und Brandsätze geworfen worden, auch aufs Rathaus. Die Bullen haben dann genau wie in Frankfurt Hetzjagden gemacht und nachdem eine Demonstration auseinandergeprügelt war, wurde ein Angriff auf die Szenekneipe Ritsch mit Gaseinsatz durchgeführt. Insgesamt waren nach zwei Tagen 56 Leute im Knast. Davon wurden 27 vorläufig freigelassen. Von denen wiederum jedoch 5 wieder inhaftiert. Zusätzlich noch zwei mit dem Vorwurf versuchter Totschlag. Die Rechtsgrundlage, um die Leute im Knast zu lassen, besteht darin, wenn ein Anwalt beim Haftrichter für eine endgültige Haftprüfung erreicht wurde, weil die Polizei noch Zeit braucht um neue, härtere Anklagen formulieren zu können. So sind bis 31. Leute erst einmal 6 Tage und zusätzlich noch zwei mal 6 Tage Aufschub festgesetzt worden.

27 Leute haben bisher den Vorwurf des Waffenbesitzes, weil sie versucht haben, eine Wand anzu-sprengen. Die Waffen waren die Püschel und Faroeimer. Wer kennt es nicht schon von Anklagen bei uns? Klaus Malorny und Peter Paschke wurden mit Anklagen vor Gericht gebracht, auf denen bis zu 10 Jahre Haft standen. Und nichts als ein armseliges Konstrukt zur Kriminalisierung stand dahinter.

So schwappet jetzt über die Amsterdamer Bewegung eine Welle der Kriminalisierung, die nicht zuletzt nach deutschen/berliner Muster gestrickt ist.

Die neue harte Linie (die übrigens so neu gar nicht ist) zeichnet sich in ganz Europa ab.

Wollen die Herrschenden uns immer noch weismachen, daß es immer ganz besondere unglückliche Zustände sind, die zum Tod durch Staatsgewalt führen?

Es hat Günter Sare getroffen und nicht die Leute in Hanau, über deren Köpfe ein Pollstisch schoß. Hans Kok hat den Knast nicht überlebt, im Gegensatz zu demjenigen, dessen Herz eine Handbreit neben seinem Oberarm war, als die Kugel diesen durchschlug. Und die Presse singt in aller Herren Länder das gleiche Lied: Hier in Deutschland wurde noch nicht einmal der Tod von Hans Kok gemeldet. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und genau das sagen wir auch.

Diese Zustände dürfen nicht sein, wir kämpfen dafür, daß sie nicht mehr sein können.

Bleibt noch nachzutragen, daß am Samstag, danach international gegen das Vorgehen der Bullen in Amsterdam demonstriert wurde. Diese Demonstrationen fanden statt in:

Berlin, London, Zürich, Barcelona und Amsterdam.

In anderen Städten auch - d. Lay-



Über die Repression in Griechenland



Vor den Wahlen, im Jahre 1981, war das große Schlagwort der P.A.S.O.K. (der heutigen sozialistischen Regierungspartei) die Ankündigung der 'Veränderung'. Viele Arbeiter glaubten, daß Papandreu alle Probleme des Kapitalismus auf einen Schlag lösen würde. Doch kaum an der Regierung, hat die soz. Partei schnell ihr wahres Gesicht gezeigt.

- Die ersten Betroffenen waren die Jugendlichen. Es war die Zeit, als in Athen eine Flut von Hausbesetzungen begann, auf die die Regierung sofort mit Großinsätzen von Bullen reagierte, die Häuser räumte und unzählige Festnahmen machte.

Das hat die Arbeiter damals kaum gestört, solange es nur den Jugendlichen und Arbeitslosen an den Kragen ging, als jedoch darauf begonnen wurde, Fabriken zu schließen, drehte sich der Wind.

- Zunächst gab es friedliche Demos der Arbeiter gegen die Regierungspolitik, die darauf mit vielen Versprechungen reagierte. Dann jedoch, Ende 1984, gab es eine Welle von Fabrikbesetzungen, Arbeitslosenmärschen von Thessaloniki nach Athen, und eine Welle lang zeltete man vor dem Wirtschaftsministerium. Als dann in Thessaloniki zum erstenmal ein Forum der besetzten Fabriken stattfand, wurde die Regierung aktiv: Da gab es z.B. den Streik bei Mobil, der begonnen wurde, um die Privatpolizei (Group 4) abzuschaffen. Der Innenminister schickte daraufhin hunderte von Staatskanakillen, um den Streik zu zerschlagen. Dabei gab es außer bei Mobil auch bei Fina und BP eine Vielzahl verletzter Streikposten.

- Die Streikenden und Besetzer bei EEKO, NAMKO, PAO, KANTAM, ENNAYQ und BEA wurden ebenfalls von der Staatsmacht angegriffen und die Fabriken geräumt, anschließend lud der Leiter von BEA die Streikenden mit dem Fernsehen zur Diskussion ein.

Zur gleichen Zeit gab es Streiks bei den Zivilangestellten des amerikanischen Stützpunktes. Die Arbeiter, die den Zugang zum Stützpunkt blockierten, wurden brutal geräutert, 13 wurden verhaftet; daraufhin wurden weitere Streiks angekündigt, worauf die Entlassenen nach 39 Tagen wieder eingestellt wurden.

Flugblattausschnitt der Gruppe Arbeiterautonomie

35 Std.-Woche - Arbeitslosengeld - ohne Kompromisse!

350 000 arbeitslose Arbeiter, keine gesellschaftliche Absicherung, Schlägereien bei Mobil und EWKO - die MAT (uniformierte) und die MEA (zivile Sondereinheit der Polizei) sollen wieder einmal den Streikenden antworten: Sie schlagen die Jugendlichen an ihren Sammelorten, schlagen die Antifaschisten bei Caravel, zerstören Büros politischer Gruppen und nehmen über 130 Leute fest.

Der Arbeitsminister sagt öffentlich, daß er den Arbeitsfrieden mit jedem Mittel schützen wird.

Es wird also nach drei Jahren offensichtlich, daß der Staatssozialismus der Dienstherren sehr wenig Unterschiede mit dem Kapitalismus der Rechten hat.

In Europa hat die Arbeiterbewegung angefangen, dem Kapital und dem Staat zu antworten. Die Arbeiter in Polen, als sie mit Solidarnosc für ihre Rechte in der Arbeit kämpften, die IG-Metall in der BRD für die 35 Std.-Woche, die englischen Bergarbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsstellen, die ausländischen Arbeiter in Frankreich gegen den Rassismus, alles das erfahren wir von den anderen Ländern.



Kampf für weniger Arbeit, Arbeit für alle, für die Sicherung und Steigerung des Arbeitslohnes.

Mit der Voraussetzung der riesigen Dimension an Arbeitslosigkeit muß die Arbeiterbewegung heute also antworten und sofort verlangen: Kürzung der Arbeitszeit für alle und Arbeitslosengeld ohne Bedingungen gleich dem Mindestlohn.

Es ist die Zeit gekommen, daß die Arbeiterbewegung autonom und klassenkämpferisch antwortet gegen Kapital und Staat. Wir müssen anfangen, unser Leben selber zu gestalten, unsere Bedürfnisse bekannt zu machen in diesem ganzen Zirkus der Berufspolitiker, daß die Grenzen unserer Geduld viel enger sind, und da wir nicht viel zu verlieren haben, werden sie auch eine andere Seite von uns kennenlernen.

Arbeiterautonomie

Die Ereignisse um die Besetzung des Chemischen Instituts im Mai 1965

In der letzten Woche des Jahres 1964, einem Platz im Zentrum

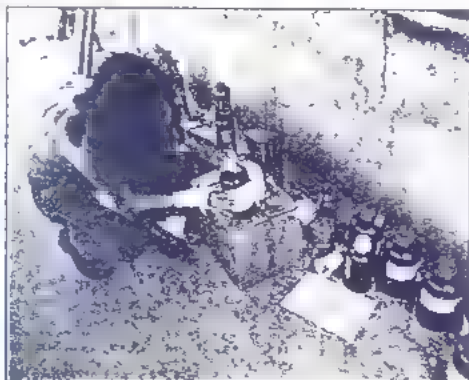


... und außerparlamentarischen Linken sammeln, die Auseinandersetzungen mit den Polizeikräften um die Festschließung. Daher wurde für den 1. Mai ein Streik gegen die Gewalt der Polizei beschlossen. Die Besetzung des Chemischen Instituts war ein wichtiger Schritt in der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt. Daher...

daritätsdemo durchgeführt. Während den neuen Auseinandersetzungen gingen 100 Leute zum chemischen Institut und besetzten es, mit der Forderung: Freilassung der Festgenommenen. Danach wurde das ganze Viertel von den Bullen abgesperrt und der Strom komplett abgeschaltet. Die Besetzer forderten per Megaphon Medikamente und Nahrung, jedoch jeder, der versuchte, sich zu nähern, wurde von den Bullen zusammengeschlagen. Sogar der Rotkreuzwagen wurde zurückgeschickt, obwohl sich unter den Besetzern 5 Verletzte befanden, darunter Einer mit einer Kugel im Bauch.

Der Senat des Instituts weigerte sich, der Polizei zu erlauben das besetzte Gelände zu betreten, da die dort vorhandenen Chemikalien sehr gefährlich waren. Es hätte zu einer Explosion des gesamten Viertels kommen können. Jede Nacht gab es im Sperrgebiet erbitterte Straßenschlachten, bei denen die Polizei durch Rechtsextremisten unterstützt wurde. Es sind

viele Schüsse gefallen; die Anwohner sammelten die Verletzten später von der Straße auf und waren über das brutale Vorgehen der Staatsgewalt sehr empört.





Aber am Dienstag kamen daraufhin die 16 Leute frei. Um 10 1 nachts bildete sich dann ein Demonstrationzug, der die Besetzer vom chemischen Institut abholte, um sie zu schützen. Endlich fand dann die Demonstration gegen die Staatsgewalt am nächsten Tag statt, die vor einer Woche noch verboten worden war. Über 3000 Leute riefen auf der Triumpfdemo Parolen wie

- Gewalt gegen die Gewalt der Herrschenden
- Nieder mit der staatlichen Gewalt

Auf einer Tafe, im chemischen Institut stand.

- Wenn auch nur einer unserer Genossen vor Gericht kommt, wird Athen brennen.

Zur Berichterstattung der taz

Während der Griechenlandkorrespondent der taz seine bourgeois-sozialistischen Ergüsse über das Parlamentspektakel in Griechenland zum Besten gibt, finden in Griechenland Straßenkämpfe der Jugend und der Anarchisten gegen die Staatskassillen, sowie Besetzungen der Fabriken von Arbeitern und Blockaden der Bauern statt. Während die taz berichtet, daß in Exarchia eine Razzia gegen Drogensüchtige mit vielen Festnahmen stattfand, war es in Wirklichkeit eine dauernde Repression gegen die anti-parlamentarische Linke in Athen. Während die taz darüber berichtet, daß bei der Flucht von Leuten der Gruppe Kampf gegen den

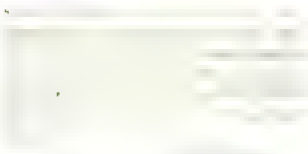


Foto: ...
FAMILIE GE... AT
Heute... Verantwort...

seine Hinrichtung war für ihn das betäubende Ende einer noch betäublicheren und schändlichen Karriere. Er war in keinem Fall ein zufälliger Staatsanwalt, Geschützt durch die Sicherheit, die ihm die Revolver der Polizei und das Gesetz gewährte, wurde er in solchen Ausmaßen unversichert und arrogant, daß er sogar die Abscheu eines Teils der Gerichtsbeamten hervorrief. Er hat nicht gezögert, andere mit absoluter Kälte ins Gefängnis, auf die Folter oder sogar in den Tod zu schicken. Er hat sich das Recht genommen, über das Leben



C - CELLULES C - COMMUNISTES C - COMBATTANTES

... weil werden die Ideen der CCC
... des autoritären Sozialis-
musbildes abgelehnt, ihre Strategie dagegen wird unterschiedlich
... erteilt.

Vor nicht erst noch eine kurze
Zusammenfassung der CCC-Aktionen. Am 2.10.84 explodiert eine
Bombe bei Litton Business Bel-
gium, deren kanadische Filiale
das Steuersystem der Cruise Mis-

Diskussion in Belgien

(Auszug eines Artikels der nieder-
ländischen Anarcho-Zeitung "De
Vrije Pers", 1985)

Seit Anfang Oktober letzten Jahres
haben die CCC in drei Etappen eine
Reihe von Anschlägen durchge-
führt, auf Rüstungsproduzenten,
politische Parteien und last but
not least auf spezielle NATO-Ziele.
Die belgische Justiz reagierte mit
der Einrichtung von Anti-Terror-
Einheiten mit dem schon Namen
Kolleg zur Bekämpfung des Ter-
rorismus und Groupe Interforce
Antiterrorisme, den 19.10.84, nach
dem ersten CCC-Anschlag, schlu-
gen sie in großem Stil zur 120 Haus
durchsuchungen vor allem bei Anar-
chisten.

Nachdem die ersten CCC-Bomben
hochgegangen waren, gab es in
Belgien herlang eine wahre
Bombenmeldungsepidemie. Plötz-
lich war die ideale Aktionsform
für jedermann gefunden, um dem
Feind eins auszuwischen. Beinahe
täglich mußten Banken, Gerichts-
gebäude, Parteibüros u.ä. ge-
räumt werden.

Die belgische Linke reagierte na-
hezu einhellig negativ auf die CCC.
Maoisten, Troztkisten, Kommunis-
ten, einfache Sozialisten und auch
die Grünen erklärten die CCC zu
Polizei-Provokateuren, ohne irgend-
einen Beweis dafür zu haben. Al-
lerdings ist dies verständlich,
wenn man die Ereignisse der letz-
ten Monate in Belgien nüchtern be-
trachtet: Die Affäre Westland-
New-Post, wo mit ziemlicher
Sicherheit Agenten der belgischen
Sicherheit an rechtsterroris-
tischen Aktivitäten beteiligt wa-
ren, und die Gardiner-Affaire, wo
die Friedensbewegung die Verant-
wortlichkeit für einen höchst idio-
tischen Munitionsdiebstahl be-
schuldigt wird, und zwar von einem
bekannten Polizei-Provokateur.
In anarchistischen Kreisen gibt es
unterschiedliche Reaktionen. Ein-



und Schicksal der Anderen zu bestim-
men; dieses Recht haben wir
ihm jetzt genommen.
Er sprach seine Urteile im Namen
des öffentlichen Interesses, ver-
suchte klarzulegen, daß das Inte-

resse aller identisch sei mit dem
Interesse der Chefs und des Staates.
Er hat sich auf das öffentliche In-
teresse berufen und versuchte so,
die gesellschaftliche Einwilligung
zu erwerben für die Verbrechen,
die er täglich verübte, immer im
Namen der Gerechtigkeit.
Ihr alle: Bullen, Richter, Zeitungen,
Parteien und Minister werdet schrei-
en, daß die Demokratie instabil
wird, über die Terroristen, die
vernichtet werden müssen, die
Spitzel, die ihre Arbeit gut machen,
und daß die gesellschaftliche Ruhe
gestört wird.

Für all das erklären wir:
Wir werden nicht die "Demokratie"
der Sondereinheiten achten, die
'Demokratie', die foltert, inhaftiert,
mordet, die ohne Rücksicht die
Kämpfe der Arbeiter, der Jugend-
lichen und der Gefangenen zerschlägt,
die Gefangene und Soldaten "selbst-
mordet", und die auf Demonstranten
schießt.

Wir werden nicht auf die gesell-
schaftliche Ruhe achten, die so-
wieso nie existierte; wir werden
sie nicht achten, weil wir teilneh-
men wollen an einem Krieg, der
euren Schlaf kühlen wird.
Außerhalb der Gesetze und gegen
die Gesetze der Bonzen und des
Staates.
Wir werden unser Schicksal und un-
ser Leben in die eigenen Hände
nehmen.
Athen, März 1965

Organisation KAMPF GEGEN DEN STAAT

Am 16. 5. 85 sind zwei Leute der
Gruppe "Kampf gegen den Staat",
während sie ein Motorrad abholen
wollten, in eine Polizeifalle geraten.
Bei der Auseinandersetzung ist ein
Polizist sofort getötet worden und
ein Mitglied der Gruppe, Christos
Tsoutsouvis, durch Polizeikugeln
gefallen. Die beiden anderen Poli-
zisten sind später gestorben. Das
andere Mitglied der Gruppe konnte
verwundet fliehen.
Die Zeitungen brachten danach
groß die Nachrichten, Christos sei
von seinen Genossen getötet worden.
Angeblich gab es dafür "sogar mehr-
ere Augenzeugen". Diese Nach-
richt wurde auch im Ausland ver-
breitet und von der Taz kommen-

tiert abgedruckt. Teil der späteren
Untersuchung im Krankenhaus wurde
dann festgestellt, daß Christos
von Polizeikugeln getötet worden
ist. Aber - wie üblich - kam diese
zweite Meldung ganz kurz irgend-
wo versteckt und auch nur in eini-
gen griechischen Zeitungen, um die
Leute weiterhin als mutmaßliche
Mörder darstellen zu können, die
ihre Freunde lieber töten, als sie
lebendig der Polizei zu überlassen.
Christos Tsoutsouvis konnte nicht
gleich identifiziert werden, sondern
erst am nächsten Tag durch seine
Fotos in der Zeitung. Als die Poli-
zei in seine Wohnung kam, waren
viele Sachen verschwunden. Die
Bücher - darunter "die Anarchisten"
von Tsoll, ein Buch mit Texten der
RAF und viele andere historische
Bücher - waren in einer mit Was-
ser gefüllten Badewanne, damit
die Fingerabdrücke verschwinden.
Es wurde auch ein kleines Verwei-
flichungsgerät und das Original
der Erklärung zur Aktion am 1. 4.
gefunden. In dem Haus haben 3 Leu-

te gewohnt. Die Polizei hat erst-
mal einen totalen Terror verbreit-
et, ohne Angaben über Namen und
Zahl der Festgenommenen zu ma-
chen. In der Zeitung gab es z. B.
Äußerungen wie - "bei uns sitzt kei-
ner in U-Haft, aber wenn einer
sitzen würde, würden wir es auch
sagen." Sonst kam nur lauter Un-
sinn von einem "großen Kampf" im
Ausland, der alle kämpfenden Gu-
errillagruppen in Athen steuert,
ohne daß diese es selber wissen
Was ihnen daran auch wichtig war,
war Zusammenhänge zwischen den
Gruppen "KAMPF GEGEN DEN
STAAT" und "17. November" her-
zustellen. Jetzt wird nach zwei
Leuten gefahndet, deren Fingerab-
drücke in der Wohnung von Christos
gefunden sein sollen. Ihre Angehöri-
gen und Freunde werden seither
terrorisiert und unter Druck ge-
setzt.

Hier ist die Erklärung von Geor-
gios Balafos - einem der beiden
nach denen gefahndet wird - mit
dem Titel "für alle, die es interes-
siert", die am 14. 6. 85 in den Zei-
tungen veröffentlicht wurde. Dazu
ist zu sagen, daß er vor einiger
Zeit die Staatsanwaltschaft in Athen
informiert hatte, daß er dort er-
scheinen würde. Er hatte auch den
Zeitraum angegeben. Diese Infor-
mation war an die Polizei weiterge-
geben worden, die daraufhin zentra-
le Stellen observierte, um ihn vor-
her festzunehmen und der Kripo zu
übergeben. Georgios scheint jedoch
die Falle bemerkt zu haben und ist
nicht erschienen.

Am 22. 5. 85 habe ich in der Zei-
tung mein Foto gesehen, zusammen
mit dem Hinweis der Polizei in dem



... als erfahrenen, gefährlichen, registrierten Kriminellen, Terrorist, Mörder, Räuber bezeichnen. Sie haben gesagt, daß sie nach mir fahnden und hinzusetzen, der versteckt sich sehr sorgfältig und konnte trotz aller Ermittlungen noch nicht aufgespürt werden. Zum Schluß geben sie Telefonnummern an, bei denen Denunzianten anrufen können, um zu helfen". Eine altbekannte Methode, Spitzel gibt es überall. Dazu möchte ich folgendes erklären: 1. Mit der Charakterisierung als erfahrener, gefährlicher, registrierter Krimineller "bezieht sich die Polizei darauf, daß ich 1978 wegen des Klauens einer Jacke zu 7 Monaten mit Bewährung verurteilt wurde. Ansonsten bin ich insgesamt 5 Tage im Knast gewesen, wegen "Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung" und nicht 7 Monate, wie die Polizei ganz bewußt durch die ihr nahestehende Presse verbreiten läßt

himmlische Führer bzw. Parteien dem einfachen Menschen niemals zu seinem Recht verholfen haben bzw. verhelfen werden. Das was sie machen, ist, jeden von uns für die Interessen des Parteiapparats und der wirtschaftlichen Faktoren die ihn stützen, total aufzusaugen. Aus diesem Grund habe ich es abgelehnt, mich irgendeiner Partei oder Organisation anzuschließen

2) Die bei der Kripo vorherrschende Denkweise und ganz allgemein die Methoden der Polizei bei ihren Versuchen, Schuldgeständnisse in Abwesenheit des Anwalts und ohne Beweise zu erpressen, sind mir auch persönlich bekannt (für das Vergehen, das ich vorher bereits erwähnt habe haben die Faustschläge, Fußtritte und Verprügeln haben sie mich mit drei Ruten solange geschlagen, bis diese zerplatzten. Das ist schon die heutige Leiter dieser Dienststelle, Tsan... Bestiar... in Griechenland

ruheliegenden Ereignissen mit gleichem oder noch brutalerem Vorgehen der Polizei, die sowieso jedem bekannt sind) 5) Die Methoden, mit denen die Polizei in Zusammenarbeit mit ihr nahestehenden Redakteuren einiger bekannter Zeitschriften "Schuldige" produziert, sind bekannt. So schreiben sie in meinem Fall u. a. im Zusammenhang mit der Wohnung, in der ich wohne, wenn ich in Athen bin - obwohl Ihnen bekannt ist und es vom Eigentümer bestätigt wurde, daß sie im Namen von B. Michou gemietet ist und das Telefon von einem früheren Angestellten des deutschen Instituts, Barrie Sesil, übernommen wurde - mit einer riesigen über zwei Seiten gehenden Überschrift "Beide hatten einen Decknamen". Außerdem schreiben sie, daß ich ein Boot gekauft habe, obwohl sie durch das Material, daß sie bei mir zuhause gefunden haben, wissen, daß ich es selber in meiner Freizeit in den Jahren 82-83 ge-



2) Wir sind Verwandte von Christos Tsoutsouvis, kommen aus Nachbardörfern und haben das gleiche Gymnasium besucht. Für eine kurze Zeit - als er nach der Diktatur nach Griechenland zurückkam - haben wir mit ihm zusammen im Haus von Freunden gewohnt. 3) Meine politischen Ansichten die der Polizei bekannt sind, gehen davon aus, daß weder irdische noch

der Polizei zeigt sich auch gegenüber jeder Äußerung gesellschaftlichen Ungehorsams. (Die Ereignisse im Chemieinstitut, Exarchia mit Festnahmen und Schlägereien in den Polizeibussen und bei der Kripo - Gerüchte über zwei Tote durch Stockschläge der MAT¹⁾ und MEA²⁾ und vieles mehr, ganz zu schweigen von den vielen zu-

baut habe und es im Dezember 83 zerstört wurde. Um ein 'günstigeres' Klima zu schaffen, haben sie außerdem geschrieben, daß ich ein mäßiglicher harter Mörder sei u. a. Mit allen diesen zielgerichteten Lügen - und ich bin sicher, daß dies noch nicht alles war - erzeugen sie ein solches Klima, daß es natürlich erscheinen wird, wenn



der "Schuldige" auf der Straße von einer "Spezialeinheit" hingerichtet wird oder für 18 Monate in U-Haft in Koridalos eingesperrt wird. Danach läuft es je nach politische Klima so, daß sie ihn entweder feierlich entlassen (und die Lügner verkaufen das auch noch als ihre Liberalität), oder ihn für so viele Jahre, wie sie wollen, verurteilen, damit sie nicht als Deppen dastehen, die ihn ohne Grund festgehalten haben. Solche Fälle, aktuelle und auch bereits vergangene, sind denen, die die Augen offenhalten wohlbekannt.

6) Bei den Wahlen, die vor kurzem stattgefunden haben, haben in dem Zweikampf beide Kontrahenten versucht, das Blut von Gisi auszuschlachten, um ihre Prozentanteile zu vergrößern.

Auf beiden Seiten haben die Zeitungen um die eindrucksvollsten Lügen gewetteifert und die unter diesem Druck Wehrlosen zu Sündenböcken gemacht - die, nach denen gefahndet wird, und die von der Polizei als Räuber und "Terroristen" bezeichnet werden. In letzter Zeit ist die Polizei mit Knarren in der Hand in mehrere Häuser eingedrungen - auch in meine - zerbroch, zerstörte und beschlagnahmte dabei persönliche Sachen, ohne Rücksicht darauf, was das für die Betroffenen in Bezug auf die Nachbarn und das gesellschaftliche Umfeld heißt. Ausserdem nimmt sie willkürlich Bekannte von mir fest und hält sie fest, und versucht unter dem Druck von allen möglichen Drohungen, Aussagen zu erpressen, mit denen sie eine Anklage gegen mich begründen kann. Alles ohne die Anwesenheit eines Anwalts. Aus dem was ich gesagt habe, wird klar, warum ich mich "sorgsam verstecke". Ich halte meine politische

Einstellung oder die Tatsache, daß ich Christos Tsoutsouvis kannte, nicht für ein Verbrechen. Ich war nie bewaffnet und bin es auch jetzt nicht. Ich denke, daß mein Leben durch die Fahndung der Polizei und die ihr nahestehende Presse in Gefahr ist. Ich erkläre sie für verantwortlich, wenn ich eines Tages von den Händen der Polizei hingerichtet gefunden werde. Eine Waise können sie mir immer in die Hand drücken. Wir dürfen den ermordeten Spiropoulou in Kallithea, den Arzt Tsiromi in Faliro und alle anderen nicht vergessen.

Georgi s Balafas

Anmerkungen

- 1, uniformierte und
- 2) zivile Sonderreinheit der Polizei
- 3) damit wollten sie ihn mit illegalen Geldbeschaffungsmaßnahmen in Zusammenhang bringen.



Am Sonntag, den 17. November ist in Athen im Anschluss an eine Demonstration mit 200 000 Menschen anlässlich des 12. Jahrestages des Studentenaufstandes gegen die faschistische Obristendiktatur der 15-jährige Michailis Kaltezis von den Bullen erschossen worden.

Die Demonstration, bei der mit anti-amerikanischen Parolen der Austritt Griechenlands aus der NATO gefordert wurde, ging zur amerikanischen Botschaft. Danach wurde ein Büro der südafrikanischen Fluggesellschaft und ein Cafe des Hilton-Hotels angegriffen.

Am Exarchia-Platz, dem bekannten Treff der Athener Anarchisten provozierten die Bullen. Beim Zurückdrängen der Bullen wurden auch Mollied auf Einsatzfahrzeuge geworfen. Daraufhin wurde von den Bullen scharf geschossen und eben Mi. Kaltezis ermordet. Kurz darauf wurde als Reaktion das chemische Institut besetzt. Entgegen früherer Fälle erlaubte der Senat des Instituts der Polizei, das Gelände zu betreten. Daraufhin stürmten die Bullen das chemische Institut und verhafteten 37 Personen. In den folgenden Tagen fanden mehrere militante Demonstrationen statt.

siles entworfen und gebaut hat. Einen Tag später wird eine Anzahl Lastwagen angesteckt, auf einem Parkplatz der Firma MAN, Konstrukteur der Pershing-Panzerzeugs. Am 10. November 1984, Honeywell, unter andere Lieferant elektronischer Teile für das CIA-Steuergerät. Am 15. 10. 84 geht eine Bombe in einem Brüsseler Untersuchungszen-

der Liberalen Partei - PVV - später wird das erste Volksparlament von Premierminister, schwerer Luftwaffenminister der Regierung. Am 12. 4.

werden 5 Anschläge über das Land verteilt auf NATO-Pipelines durchgeführt. Am 14. 1. 85 trifft ein Anschlag das SHAPE-Gebäude in Brüssel. Im Kommuniqué hierzu heißt es, daß damit die erste CCC-Kampagne abgeschlossen sei. Was denkt nun das anarchistische Belgien über die CCC?

In einem Artikel aus KNACK vom 21. 11. 84, in dem mehrere Anarchisten befragt wurden, finden wir vor allem negative Reaktionen. Ludo von der Genter Gruppe Zwart en Rood erklärt: "Es ist Unsinn, uns mit den CCC zu vergleichen. Es gibt einen deutlichen ideologischen Unterschied. Sie versuchen durch ihre Anschläge den Repressionsapparat anzuheizen, bis er die Grenzen überschreitet und die Menschen sich dagegen erheben. Sie wollen aus ihrer kommunistischen Sicht heraus die Vorhut sein, während Anarchisten bestimmt nicht für andere bestimmen wollen, was für sie gut ist." Francis vom Anarchistischen Kollektiv, ebenfalls aus Gent, führt aus, daß ein Anarchist gegen jede Form von Unterdrückung und Macht ist. Wir erstreben eine gewaltlose Gesellschaft, und es wäre eine Verleugnung unseres Ideals, wenn wir Bomben gebrauchen, um dieses Ziel zu erreichen. Um es mit einem Klischee auszudrücken: Der Zweck heiligt die Mittel nicht. Die Spürhunde waren bei uns also an der verkehrten Adresse, aber wir wurden so doch nochmal mit Bombenlegern zusammen geworfen und in die kriminelle Ecke gerückt.

Babar von der Brüsseler Gruppe 22. März wendet sich erst einmal vollmundig gegen das Ideengut der CCC, das Hierarchie und Autorität ausstrahlt, das jeden Respekt vor einer pluralistischen Gesellschaft vermissen läßt, das eine

Diktatur über das Proletariat verteidigt, das die individuelle Dimension negiert, Verstaatlichung des gemeinschaftlichen Lebens verteidigt usw.... Die Emanzipation der Arbeiter ist eine Sache der Arbeiter selbst und nicht irgendeiner Avantgardegruppe, die ihren Willen mit Gewalt aufzwingen wollen, so Babar. "Wir denken nicht, das die vereinzelt Anschläge gegen Rüstungsproduzenten die Kriegsmaschine stilllegen werden" erklärt er. Vielmehr gehe es um die Mobilisierung jedes einzelnen von uns, wovon alles abhängt. Anstatt Zorros Bomben zu applaudieren, wählen wir die Waffe der aktiven Verweigerung unserer Mitarbeit. (Babar in "Alternative Libertaire", November 84)

Unter Anarchisten lassen sich allerdings auch andere Töne vernehmen. "Het Volksgebt" aus Antwerpen eröffnete einen Artikel über die CCC so: "Es wurde Zeit, endlich haben auch die belgischen Proletarier die Waffen zur Hand genommen. Die Versammlungen von Ches und Ulrikes nennen sich in Belgien CCC. Argumente finden wir weiter nicht in diesem Artikel, weil direkt übergegangen wird auf eine Ironisierung der allgemeinen linken Distanzierungen von den CCC."

In einem Flugblatt erklärte sich die anonyme "Anarchistische Zelle" mit den CCC solidarisch:

"Nach den Geschehnissen in Schaarbeek um die Faschisten Nols und Le Pen, nach der Enttuschung des Widerstandes gegen die Atomraketen, der VMO-Blockade, dem Marsch der Jugend..., hat auch die Anarchistische Zelle beschlossen, einen Guerillakampf zu führen", wobei man die Mittel der CCC übernehmen will. "Es sind nicht die Bomben der CCC, sondern die sogenannten Volksvertreter, die die Demokratie bedrohen und anderen ihren Willen aufzwingen. Ihr Leben ist wertlos, ihre Seele verkauft,..." so diese Zelle

In einem Diskussionsvorschlag im Zusammenhang mit dem breiten anti-imperialistischen Kampf", einem Text, der auf Solidaritätsveranstaltungen zu letzten RAF-Hungerstreik vertellt wurde, erklärt der unbekannte Autor: "Es ist voreilig, sich sofort vom bewaffneten Widerstand z.B. der RAF oder der CCC zu distanzieren. Politische Aktion, in welcher Form auch immer, ist immer eine Äußerung von Idealismus, d.h. Selbstaufopferung zur Verbesserung der Gesellschaft. Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, daß die RAF und CCC diesen Idealismus bis zum äußersten treiben. Sie schneiden sich selbst jeden Weg zurück ab. Sie handeln aus Sorge über schlechte Zustände und wagen ihr Leben in einem Versuch, diese zu verändern. Natürlich kann man über die gebrauchten Mittel diskutieren. Aber wir müssen berücksichtigen, daß Blumen in Gewehrläufen nichts wesentliches verändert haben und 15 Jahre demonstrieren auch nicht. Haben Menschen nicht das Recht, neue Aktionsmittel auszuprobieren? Ist eine öffentliche Kriegserklärung nicht eine verständliche Reaktion, wenn sich jemand der Grausamkeit des Systems in der er lebt, voll bewußt wird? Sind wir nicht bange Feiglinge, wenn wir - bei all unserem Wissen - diese Konsequenz nicht ziehen?"

Und nun noch ein paar eigene Anmerkungen zu den CCC. Es ist deutlich, daß die "Diskussion", die bisher in Belgien geführt wurde, höchst armselig war. Aus verschiedenen Kreisen wurde immer wieder suggeriert, daß die CCC aus dem rechten Lager kämen, weil das ein bequemes Totschlagargument ist, wenn man strategisch mit jemandem nicht übereinstimmt. Es ist auch äußerst unsinnig, die CCC für die heutzutage Zunahmen der Repression verantwortlich zu machen, weil die jetzt durchgeführten Staatsprojekte, wie "Groupe Interforce" schon viel länger konkret geplant waren und auch mit jedem beliebigen anderen Anlaß verwirklicht worden wären.

Im heutigen politischen Kontext in Belgien gesehen, hat das Entstehen der CCC etwas durchaus logisches. Die Friedensbewegung hat - durch die politische Manövriererei ihrer Leitung - auf der ganzen Linie versagt. Mehr als 5 Jahre Mobilisierung großer Massen haben NICHTS gebracht - die Raketen wurden zum vorgesehenen Termin aufgestellt! Diverse Umfragen zeigen, daß sich die Friedensaktivisten in diesem politischen Zirkus ohnmächtig fühlen. VAKA und andere Kanalisierungsgruppen der Friedensbewegung haben bei jedem Wort zu den Raketen stets sofort den gewaltlosen Charakter

näher bringt. Niemand in diesem Land - von einigen anonymen anarchistischen Kommunikationen abgesehen - hat auch nur ein positives Wort über die CCC verloren, im Gegenteil hat es geradezu Distanzierungen geregt. Die CCC haben auch keinen Anlaß gegeben zu einer Ausbreitung harter Aktionen - außer möglicherweise der Anti-Raketen-Gruppe "Don Quichotte", die in den letzten Wochen einige nette Aktionen verübt haben. Ich finde, daß die CCC das vollste Recht haben, Rüstungsproduzenten bewaffnet anzugreifen, weil ich mir selber keine andere Möglichkeit vorstellen kann, diese Mordgeräte zu stoppen. Es ist klar - und die CCC geben das auch zu -, daß es dabei nicht bei einer Aktion bleiben kann, sondern dies zur Praxis vieler Gruppen werden muß. Diese Fabriken machen enorme Profite mit ihrer Produktion. Der ihnen zugebrachte Schaden muß diese Gewinne in Verluste umkehren....

Die Angriffe der zweiten CCC-Kampagne auf politische Parteien finde ich vollkommen falsch. Man kann Parteien nicht unter Druck setzen, wenn sie sich als Märtyrer präsentieren können. Eine Partei wird durch ihre Wählerschaft groß gemacht, und dieses Verhältnis muß zerstört werden.

Kommen wir dann zur dritten Serie von Aktionen der CCC, die sich gegen die NATO-Infrastruktur richtete. Ich finde es gut, wenn die Arbeit dieser Bande sabotiert wird, was natürlich auch wieder massenhaft gemacht werden müßte. Allgemeine Sabotage setzt voraus, daß man Unterstützer sucht und daß man seine Gründe den Friedensgruppen darzulegen versucht. Leider versuchen die CCC kaum, mit anderen Gruppen in Kontakt zu treten. Verwerflich finde ich, daß die CCC Menschen persönlich angreifen will. Jede Aktionsgruppe, die von einer großen Gruppe anderer anerkannt werden will, muß sich nach einer gewissen Ethik richten. Ich selbst lehne die Todesstrafe völlig ab und sehe keinen Grund, warum sich irgendeine Gruppe dieses Recht zusprechen könnte. Mit Morden und Geiselnahmen kommen wir auf eine andere Ebene der Gewalt und dann wird die Diskussion völlig irrational, dann verschwinden die Motive vollständig hinter der kriminalisierenden Gewalt der Medien. Ein Sabotageakt hat immer etwas logisches in sich: Man will etwas mörderisches stillen, und wenn man massenhaft dagegen vorgeht, wird man es tatsächlich stillen.

Luc Vanheerentaals



ter des Widerstands betont. Weil "härtere Aktionen" innerhalb der Friedensbewegung praktisch nicht besprochen werden konnten, ist es logisch, daß sich irgendwann ein harter Kern vom gewaltlosen Teil spaltet, so bedauerndwert das eigentlich ist. VAKA und andere Repräsentanten der Friedensbewegung haben dann auch überhaupt nichts von den CCC begriffen und haben deren Aktionen immer abgewiesen und ohne Argumente in die Ecke der Polizeiprovokation gedrückt.

Andererseits haben die CCC voll daneben, wenn sie in ihrer Bilanz behaupten, sie hätten eine politische "Bewußtmachung" des Proletariats erreicht, die diese Klasse der kommunistischen Revolution einen Schritt

NEUES AUS DEN KOLONIEN

REGIONALWAHLEN IN NEUKALEDONIEN

Dieser Artikel ist eine Fortsetzung des Beitrags "Solidarité avec le peuple kanak" aus der letzten Aktion.



In Neu-Kaledonien wurde am Sonntag, 29.9.85 gewählt. 72 500, also ca. 80% der eingeschriebenen Wähler/innen haben 46 Regionalabgeordnete gewählt. Dazu wurde Neu-Kaledonien in 4 Regionen aufgeteilt: (siehe auch Kasten) Region Süd, Nord, Zentrum und Iles Loyauté. Im Gegensatz zu den Nationalwahlen im Nov. 84 zu deren Boykott die FLNKS (Front de Libération Kanak Socialiste) erfolgreich aufgerufen hatte (knapp die Hälfte blieben zu Hause) nahm sie als FLNKS an den Wahlen teil. Desweiteren waren zu wählen die RCPK, Partei der franz. Einwanderer, die sich gegen jegliche Autonomie der Kanaken stellt und an der Ausbeutung der Rohstoffe interessiert; und noch die LKS, eine gemäßigtere Fraktion der Kanaken, die aber bei dieser Wahl fast keine Abgeordnete mehr in die Regionalparlamente brachte.

So waren die Wahlergebnisse ein genauer Ausdruck der politischen Verhältnisse in Neu-Kaledonien; in den drei Regionen Nord, Zentrum und Iles Loyauté, wo die Kanaken die Mehrzahl der Bevölkerung stellen, wurden

genau dementsprechend die Kandidaten der FLNKS und in weit geringerer Maße der LKS gewählt. Dagegen im Süden, dem Wirtschafts- und Verwaltungszentrum Neu-Kaledoniens mit einer starken Mehrheit von französischen Einwanderern, den "Caldoches", wurde die reaktionäre Partei RCPK eindeutiger Wahlsieger.

Mit dieser Wahl hat es die FLNKS zwar geschafft in drei Regionen die legislative Verwaltung zu übernehmen, aber, daß sehen sie nicht anders, die wahren Machtfaktoren wie z.B. Wirtschaft, Militär und Ausbildung verbleiben weiter in den Händen der "Caldoches". So ist der Parteivorsitzende der RCPK, Mijôh Jacques Lafleur, der Hauptaktionär (sprich Mehrheit) der zweitgrößten Nickelminenengesellschaft und ganz nebenbei Besitzer von 36 000 ha (360

km²) Neu-Kaledonischen Bodens, den er bestimmt nicht von den kanakischen Ureinwohnern geschenkt bekam! Mit dem Nickel hat es eine besondere Bewandnis (s??, wer schenkt uns 'nen Duden?!); über 40% der bekannten Nickelreserven auf der Welt befinden sich in, um Neu-Kaledonien. Das Geschäft damit machen natürlich die französischen Einwanderer, die die Eigentümer der Minen sind und die französischen Firmen ELF-Erap, ELF-

Aquitaine und IMETAL, die die Weiterverarbeitung und Export des Nickelerz bzw. des Nickels unter ihrer Kontrolle haben. Die Umsätze dieser Landschaftszerstörenden (da zum Teil Tagebau) Rohstoffausbeutung betragen jährl. ca. 200 Mill. DM, und die daraus entstehenden Reingewinne, etwa 1/3 des Umsatzes fließen nur in die Taschen der Aktionäre und Eigentümer (innen wird's wohl kaum geben) in Frankreich oder Neu-Kaledonien. Die, die diese "Reichtümer" aus dem Boden ihrer Vorfahren buddeln und in den Fabriken weiterverarbeiten haben wie üblich das Nachsehen. (Wie in der letzten "Aktion" beschrieben entziehen sich ein Großteil der Kanaken diesen Verwertungsbedingungen und es gibt eine große Anzahl von "Arbeitsimmigranten" aus dem südpazifischen Raum. Zur gewerkschaftlichen Organisation siehe ebenfalls letzte "Aktion").

Und falls sie auf die auf den Gedanken kommen sollten sich 'nem ruhigeren und besser bezahlten Job in der Verwaltung oder in anderen "höherqualifizierten" Bereichen zu suchen, haben sie das "Pech" zu einer Menschenklasse zu gehören, der Menschenklasse zu gehören, denen, die für die Caldoches und andere Weiße reservierten Ausbildungs- und Schulplätze verwehrt werden.

Uff, jetzt reicht's mir und ich verweise noch auf ein längeres Interview mit zwei Kanakis in der "al-hambra zeitung" vom Okt. 85, kostenlos zu beziehen bei dem "al-hambra zeitung" Kollektiv c/o Hermannstr. 83 2900 Oldenburg

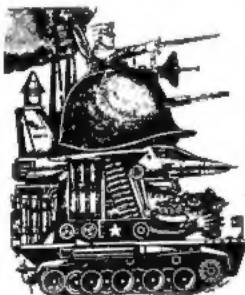
Nitro

DER FABIUS-PLAN (1)

Es ist vorgesehen, daß in Neu-Kaledonien vor dem 31.12.87 eine Volksabstimmung über die Annahme der von der franz. Regierung vorgeschlagenen Unabhängigkeitsassoziation mit Frankreich durchgeführt wird. Alle Bewohner des Territoriums sollen abstimmungsberechtigt sein.

Bereits im Herbst 1985 ist das Territorium in vier Regionen aufgeteilt worden, deren Bewohner jeweils zur Wahl von Regionalversammlungen aufgerufen sind. Die Mitglieder aller Regionalversammlungen bilden den Kongress, das Parlament Neu-Kaledoniens. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Reformen werden direkt zwischen den betroffenen Regionen und dem franz. Staat ausgehandelt. (Freiheit dieser Plan einer "sozialistischen" Regierung). Wichtige Entscheidungen in der Neu-Kaledonienpolitik werden unmittelbar vom frz. Kabinett ohne Beteiligung (ach ja ??) der Nationalversammlungen getroffen. Militärisch will Frankreich seine Präsenz durch den Ausbau einer Militärbasis in Nouméa (Hauptstadt im Süden) verstärken.

(1) Franz. Premierminister (Würg!)



Australien

Eine massive Streikwelle überrollte Queensland (N.E. Australien), nachdem die Staatsregierung unter Führung des ultra-rechten Bjelke-Peterson strikte anti-Gewerkschaftsgesetze durchsetzen wollte. Die Arbeiter legten vorbeugend den gesamten Bahn-, Luft- und Seeverkehr des Staates lahm, der größte Teil des LKW-Verkehrs wurde ebenfalls gestoppt. Die Blockade verhinderte die Einfuhr von über 2 Millionen Tonnen Fracht nach Queensland. Zur Unterstützung wurden auch noch Telefon und Postdienste unterbrochen. In dieser Zeit waren Demonstrationen verboten, die Streikenden scherten sich aber nicht darum. Mehr als 1000 Kraftwerksarbeiter traten in den Streik, obwohl sie per Gesetz ein generelles Streikverbot haben. Dieser Streik war ein unabhängiger, zumal Gewerkschaften mit einer Geldstrafe von Aust. \$ 30.000 bestraft werden, falls sie ohne vorherige Information der Ausbeuter streiken. Die Kraftwerksarbeiter wurden sofort gekündigt, Peterson bot ihnen jedoch die Wiedereinstellung an, falls sie

1) einen Pakt mit Streikverbot unterschreiben,
2) wöchentlich zwei zusätzliche Stunden arbeiten,
3) alle 14 Tage einen freien Tag vom Schichtausgleich opfern und
4) die Namen von Streikführern nennen würden.
Dazu stand die Drohung im Raum, ein Gesetz anzuwenden, nachdem die einzelnen Arbeiter bei einem Streik zu 1000 Aust. \$ "Strafe" verurteilt werden können. Doch anstatt auf diese Unverschämtheiten einzugehen, setzten die Arbeiter auf Solidaritätsaktionen. Der erste Akt war die komplette Stromversorgung von Brisbane, der größten Stadt Queensland's, zu kapen. Dort ging das Licht buchstäblich aus. Unterstützung kam auch aus anderen Branchen, von den Bergarbeitern, den Bauarbeitern, den Eisenbahnelektrikern... Die Gewerkschaft der Seeleute verhängte einen Ölboycott über den Staat.

Wie beim Generalstreik in Dänemark, versuchten auch hier die Gewerkschaftsbosse der Australian Trade Union Confederation (ATUC) und der Labour Party den Streik zu brechen. Dies gelang ihnen aber nicht einmal ansatzweise, denn die Aktionen waren von den Basisgruppen, der rank and file Bewegung, organisiert worden. Die Bundesregierung in Canberra ist wegen der Unruhe in Queensland besorgt, stören die Aktionen

MELBOURNE

1.-4. MAI '86



MELBOURNE

1.-4. Mai 1986

Begegnungen, Filme, Diskussionen, Versammlungen u. s. w.
Zur Aktualität des Anarchismus

1986 entstand in Melbourne die erste anarchistische Gruppe: der "Melbourne Anarchist Club". Fünfzehn Jahre nach den Ereignissen in Europa entstand somit die erste australische anarchistische Bewegung. Ein Jahrhundert später organisieren die Genossen jenes fernen Inselkontinents eine Reihe von Initiativen, die in MELBOURNE VOM 1.-4. MAI 1986 stattfinden werden. Es handelt sich um die AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS.

des Herrn Bjelke-Peterson doch arg das Ansehen Australiens als "normaler demokratischer Staat". So brütet die sozialdemokratische Bundesregierung über Plänen, die Elektrizitätswerke zu verstaatlichen (aufzukaufen) und die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, doch ist in der Zwischenzeit so viel passiert, daß eine billige Integrationspolitik nicht mehr zieht.

(Quelle: New World, DAM/IAA)

Nächstes Jahr gibt es weitere bedeutsame Jahrestage für die anarchistische und allgemeiner gesprochen für die internationale Arbeiter- und sozialistische Bewegung:

Nächstes Jahr jährt sich zum hundertsten Mal die "legale" Ermordung jener Anarchisten in den USA die als "Märtyrer von Chicago" in die Geschichte eingegangen sind. Zu ihrem Gedenken wurde der 1. Mai zum internationalen Tag des Kampfes und der proletarischen Solidarität erklärt. Es jährt sich zum fünfzigsten Mal der Beginn der spanischen Revolution, in der die Anarchisten eine Schlüsselrolle spielten.

In der Einladung der AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS wird ausdrücklich auch auf diese Jahresdaten hingewiesen. Aber es wird besonders hervorgehoben, daß es sich nicht um einen rein historischen Rückblick handeln soll. Im Mittelpunkt wird vielmehr die Aktualität anarchistischen Denkens und Handelns stehen und es wird danach gefragt werden, mit welchen individuellen und gesellschaftlichen Mitteln heute Veränderungen möglich ist. Das Programm sieht die Begegnung von Anarchisten aus allen Teilen der Welt vor. Geplant ist ferner ein anarchistisches Filmfestival und ein libertäres Kulturangebot, Versammlungen und Diskussions-treffen.

Die Teilnahme an den verschiedenen Arbeitskreisen stehen Interessierten aus der ganzen Welt offen. Für Informationen über die AUSTRALIAN ANARCHIST CENTENARY CELEBRATIONS und über den Aufenthalt in Australien oder für Geldüberweisungen (Spenden sind willkommen) usw. könnt ihr euch direkt an das Organisationskomitee wenden:

A.A.C.C., P.O. Box 20, Parkville 3052, Melbourne Australia. Unter dieser Anschrift könnt ihr aktuelles Informationsmaterial der Veranstalter bestellen. Zwei weitere und genauere Informations-schriften werden zwischen Ende Oktober und März 86 erscheinen.

FAU

direkteaktion

I.A.A.

Initiative Freie Arbeiter-Union

* ANARCHO-SYNDIKALISTEN *

Internationale Arbeiter-Assoziation

Redaktion und Vertrieb:
Ortsgruppe Dieburg
Postlagerkarte 060926 A
6110 Dieburg

Redaktionschluß für Nr. 56

22.02.86

KARLSRUHER
STADTZEITUNG

REPRINT

der wichtigsten Artikel
der letzten zehn Hefte



Klassenkampf und Käse - Operation 82 -
"Arbeitslosigkeit" - Sozi-Zwangarbeit -
Erfahrungsberichte - Militante Untersuchung
Arbeitszwang in Vietnam - u.a.

das Heft entspricht einer Dreifach-Nummer
und kostet 5 Mark.

Ende August erscheint die Nr. 30, Inhalt:
Produktionsarbeiter in der Elektronik-Industrie,
Kassakämpfe in Frankreich, "Sozialstaat" II u.a.

nach lieferbar: Nr. 31 und Nr. 33

Das Einzelheft kostet 9,20 DM, das Abo 10 Mark für vier
Nummern (jeweils incl. Porto und Verpackung). Früher:
Abo ab 30,- Bestellen durch Überweisung auf Kto. Nr.
1367 03 - 195 Pongitz Karlsruhe. Die Bestellungen kann
innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.

TheKla

DIE WOBBLES

Außerdem haben wir nachgedruckt, so daß jetzt
TheKla 5, 6 und 7 sowie Wobbles Bd. 1, 2 und 3
lieferbar sind. Einzel 7,- DM, ab drei Büchern
je 6,- DM, ab zehn Büchern je 5,- DM (jeweils
incl. Porto und Verpackung).

Adr.: Postfach 3644 7500 Karlsruhe.
Tel.: 0721 / 85 64 61

MODERNE WERKE
ZUM ANARCHISMUS

Gert Holzappel: Vom schönen
Traum der Anarchie/Anarchismus
und Neue Linke in der BRD
(Argument-Verlag, 1984) 386
S. DM 32,00

Colin Ward: Anarchismus als
Organisationstheorie/W.O.
Reichert: Anarchismus, Freiheit
und Macht (Windruck-Verlag)
64 S. DM 3,00

Die Lust am Aufruhr/Texte
aus der neuen Jugendbewegung
(Living-Guerilla-Verlag, 1981/82)
28 S. DM 2,00

Alternative sofort! Ein libertäres
Programm aus Portugal (Verlag
Monte Verita, 1980/81) 48 S.
DM 6,50

Selbstverwaltung - Die Basis
einer befreiten Gesellschaft/
Beiträge vom Kongreß in Ven-
edig 1979 (Freiburger-Verlag,
1981) 190 S. DM 14,00



ANARCHES MEDIEN
MÜLLER 28
5270 GUNNERSBACH 31



JOSE FRITZ

Politische Buchhandlung
& modernes Antiquariat
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg i. Br.
Telefon (0761) 2 68 77



Internationales Journal
zur Kultur der Anarchie

Probenummer gegen 2,- DM
in Briefmarken
Abo für 5 Hefte gegen 10,- DM
auf das Postscheckkonto Esn
2613 45 - 456 (Peterson)

TRAFIK-Peterson, Mühlenkamp
42, D-4330 Mülheim a. d. Ruhr 1



Die ANDERE
Gewerkschaft:
Freie Arbeiter Union

Wer wir sind, was wir
wollen. 3. Auflage, 52
Seiten, Preis 3,00 DM

Plk. 092 822 A, 5K6ln 1

Rudolf Rocker

EIN LEBEN FÜR DEN REVOLUTIONÄREN SYNDIKALISMUS

Biographie von Fritz Kater



Diese Broschüre ist von der FAU-
IAA Hamburg neu aufgelegt worden
und für 1,20 DM + 0,50 Porto bei
der AKTION oder direkt beim Ver-
lag Folkert Mohrhof, Methfesselstr.
18, 2000 Hamburg 20.

Plakatieren macht Spaß !

Immer suttje durch den Alltag ...

"Wildes" Plakatieren ist ein beliebtes und weitverbreitetes Mittel zur Stadtteilverschönerung, Ankündigungen von Veranstaltungen, Demos, Feiern und Festen oder zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Trotzdem gibt es immer wieder "Aktivbürger", denen das nicht passt. Die meckern, Plakate wieder runterreißen oder die Bullen rufen. Und die Bullen sind nach wie vor spitz drauf, Plakatierer zu erwischen, Personalien aufzuschreiben, Plakate zu beschlagnahmen. Wenns hart kommt, schleppen sie Leute auf die Wache, meistens zum Einschüchtern, aber auch in der Hoffnung, ihnen eine "Straftat" anhängen zu können. Aber so einfach ist das nicht! Grundsätzlich gilt erstmal, dass es nicht verboten und auch nicht strafbar ist, mit Plakaten das Strassenbild zu beleben, wenn folgendes beachtet wird:

- Auf dem Druckwerk muss ein presserechtlicher Verantwortlicher stehen, (VidP!... Ob der noch lebt, muss dich als Plakatierer nicht interessieren.)
- Der Inhalt des Plakats darf keinen Strafbestand erfüllen, z.B. zu strafbaren Handlungen aufrufen, (Wenn ihr euch da nicht sicher seid, diskutiert vorher, wie ihr damit omgeht.)
- Beim Verkleben darf keine Sachbeschädigung begangen werden. Und als Sachbeschädigung gilt, wenn das Plakat nicht mit einfachen Mitteln wieder entfernt werden kann... (Mit normalem Kleister geklebt, ist jedes Plakat mit einfachen Mitteln wieder abzukriegen. Schwierig wird es erst, wenn dem Kleister feingemahlene Neonröhren oder "Wasserglas" beigelegt wird, weil das die Klebefestigkeit wesentlich erhöht. Dabei sollte man sich nicht erwischen lassen.) oder wenn die beklebte Fläche in ihrer Benutzung beeinträchtigt ist. (Ein beklebtes Schaufenster ist in seiner Nutzung beeinträchtigt, da gibt es Ärger. Ebenso erfahrungsgemäss bei Telefonzellen oder Strassenbrücken-/unterführungen und Lifssäulen. Andersrum gesagt! Auf alle schon beschmutzten (besetzten) Flächen, wo noch Feizen von alten Plakaten hängen, kannst du legal deine Plakate anbratschen. Und das trifft ja eigentlich für fast alle Hauswände und Stromkästen zu.)

So besteht meistens auch gar kein Grund, sich erst im Schutze der Dunkelheit mit Eimer und Quast auf die Socken zu machen. Zumal die Dunkelheit gar nicht immer so schützend ist. Morgens um sieben, wenn alle geschäftig und arbeitsam den Tag beginnen, lässt es sich ruhig durch die Strassen ziehen und die Arbeit verrichten. Für die Vorbeilenden ist es das normalste der Welt, dass um diese Zeit auch Plakatierer malochen. Und die Bullen haben am hellen Tage auch noch nicht so ein geschärftes Auge für "subversive Elemente", die erwarten sie erst in der Nacht, das passt in ihr Bild! Wirst du doch von Bullen oder Aktivbürgern angequatscht, solltest du folgendes klarhaben:

- Du kennst deine rechtliche Situation
- Du kennst den Inhalt von den Plakaten und steht voll dahinter

Dann kannst du selbstbewusst mit der Situation umgehen, du weisst was du tust und hast Bock drauf. Keiner kann dir ein schlechtes Gewissen einreden oder dich zu nem peinlichen Stammeln zwingen.

Zu den Bürgern: Wenn du denen erklärst, warum du klebst, fangen die meisten wirklich an, darüber nachzudenken, dass das ja eigentlich ganz in Ordnung ist, mit den Plakaten.

Zu den Bullen: Die Bullen interessiert erstmal weniger, ob du was Verbotenes machst oder nicht. Sie haben ein grundsätzliches Interesse Plakatierer und Plakate zu kontrollieren, das ist ihr Job! Und dann Namen sammeln, Inhalte mitkriegen, in Kartelen und Computern zuordnen. So beschränken sie sich meistens darauf, Personalien aufzuschreiben und dir zu sagen, dass du jetzt aufhören sollst. In wenigen Fällen passiert es aber auch, daß sie Plakate beschlagnahmen, Plakatierer filzen oder vorübergehend festhalten. Darauf eingestellt solltest du vor der Arbeit deine Taschen leeren: Kalender, Notizbücher, Rauschmittel, offensichtliche Messer, andere Flugblätter oder Sprühdosen bleiben zu Hause! Deinen Personalausweis nimmst du mit.

Ein Stückweit kannst du selber bestimmen, was abläuft, wenn du von Bullen angehalten wirst. Aber du mußt dir vorher Gedanken drüber machen, was traust du dir zu, was ist realistisch eventuell sich verdrücken, wenn du nen Peterwagen um die Ecke biegen siehst (erspart dir manchmal das abblöken mit ihnen. Wenn du Pech hast, machst sie das aber gerade erst auf dich aufmerksam: Wer ubohut hat ein schlechtes Gewissen oder so ...??, einfach weitermachen, du weisst ja, daß du im Recht bist. Erstmal hören was sie wollen, und dann ihnen das klar machen, daß es das normalste von der Welt ist, daß du hier klebst. Das macht sie unsicher. Das sind sie nicht gewohnt.

Zur Rechtslage: Sie haben kein Recht einfach so deine Personalien zu verlangen. Dazu müsstest du dir schon eine konkrete Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vorwerfen, die du begangen haben müsstest (Du bist schliesslich ein "freier" Bürger). Dafür hast du aber das Recht, ihre Dienstnummer zu bekommen (Denn sie sind schliesslich "Staatsdiener"). Aber es kommt in der jeweiligen Situation weniger auf das Recht an, als darauf, wer die Macht hat, sich durchzusetzen. Das heisst, wenn sie dir dumms kommen, kannst du dem kaum was entgegen setzen. Gebe dann nur deine Personalien an! Mehr nicht! Beantworte auf keinen Fall irgendwelche Fragen über dich oder über die Leute mit denen du zusammen bist, über "Auftraggeber", ob noch Andere kleben, oder wo ihr schon wart. Du kannst dich entweder dumm stellen (Ich weiss nicht!) oder sagst kategorisch "dazu sag ich nichts". Von uns sollen sie nicht mehr erfahren als sie sowieso schon wissen! Ihr müsst ja der Situation einschätzen wie ihr euch am besten aus der Affäre zieht, da gibt es keine Rezepte. Am besten ihr sprecht euch vorher mit den Freunden und Freundinnen, mit denen ihr losgeht, ob, wie ihr euch verhalten wollt. Da können wir eigentlich nur aus unseren Erfahrungen lernen.

Wo wir grad bei Erfahrungen sind: Nimm den guten Kleister, den für schwere Tapeten! Und ein Handtuch oder einen Puzzlappen für die Finger dabeizubehalten, ist auch ganz prima!

Also klebt was das Zeug hält!!!

KOMMUNIKATION IST SAUBER! !!!

Aus " Schwarze Katze "

Kr. 2 vom Mai 85

OK =